

Robert Ristow, Katrin Schäfgen (Hrsg.)

Auf den Spuren der »Solidarność«

Auslöser der Transformationsprozesse
in Mittel- und Osteuropa?

Internationaler Workshop
des Studienwerks der Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Gdańsk/Polen 2006

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 68

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Robert Ristow, Katrin Schäfgen (Hg.)

**Auf den Spuren der „Solidarność“.
Auslöser der Transformationsprozesse in
Mittel- und Osteuropa?**

Internationaler Workshop des Studienwerks der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
in Gdańsk/Polen 2006

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 68
ISBN 978-3-320-02108-5
Karl Dietz Verlag Berlin GmbH
Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung
Printed in Germany

Einleitung 7

I. Grundlagen der Europäischen Union und Entwicklungen in Polen

TOBIAS BAUMANN
Die europäische Großindustrie wider die Löhne – eine Konstante in der Geschichte der europäischen Einigung von 1926 – 2006 12

ZBIGNIEW MARCIN KOWALEWSKI
Polens Arbeiter im abhängigen Kapitalismus 24

DANIEL KRYŚ
Polens Linke – Quo vadis? 35

II. Die Rolle von Gewerkschaften und der katholischen Kirche in den Transformationsprozessen Mittel- und Osteuropas

RENÉ LENZ
Gewerkschaften in Polen. Von der Massenbewegung zur parteiischen Interessenvertretung 40

JANE ANGERJÄRV
Entwicklung der Gewerkschaften in Estland 54

ANTJE LIEBAU
Die Rolle der polnischen katholischen Kirche im Spannungsverhältnis von Staat und demokratischer Opposition 65

III. Auswirkungen der Transformation

PIOTR SZUMLEWICZ
Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt 95

LUKASZ CHOLEWA
Die Situation der Frauen in Polen seit 1989 100

MARIA ANTONOVA
The Decline of Russia's Beef Sector during the
Transition Period: A Review of Agricultural Policies 109

IV. Berichte von Stipendiat/innen

MARCEL NOACK
Stadtführung Gdańsk und Ausflug zur „Westerplatte“ 128

VIOLA PRÜSCHENK
Tag der Kontraste: Besuche in Frombork und Stutthof 132

Einleitung

Die in diesem Band zusammengestellten Aufsätze gehen auf Referate und Protokolle im Rahmen eines Workshops zurück, den das Studienwerk der Rosa Luxemburg Stiftung im August 2006 in Gdańsk/Polen durchführte. Dieser Workshop stellte den dritten seiner Art in Polen dar; wie zuvor in Kraków und Łódź thematisierte auch dieser Workshop die Auswirkungen der Transformationsprozesse in Polen. Während in den beiden vorangegangenen Jahren im wesentlichen die Auswirkungen des einschneidenden Rückgangs in der Schwerindustrie/Bergbau (Kraków) bzw. des Zusammenbruchs der Textilindustrie (Łódź) im Mittelpunkt standen, haben wir uns mit diesem Workshop auf Spurensuche begeben. Wir besichtigten die ehemalige Lenin-Werft in Gdańsk, auf der sich die Gewerkschaft „Solidarność“ unter Lech Walensa gründete und die heute das Museum der „Solidarność“ beherbergt, wir haben den auf einen Bruchteil seiner ursprünglichen Größe geschrumpften Schiffbau auf der Werft besichtigt und haben mit Gewerkschaftern unterschiedlicher Gewerkschaften sowie Mitgliedern des Parlaments in Gdańsk über Polens Vergangenheit und Zukunft diskutiert.

In den anschließenden Seminarteilen des Workshops wurden unterschiedliche Aspekte der Transformationsprozesse in Polen, aber auch in anderen Teilen (Ost)Europas vertieft, haben die Teilnehmer/innen des Workshops auch mit Vertreter/innen aus Politik, Wissenschaft und Politischer Bildung Polens diskutiert.

Begleitet wurden die Seminarblöcke durch Exkursionen, die uns an historisch relevante Orte der polnischen und europäischen Geschichte führte und durch Führungen nahe brachte. Hier sei eine Exkursion zur Westerplatte genannt, an der die deutsche Expansion im II. Weltkrieg – wenn auch nur für wenige Tage – stockte. Eine Führung durch das Konzentrationslager Stutthof, das das erste seiner Art und zugleich das letzte war, das befreit wurde, machte uns die unmenschliche Vernichtungspolitik der Nazis deutlich.

Zuletzt hat uns eine Exkursion an die Wirkungsstätte Kopernikus' in Frombork geführt, wo er im hiesigen Kloster seine berühmten Pendelexperimente unternahm und wo eine Ausstellung Auskunft über sein Wirken, seine Experimente und Erkenntnisse gibt.

Im ersten Teil des Sammelbandes gibt *Tobias Baumann* einen kritischen Überblick über die historische Entstehungsgeschichte der Europäischen

Union. Er arbeitet heraus, dass die europäische Integration nicht in erster Linie auf die Aussöhnung der europäischen Völker nach den Weltkriegen zielte, sondern die Kapitalinteressen, zunächst von Deutschlands und Frankreichs Chemie- und Schwerindustrie zur Grundlage hatte.

Im weiteren beschreibt *Zbigniew Marcin Kowalewski* die Situation polnischer Arbeiter im gegenwärtigen Kapitalismus. Er zeigt, dass obwohl der Neoliberalismus in Polen delegitimiert ist und Polen somit das schwächste Glied innerhalb der Europäischen Union darstellt, die Delegitimierung linker oder gewerkschaftlicher Kräfte in Polen noch größer ist. Aus diesem Grund ist es für Polens Arbeitnehmervertreter schwieriger als in anderen europäischen Staaten, Tarifverträge auszuhandeln.

An diesem Problem anknüpfend stellt *Daniel Kryś* die gegenwärtige Situation der polnischen Linken dar. Mit ihrem mit den Demokraten geschmiedeten Mitte-Links-Bündnis konnten sie kein für Polen erfolgreiches politisches Projekt auf den Weg bringen; um als Linke in einem solchen Bündnis bestehen zu können, wäre eine authentische linke Programmatik ebenso notwendig gewesen wie eine deutliche Abgrenzung vom Neoliberalismus.

Im zweiten Teil des Bandes wird die Rolle der Gewerkschaften in Polen und Estland in den Transformationsprozessen dargestellt. Darüber hinaus wird – als Besonderheit des polnischen Staates – die Rolle der katholischen Kirche in ihrem Spannungsverhältnis von sozialistischem Staat und demokratischer Opposition analysiert.

René Lenz arbeitet die Veränderung der Rolle der polnischen Gewerkschaften in Polen von einer das sozialistische System Polens und Osteuropas zu Fall bringen Gdańsk den Massenbewegung zu einer politischen Interessenvertretung heraus, die im aktuellen politischen System Polens nur noch geringen Einfluss hat.

Im Vergleich dazu zeigt *Jane Angerjäv* in ihrem Aufsatz, dass die EU-Osterweiterung zwar einige wirtschaftliche und soziale Verbesserungen in Estland nach sich gezogen hat, dass jedoch auch hier die Stärkung der Gewerkschaften ausgeblieben ist.

Gemäß der besonderen Rolle der katholischen Kirche im polnischen Staat beschreibt *Antje Liebau* in Ihrem Beitrag, wie sich die die Kirche während den Jahren der Volksrepublik Polen von einer geschwächten Gegenelite in den ersten Jahren zu einem intermediären Verband entwickelte, der zwischen sozialistischer Machtelite und demokratischer Opposition agierte.

In einem dritten Teil des Bandes werden spezifische Fragen/Probleme Polens und anderer Staaten thematisiert. Hier beschreibt *Piotr Szumlewicz* das dramatische Problem der Massenarbeitslosigkeit in Polen nach 1989, das in Polen im Vergleich zu den anderen Transformationsstaaten Mittel- und Osteuropas wesentlich größere Dimensionen einnimmt. Besonders von Arbeitslosigkeit und Armut sind die polnischen Frauen betroffen; ihrer Situation seit 1989 spürt *Lukasz Cholewa* in seinem Aufsatz nach. Er macht deutlich, dass es auch kein Bewusstsein für die schlechte soziale Lage von Frauen und Kindern gibt und dass das Probleme von Armut und Gewalt weitgehend ausgeblendet werden.

Auf eine ganz andere Thematik macht *Maria Antonova* aufmerksam; sie beschreibt, wie die Rindfleischproduktion Russlands in den Jahren der Transformation nach 1989 zurückgegangen ist und welche Auswirkungen diese für die Agrarpolitik Russlands hat.

Ergänzt werden diese Beiträge der Autor/innen durch Berichte von Stipendiat/innen der Rosa Luxemburg Stiftung von den Exkursionen im Rahmen des Workshops. So beschreibt *Marcel Noack* sehr anschaulich die Erkundungen in Gdańsk sowie seine Empfindungen während der Exkursion zur „Westerplatte“. Und *Viola Prüschenks* Beschreibung des zweiten Exkursionstages ist das Wechselbad der Empfindungen angesichts des Kontrastprogramms: Wirkungsstätte Kopernikus' in Frombork und Führung durch das KZ Stutthof deutlich nachzuempfinden.

Katrin Schäfgen
März 2007

I.
Grundlagen der Europäischen Union und
Entwicklungen in Polen

Die europäische Großindustrie wider die Löhne – eine Konstante in der Geschichte der europäischen Einigung von 1926 – 2006

1. Vorbemerkung

Die europäische Integration, das heißt die sukzessive Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der Europäischen Gemeinschaften (Zollunion ab 1957) und Euratom sowie des europäischen Binnenmarkts mit Währungsunion, wird in der deutschen, aber z. B. auch in der herrschenden französischen Geschichtsschreibung als glanzvolle Entwicklung seit der karolingischen Ära, wenn nicht seit dem antiken Rom dargestellt – in Wirklichkeit genügt ein Blick in die Zwischenkriegszeit, um die materielle Grundlage der EGKS zu finden.

In der folgenden Analyse werden die Ursprünge der EGKS, die sich in der Zwischenkriegszeit befinden und ein zumeist unterschätztes Maß an Kontinuität zwischen den 1920er Jahren und 1950er Jahren aufweisen, skizziert.

Eine historische Analyse der Wurzeln der europäischen Integration führt weder auf eine idealistische Aussöhnung der europäischen Völker nach den Weltkriegen hinaus, noch auf eine eschatologische Einigung qua Freihandel – obgleich die regionale Liberalisierung oft als ein solch vermeintlich Frieden generierendes Endziel europäischer Geschichte dargestellt wird. Statt dessen weist eine materialistische, d.h. eine quellennahe historische Analyse auf eine Integration der europäischen Bourgeoisien hin, also auf eine zunehmend integrierte Unternehmer-Arbeitsteilung auf europäischer Ebene, was die nationalen ArbeiterInnen, die in einem defensiven Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) kaum repräsentativ organisiert sind, gegenüber ihren europäisch verbrüderten Unternehmern schwächte.

Die Harmonisierung der Mindestlöhne nach oben fordern linke Organisationen wie beispielsweise die Linkspartei. Doch in welcher Tradition steht die Geschichte der europäischen Integration, wo nur eine Harmonisierung der Löhne nur nach unten realistisch erscheint? Gewiss in einer Tradition des *kapitalistischen* Wohlfahrtsstaats, welcher Relikt des Kalten Kriegs ist und

vom Kräfteverhältnis Kapital/Arbeit zeugt, welches nach 1945 zu Gunsten der Arbeit ausgeglichen wurde (nachdem zuvor die ungeschminkte Fratze des vornehmlich deutschen Kapitals Europa geplündert hatte) und ideologisch dadurch zu Ungunsten des Kapitals ausfiel, als die sowjetische Systemalternative der herrschenden Klasse in der westlichen Welt als reale ideelle Bedrohung erschien: die europäischen Sozialstaaten waren letztlich nur ein Bündel von Konzessionen an die Arbeiterklassen, die heute ihre Errungenschaften verteidigen müssen.

Die Tradition der Kartelle sowie die französische Deutschland- und Ruhrpolitik der 1950er Jahre und der Druck der USA auf ein integriertes, liberalisiertes Europa unter deutscher, zunächst nur industrieller, Hegemonie sind der Schlüssel zum Verständnis der Wurzeln der EGKS. Im ersten Teil sollen kurz die entscheidenden wirtschaftlichen Faktoren der Europäische Integration genannt werden: die Tradition der europäischen Kartelle, d.h. der Markt-, Mengen- und Preisabsprachen auf Kosten der lohnabhängigen Konsumenten, welche besonders seit dem 1. Weltkrieg in der deutschen und französischen Chemie- und Schwerindustrie vorherrschten, in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg noch umfassender wurden und nach 1945 ungebrochen fortbestanden.

Im zweiten Teil wird die Entstehung der EGKS, das europäische Stahlkartell von 1926 unter Berücksichtigung ihres Begründers Schuman (Vater Europas ebenso wie Jean Monnet, der liberale Plankommissar Frankreichs) beleuchtet und im dritten Teil wird eine komprimierte Illustration der lobbyistischen und technokratischen Tendenzen in der EU vorgenommen.

2. Die Schwerindustrie und die chemische Industrie: Wurzeln der europäischen Integration

In der Zwischenkriegszeit übten v. a. mächtige Unternehmerverbände starken Einfluss auf die Politik ihrer jeweiligen Regierungen aus, um einerseits die Lohnkosten niedrig zu halten und andererseits höhere Profite zu erwirtschaften.

Eng verbunden mit der Kartellfrage und den außenpolitischen Spielräumen ist im deutsch-französischen Verhältnis vor allem die traditionelle wirtschaftliche Beziehung zwischen der nordfranzösischen Schwerindustrie und derjenigen des Ruhrgebiets. Das Überschwenken der französischen Politik auf eine pro-europäische Linie, personifiziert durch den Außenminister Briand, fand nach dem Misserfolg der Ruhr-Besetzung statt, d.h. das

Übergehen auf die US-amerikanische Europapolitik (Plan Dawes 1924 und Plan Young 1929) reduzierten die Reparationen beträchtlich.

Nach 1919 verfügte das Ruhrgebiet über Kokskohle zur Eisenverhüttung, nicht mehr jedoch über Eisenerz, da das von Bismarck eroberte Reichsland Elsass-Lothringen, wobei sich im Bezirk Lothringen die einzigen nennenswerten Erzvorkommen des Reichs befanden, zurück an Frankreich ging. In Frankreich fehlte es wiederum an Kokskohle, die aus dem Ruhrgebiet importiert werden musste.

Die Wurzeln der europäischen Integration sind, und da ist sich die gesamte EG-Geschichtsschreibung einig, in dem Stahlkartell von 1926 begründet. Das europäische Chemiekartell, das nicht minder bedeutend war, wird jedoch oft vergessen. Die deutsche Chemieindustrie, die der französischen überlegen war, ging Ende 1925 ein großes europäisches Chemiekonsortium ein, nämlich die Interessen-Gemeinschaft Farben-Aktiengesellschaft: Im Nov. 1927 entstand aus IG Farben und dem französischen Farbstoffkartell *Centrale des Matières colorantes* (C.M.C.), das vom französischen Industriellen Kuhlmann dominiert wurde, ein europäisches Kartell, das 80% der chemischen Industrie in Deutschland und Frankreich kontrollierte und damit die Grundlage für das europäische Kartell für Stickstoff und Farbstoffe darstellte.

Die Verträge sahen vor, dass Frankreich zwar die fortgeschritteneren chemischen Methoden der deutschen Partner anwenden dürfe, im Gegenzug für diese chemischen Produktionsinformationen wurde jedoch Kuhlmann, das französische Pendant zu Bayer, und den anderen französischen Chemieindustriellen ein Vertrieb auf den äußeren Märkten untersagt, so dass sich die deutsche Chemie enorme Marktanteile sicherte und die französische Chemie auf das Inland und die Kolonien beschränkt wurde. Darüber hinaus verfügte Deutschland über die absolute Mehrheit im Kartellrat.

1929 kam die Basler Chemie dazu und ab 1931 war auch die britische *Imperial Chemical Industries* beim 4er-Kartell. Dieses Kartell versprach den europäischen Regierungen «fruchtbare Beziehungen zwischen den verschiedenen Unterzeichner-Nationen».

Die durch die Weltwirtschaftskrise beschleunigte und intensiviertere Annäherung der europäischen Industriellen vollzog sich ebenso in der Schwerindustrie: Das internationale Stahlkartell des luxemburgischen Bankiers Emile Mayrisch vom 30. September 1926, Archetyp der europäischen Integration, symbolisiert die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Schwerindustrie, nachdem die Politik des «harten Friedens» (Ruhrbesetzung 1923) an massivem, von Berlin unterstützten, Widerstand, vermengt mit rechtsex-

tremen Propagandakampagnen, und mangels Unterstützung der Briten und US-Amerikaner gescheitert war.

Das Stahlkartell bestätigte, ebenso wie das Chemiekartell, die Überlegenheit Deutschlands, das über 40,5 % der Produktionsquoten verfügte (Frankreich 31,8 %, Belgien 12,6% und Luxemburg, das nicht mehr mit dem Reich, sondern ab 1919 mit Belgien in einer Zollunion war, 8,6%).

Der Übergang Frankreichs von der militärischen hin zur kooperativen Deutschlandpolitik war dem *Comité des Forges*, dem französischen Pendant zu Krupp, zu verdanken, das von den lothringischen Familien de Wendel und Laurent kontrolliert wurde. Das *Comité des Forges* sah bald ein, dass die Kooperation mit den deutschen Konkurrenten gegen den inneren Feind (die Arbeiterklasse und insbesondere die Kommunisten) vorteilhafter wäre, zumal Frankreich die im Versailler Vertrag in Aussicht gestellten 73 Mrd. Goldmark, was immerhin 52 % der Gesamtreparationen, die in Spa im Juli 1920 fest gesetzt wurden, entsprach zur Wiederherstellung der zerstörten Industrie Lothringen und des *Nord-Pas-de-Calais* mit Inkrafttreten des Plan Dawes 1924 nicht mehr bekommen sollte. Die Vertreter der Steinkohle- und Chemieindustrie waren dem *Comité des Forges*, das insgesamt 14 Tageszeitungen unterhielt und damit einen erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung hatte, eng verbunden.

Die französischen Kommunisten nannten das deutsch-französisch-belgisch-luxemburgische Stahlkartell das «Kartell der Konterrevolution und der Unternehmer-Offensive», da es die Löhne dauerhaft niedrig zu halten vermochte.

Die Kollaboration während der Hitler-Ära florierte: Mischgesellschaften mit Sitz im schwedischen und Schweizer Steuerparadies gestatteten horrende Profite. Diese ließen natürlich auch das Finanzkapital nicht kalt: die *Banque de France* drängte immer energischer auf eine französische Appeasement-Politik (heute ist die *Banque de France* und ihr Chef Camdessus immer noch offener Impulsgeber für die französische Regierung), welche dann auch u. a. am 1. Oktober 1938 in München zur Opferung des französischen Militäralliierten Prag mit Zustimmung Dalladiers führte. Ende der 1930er Jahre verstärkte Paris seine Abhängigkeit durch zwei Handelsverträge, in denen das französische Eisenerz für den deutschen Partner gegen entsprechende Kohlekokslieferungen reserviert wurde, während Frankreich bis 1939, als ob es über keine Stahlproduktion verfügte, praktisch keine Rüstungsproduktion unternahm, was nicht zuletzt die wohl klägliche Niederlage von Mai 1940 nach sechs Tagen Kampf in Belgien begründet. Ebenso wie die britische unterschrieb übrigens auch die *Banque de France* im März 1939 - nach der

Umwandlung der Tschechei in ein Protektorat - die Beschlagnahmung der tschechischen Goldreserven durch das Reich. Dies war nach der Beschlagnahmung der Reserven der österreichischen Zentralbank das erste Kapitel des Fortsetzungsromans zum «deutschen Raubgold».

Schon 1930 überwog innerhalb der französischen Finanzelite Einigkeit mit Deutschland und anderen westlichen Ländern um jeden Preis den inneren Feind, d.h. die Kommunisten, zu bekämpfen, wozu eine internationale, europäische Kooperation nötig sei: Pierre Quesney, ein Vertreter der *Banque de France*, verharmloste die revanchistische Gefahr jenseits des Rhein und ging statt dessen davon aus, dass die «aktuelle Gefahr» eine «immense soziale Gefahr» sei : Wenn Europa nicht zusammenarbeite, so würde das «unvermeidlich eine weltweite Revolution» bedeuten.

Die inflationistische und gleichzeitig drakonisch auf die Preisstabilität setzende Politik Hitler-Deutschlands imponierte den westlichen kapitalistischen Nachbarn, zumal die Arbeiterklasse durch das Streikverbot von 1934 außer Gefecht gesetzt und anschließend quasi zu einer Leibeigenen-Klasse degradiert wurde, was sich u. a. in der definitiven Aufhebung des Kündigungsrechts 1935, der Wiedereinführung des körperlichen Züchtigungsrechts gegenüber Landarbeitern etc. äußerte. Die vollständige Stabilität der Stundenlöhne und die systematische Minderung der Kaufkraft für Konsumgüter, während die Unternehmensrentabilität bei steigenden Profiten konsolidiert wurde, strahlten in der gesamten kapitalistischen Welt als Patentrezept zur Sicherung der materiellen Herrschaft der Bourgeoisie.

Das einzige Mittel der ArbeiterInnen ihren Lebensstandard aufrecht zu erhalten bestand darin, ihre Arbeitszeit zu verlängern. Diese Mischung aus inflationärer und Austeritätspolitik führte die erste europäische wirtschaftliche Integration methodisch an. Diese deutsche europäische Lösung zu Gunsten der Privatkapitalien triumphierte während des Zweiten Weltkriegs - französische Industrielle und Bankiers wussten den deutschen Beitrag zur Senkung der Arbeiterlöhne um die Hälfte zu schätzen, indem sie freiwillig kollaborierten, was z.B. Fusionen wie La Fayette mit Karstadt beweisen. Die fatalen Folgen des rüden Übergewichts zu Gunsten des Kapitals und zu Ungunsten der Arbeit bei dieser deutsch dominierten europäischen Integration im entfesseltsten aller kapitalistischen Systeme, wobei es keine simple Diktatur des Finanzkapitals war, sondern die krudeste Form von Faschismus, weil die bürgerlich Klasse zwar ihre materielle Macht bewahrte, jedoch ihre politische Macht dafür abtreten musste, sind hinreichend bekannt.

3. Die europäische Nachkriegspolitik: die Wiedereinführung des Stahlkartells

Die sog. deutsch-französische Aussöhnung war auch nach dem Krieg die Voraussetzung für eine europäische Integration. Die Pariser Politik der deutsch-französischen Einigung um jeden Preis ist indes in der Nachkriegszeit wieder zu finden. Schon als großer Sieger von 1918 hatte Frankreich seine Ohnmacht die deutschen Reparationen einzutreiben gezeigt (1932 wurden die 1929 auf 53,6 Mrd. Mark beschränkten Reparationen bei der Lausanne-Konferenz auf eine symbolische Restsumme von 3 Mrd. Mark begrenzt) und sich der US-amerikanischen Europapolitik gebeugt, welche auch eine allgemeine europäische Abrüstung befürwortete: Im Februar 1932 verpflichteten sich Britannien und Frankreich auf kontinuierliches Abrüsten, während das Reich ein Jahr später den Pakt brach und ab 1935 offen aufrüstete.

Ebenso nach dem Zweiten Weltkrieg, bloß dass diesmal der Verlierer von Juni 1940 gar nicht erst die im Potsdamer Abkommen versprochenen Reparationen einzufordern wagte, ebenso wenig wie Russland, dessen Schäden auf 132 Mrd. DM geschätzt wurden, das jedoch nur eine symbolische Summe von 5 Mrd. von Adenauer bekam und sich ansonsten in der DDR bedienen musste. Die in der Reparationsklausel vorgesehenen Entnahmen aus der laufenden Kokskohleproduktion des Ruhrgebiets wurden von Anfang an nicht für Reparationen, sondern von den USA, die das Ruhrgebiet besetzt hatten, für die Bezahlung lebenswichtiger Einfuhren benutzt.

Von den USA war seit 1945 eine europäische *Zollunion* gewünscht worden, in deren Rahmen Deutschland als seit den 1920er Jahren wichtigstes europäisches Aufnahmeland US-amerikanischer Kapitalien eine Vorreiterrolle für den einheitlichen europäischen Markt spielen sollte. Dies war mit Reparationszahlungen unvereinbar: Im Sommer 1947, nach der Rede George Marshalls in Harvard zu den Milliarden-Krediten an die künftigen westeuropäischen Handelspartner, die ihre Zollbarrieren fallen lassen sollten, äußerte Washington D.C. öffentlich seine Absage an deutsche Reparationen, ein Bruch des in Potsdam 1945 gegebenen Worts. Die Öffnung des französischen Schwermetallmarkts für die deutsche Schwerindustrie bedeutete zahlreiche Fabrikschließungen auch in Frankreich, welche von der Hohen Behörde der EGKS später als Strukturanpassung gepriesen wurde – nicht die Vollbeschäftigung, sondern die internationale Wettbewerbsfähigkeit stellte nunmehr das entscheidende Kriterium in der Industriepolitik

dar.

Robert Schuman, der streng katholische luxemburgisch-lothringische Außenminister Frankreichs, heute *Vater Europas* genannt, sollte die Brücke zwischen altem und neuem Stahlkartell bauen. Die Ära Schuman begann am 9. Mai 1950 mit dem Plan Schuman zur EGKS - die EGKS war Grundstein der EWG von 1957, lief jedoch fristgerecht nach 50 Jahren 2002 ohne Verlängerung aus. Sie wurde allerdings nicht nur durch Schuman eingeleitet, sondern bereits zwei Jahre zuvor durch die Appelle des US-amerikanischen Delegierten Douglas, der seit 1948 daran erinnert hatte, dass eine «echte Sicherheit» von den um das Ruhrgebiet abgeschlossenen industriellen Allianzen abhängt. Eine Öffnung der europäischen Schwerindustrie-Märkte zu Gunsten deutscher Stahl- und US-amerikanischer Kohleexporte wurde zum Gebot der Stunde; dies nahm Schuman zum Leitmotiv. Der katholische Abgeordnete Robert Schuman, dessen Überreste in den Pariser Pantheon gebracht werden sollten, schließlich aber in einer mittelalterlichen lothringischen Kirche beigesetzt wurden, votierte am 10. Juli 1940 in der Nationalversammlung für Pétains Vollmachten und blieb in der Vichy-Anfangsphase Unterstaatssekretär für Flüchtlingsangelegenheiten.

Er organisierte 1950 den Anschluss Frankreichs an die US-amerikanische Europapolitik, welche die Bourgeoisie umso mehr begrüßte, als sie in der amerikanischen Politik mit Recht eine Unterstützung ihrer bis 1946 von Nationalisierungen bedrohten Klassenpolitik sah.

Das Stahlkartell bedeutete de facto einen internationalen Schutz privater Kapitalien, die so vor dem Zugriff durch das Verstaatlichungen fordernde französische Volk geschützt waren.

Der den deutsch-französischen Bilateralismus der Zwischenkriegszeit wiederbelebende Schumanplan wurde 1952, kraft EGKS, zum neuen Stahlkartell, der zwar von vielen Politikern nicht als Kartell bezeichnet wurde, dessen Hohe Behörde jedoch faktisch «eher über die Verteidigung gewisser Interessen der Industrie als die Verteidigung der Interessen der europäischen Gemeinschaft» (Zitat niederländischer Prof. Jitta 1951) wachte und Markt- Mengen- sowie Preisabsprachen begünstigte.

Der Schuman-Plan war aber nicht nur die Wiederauflage der großen Vorkriegskartelle in der Tradition der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, er stellte darüber hinaus auch eine Reminiszenz an deren Unterordnung Frankreichs unter die deutsche industrielle Hegemonie seit den späten 1920er Jahren in ebendiesen Kartellen dar.

Die Jahre 1953 und 1958 besiegelten somit die Wiederauflage der Wirtschaftskollaboration Frankreichs mit Deutschland, die sich in der

Zwischenkriegszeit und in der Ära Vichy für die Grande Bourgeoisie bewährt hatte. Dieser Zwiespalt in der französischen Bourgeoisie trat 2004 während der Osterweiterung verstärkt zu Tage, als die bürgerliche Presse, *Le Monde*, Kritik an der Erweiterung äußerte, indem sie konstatierte, dass es eine rein deutsche Forderung während der 1990er Jahre gewesen sei. Diese mitunter devote Rolle der französischen Politik in europäischen Angelegenheiten, wie z.B. die von Paris unterstützte, von Madrid und Warschau verurteilte Zusammenstellung der Ratsmitglieder im EU-Verfassungsvertrag, nach der Deutschland absolut mehr Stimmen als die anderen drei großen Staaten hätte, stellt ein Moment dar, der die pro-europäische Lyrik der herrschenden Politiker - wahrnehmbar dank des Zwiespalts in der französischen Bourgeoisie - als heuchlerisch demaskiert.

Verschleiert hinter dem modernistischen Schlagwort der *wirtschaftsliberalen Supranationalität* kamen nach 1952 Personen, die reaktionären Regimen zugehörig waren, wie der französische Hochkommissar François-Poncet, der Agent des *Comité des Forges* und aktiver Kollaborateur während der deutschen Besatzung, wieder an die Schalter der internationalen Politik – der EGKS sei dank. In einem vertraulichen Brief von 1953 äußerte François-Poncet Cassandra-gleich, dass künftig nicht mehr Luxemburg, sondern «Düsseldorf die Stadt sei, wohin die Führer der Schwerindustrie aus ganz Westeuropa zu kommen sich gezwungen sehen, um sich Befehlen zu unterwerfen.»

Die EWG von 1957 stellte nur eine Bestätigung des neuen Wirtschaftsmodus dar, der die Anstrengungen der Staaten mit denen der Unternehmer verband. Das alte Dispositiv der schwerindustriellen Unternehmer, nämlich der Druck auf die Löhne, verschmolz mit einer supranationalen Politik, auf deren Ebene die Profitinteressen einfacher durchzusetzen waren als auf einzelstaatlicher Ebene, denn z.B. der Protektionismus Frankreichs und Italiens, deren starke kommunistische Parteien den jeweiligen Eliten Widerstand gegen die radikale Marktöffnung leisteten, konnte so durch supranationalen Sachzwang auf Linie gebracht werden, zur Not per Kommissionsentscheidung. Dabei ist aus kritischer Perspektive nicht die Aufhebung der protektionistischen Wirtschaftspolitik entscheidend – diese ist ohnehin durch den Weltwirtschaftswissenschaftler Parvus und später Trotzki als tendenziell konservativ und ungünstig für eine soziale Revolution erkannt worden – es geht vielmehr darum, dass die Entscheidungsprozesse im Rahmen der Europäisierung sukzessive von der nationalen Ebene partiell abgekoppelt und auf supranationale Ebene übertragen werden, was eine Errungenschaft der Französischen Revolution, die Volkssouveränität, tendenziell aufhebt.

Die Kontinuität zwischen den beiden Nachkriegszeiten ist frappierend:

1. Das Gewicht der USA-Politik in den deutsch-französischen Beziehungen.
2. Die Abwesenheit eines *ernsthaften Europäismus* in den nationalen Europapolitiken.

Dieser viel beschworene *Europäismus* liegt den idealistischen Analysen der europäischen Integration zu Grunde. Dieser ist jedoch nur ein Propaganda-produkt der herrschenden Klassen, um den Anschein einer völkersolidarischen Politik auf alternativlos kapitalistischer Grundlage zu vermitteln. Auch die französische Elite betreibt nur scheinbar das Spiel des Europäismus und simuliert seit 1950 eine europäisch-progressive Attitüde. Dadurch versuchten die französischen Politiker, de Gaulle eingeschlossen, sich die bestmögliche Position in einem deutsch dominierten Europa zu sichern, ohne ihre Unterwerfung unter das europäische US-Diktat, ihr offenes Geheimnis, einzugestehen. Eine fundierte Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass die EGKS und die EWG Konstrukte der US-amerikanischen Europapolitik sind - erst das Europäische Währungssystem von Schmidt/Giscard d'Estaing und ihr Resultat sowie die spätere Währungsunion, ließen die EG von einem notwendigen Absatzgebiet zu einem Konkurrenten der USA werden.

Umfangreiche Archivrecherchen ergaben, dass das sekundäre Ziel der europäischen Integration vornehmlich die Ausschaltung des inneren Feinds war, d.h. die Überholung des nationalen Organisationsgrads der Arbeiterschaft, um diese unter immensem Druck auf die Löhne dauerhaft qua vermeintlich alternativlosem Sozialdumping (vgl. Bolkestein-Dienstleistungsrichtlinie) zu schwächen, was unter veränderten Kräfteverhältnissen seit den 1990ern ideologisch vorbereitet wurde (Globalisierungsobsession) und spätestens 2004 (Osterweiterung) auch materiell durch einen Anschluss eines Gebiets gelang, das selbst auf niedrigem Lohnniveau weitere Reallohneinbußen zur Konsolidierung ihrer Währung im Sinne der Kopenhagener Kriterien zur Währungsstabilität (z.B. Polen) in Kauf nahm.

4. Die EU: der Verrat der europäischen Eliten an den europäischen Völkern

Die ausschließliche Kompetenz der EU erstreckt sich u. a. auf die Handelspolitik. Pascal Lamy, ehemaliger Handelskommissar und nach 1981 im Kabinett des Finanz- und Wirtschaftsministers Jacques Delors, war der Kopf der katholischen Clique im PS und ab 1985 Kommissionspräsident in Brüssel. Er ist heute nicht zu Unrecht an der Spitze der WTO.

Um die Macht und die Anfälligkeit für Industrielobbys dieser Kommissare aufzuzeigen, wobei in der aktuellen Kommission auch drei Kommissare wegen engen Kontakten zu großen Unternehmen kritisiert wurden, reicht eine Untersuchung von Lamys Karriere: 1985 mit Delors als dessen Kabinettsleiter nach Brüssel in die Kommission eingezogen, ging er neun Jahre später in den Aufsichtsrat des Crédit Lyonnais, eine der größten französischen Banken. 1999 wurde er dessen Generaldirektor und bereitete die Privatisierung der Bank vor mit den daraus resultierenden Entlassungen. Im gleichen Jahr ging er - damals Vorsitzender einer Kommission der Vorgängerorganisation des MEDEF, dem bedeutendsten französischen Unternehmerverband, als Handelskommissar zurück nach Brüssel, wo er die Aufhebung des Verbots des Imports genetisch modifizierter Agrarprodukte einleitete und so die WTO-Freihandelsstandards in die EU einfuhrte. Er war u. a. Mitglied des europäischen Flügels der *Rand Cooperation*, wichtigster Think Tank des rüstungsindustriellen Komplexes der USA, und des *Overseas Development Council*, eines in Washington D.C. basierten Think Tanks.

Die ausschließliche Zuständigkeit für damals 15 Staaten in den Händen einer kaum kontrollierten, intransparenten Kommission, das ist nur in einem politischen System möglich, in dem die Exekutive dominiert, ähnlich wie in Frankreich seit 1958, wo die Verfassung de Gaulles ein semi-präsidentielles Regime kreierte, das Mitterrand selbst in seinem *Le Coup d'Etat Permanent* als «bonapartistisch» bezeichnete.

So schuf die Kommission 1998 einen «transatlantischen Wirtschaftspakt», der großenteils nicht einmal in der herrschenden Presse registriert wurde und der die Liberalisierung und den Austausch zwischen den Märkten weiter vereinfachen sollte.

Die Tatsache, dass Frankreich sich nach dem Ersten wie auch dem Zweiten Weltkrieg der deutschen Hegemonialpolitik unterordnete, bietet der heutigen antiliberalen Linken in Frankreich den Vorteil, dass die dadurch innerhalb der französischen Bourgeoisie entstehenden Interessenwidersprüche die

ohnehin fragile V. Französische Republik unterminieren. Dies führt zusammen mit der traditionell starken kommunistischen Bewegung – die KPF war bis 1962 die stärkste Partei Frankreichs - und ihrer effektiven Gegenöffentlichkeit (zumindest in der geschriebenen Presse), die die scheinbare *Interessenharmonie* zwischen Bourgeoisie und ArbeiterInnen als Klassenantagonismus aufdeckt, zu einer für eine revolutionäre Stimmung günstige Ausgangslage. Denn wenn das schlechte Gewissen der KapitalistInnen wächst, so hilft dies sie in die Defensive zu versetzen. Genau diese moralische Offensive der ArbeiterInnen setzt sich seit März 2006 jenseits des Rheins durch.

Indem die EU nicht das tut, was sie sagt - man betrachte nur die Agrarsubventionen: anstatt die massiven Subventionen für Exporteure von industriell verarbeiteten Agrarprodukten wie Nestlé zu streichen, wie seit Jahren versprochen, wurden die Exportsubventionen, die größtenteils als verdeckte Exportförderung weitergezahlt direkt an die Agrarindustrieunternehmen gehen, wird sie zum Alibi der «konservativen Restauration» (P. Bourdieu), denn es ist nicht mehr die Volkssouveränität, sondern Technokratie, die die Politik über die Köpfe der Völker hinweg im Sinne der europäischen Konzerne gestaltet.

Europäische Projekte, ungeachtet ihrer positiven Nebenwirkungen wie dem allgemeinen Diskriminierungsverbot, das auch den emigrierten ArbeiterInnen gegenüber Unternehmern zu Gute kommen kann (z.B. Art. 141 EGV; ausdifferenzierte supranationale Rechtsstaatlichkeit), waren bisher im Allgemeinen Projekte der europäischen Finanz- und Industrieelementen.

Die US-Eliten lernten aus der Krise der 1930er Jahre und suchten ab 1944 (Bretton Woods etc.) die Politik der offenen Tür durchzusetzen. Europa und allen voran das besiegte Deutschland, traditionelles Expansionsziel der US-Kapitalien, sollten dabei eine Krise in den USA verhindern helfen, indem neue Absatzmärkte gefunden würden. Schon Ende der 1940er betrieben die USA Dumping, indem sie ihre Kohle in die westeuropäischen Staaten exportierten und so neue Absatzmärkte eroberten.

Die EU ist zu einem guten Teil aus den «Intrigen der Unternehmer» (Marx) entstanden, die die besten Wege zum Sieg über die eigene, nationale Arbeiterklasse suchten. Sie haben ihn gefunden, in einem dialektisch gesehen widersprüchlichen Europa der Großunternehmer. Ein Europa, dessen Methode der Unternehmer-Arbeitsteilung einen permanenten Druck auf die Löhne bedeutet – seit der Osterweiterung nehmen die Delokalisierungsdrohungen der UnternehmerInnen Form an, selbst im Billiglohnland Polen drohen die Kapitalisten mit der Erschließung billiger ukrainischer

Arbeitskräfte, sobald polnische Gewerkschaften Tarifverträge ausweiten wollen.

Bereits der französische Wirtschaftswissenschaftler Charles Bettelheim konstatierte 1974, dass die Erfahrungen der restriktiven Lohnpolitik zur Verzögerung zyklischer Krisen, die die deutsche Wirtschaft „zwischen den beiden Weltkriegen [machte] sich in gewisser Weise in Zukunft im europäischen Rahmen wiederholen könnten“ (Bettelheim, Die deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus, S. 304).

Der - oberflächliche - Konsens der europäischen Bourgeoisien in Bezug auf den Kampf gegen die Löhne fördert eine europaweite Politik der Austerität, die alle ArbeiterInnen schädigt, denn jetzt sinken die Reallöhne in Westeuropa und ein Mindestlohn in Deutschland ist nur noch durch eine (europäische) Revolution denkbar - «Der Widerstand gegen das Europa der Bankiers und gegen die konservative Restauration, die sie uns vorbereiten, kann nur europäisch sein.» (Pierre Bourdieu).

Polens Arbeiter im abhängigen Kapitalismus¹

1. Vorbemerkung

Vor einigen Jahren verwies ein gewisser Beamter der Europäischen Union, im linken Milieu bekannt durch seine tiefgründigen Analysen bezüglich der Union, in einer privaten Diskussion auf ein „polnisches Paradoxon“. Auf der einen Seite zeugen Wahlfrequenz, Wahlergebnisse sowie die Regierungskoalitionen von der gesellschaftlichen Delegitimation des neoliberalen Kapitalismus und der Krise ihrer politischen Repräsentation. Sie machen aus Polen das schwächste Kettenglied für die kapitalistische Integration Europas. Auf der anderen Seite verhindert der Niedergang der polnischen Arbeiterbewegung, dass dieses Glied reißt. Der gegenwärtige Stand dieser Bewegung stellt im europäischen Rahmen eine Anomalie dar. Nicht nur, dass sie im Sejm überhaupt keine, sei es eine noch so kleine und deformierte politische Vertretung besitzt, sondern, was noch gravierender ist, ist die Tatsache, dass der Zustand der Gewerkschaften selbst äußerst jämmerlich ist.

Es ist offensichtlich, dass die Offensive des Neoliberalismus praktisch überall die Gewerkschaftsbewegung geschwächt hat. Im Vergleich zu 1980 fiel der Organisationsgrad in Italien von 54% auf 30%, in Großbritannien von 51% auf 29% und in Deutschland von 35% auf 23%. Trotzdem beträgt er in acht Ländern West- und Nord-Europas (Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden und Italien) weiterhin über 30%, davon in fünf Ländern (Belgien, Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) über 50%, und in dreien (Dänemark, Finnland und Schweden) bis zu über 70%.²

In Frankreich, wo die Gewerkschaften eher Funktionärs- als Massenorganisationen waren und deshalb der Organisationsgrad schon immer deutlich niedriger war als irgendwo sonst, fiel er in derselben Zeit von 18% auf 8%. Demgegenüber sind 95% der abhängig Beschäftigten in tarifliche Kollektivverträge eingebunden, vertrauen den Gewerkschaften 54% aller abhängig Beschäftigten und 51% der Gesamtbevölkerung, 61% der Arbeiter, 70% der mit der Linken Sympathisierenden sowie 69% der Altersgruppe der

¹ Aus „Le Monde diplomatique“, polnische Ausgabe, Warschau Juli 2006; Übersetzung: Wulf Schade, Bochum

² J. Visser, Union Membership Statistics in 24 Countries“, Monthly Labour Review, T. 129 Nr. 1, 2006

18-24-Jährigen.³ Als sehr hoch ist auch die Mobilisierungskraft der französischen Gewerkschaftsbewegung einzuschätzen. So brachte sie am 28. März und wieder am 4. April dieses Jahres im Laufe des Kampfes um den „Ersten Arbeitsvertrag“ zusammen mit linken Studenten- und Schüler-Organisationen im gesamten Land 3 Millionen Personen auf die Straße!

Wie ist die Situation in Polen, wo der gewerkschaftliche Organisationsgrad einst über 80% und selbst zu Beginn der kapitalistischen Restauration noch 40% betrug? Wenn man die stark überhöhten Mitgliedszahlen der zentralen Gewerkschaftsorganisationen auf das reale Niveau führen würde, würde sich der Grad wahrscheinlich bei unter 10% einpendeln. „In Folge der strukturellen Instabilität und der schnellen Privatisierung sind die Strukturen für Kollektivverträge sehr gering entwickelt“. Sie sind stark dezentralisiert und existieren hauptsächlich auf einzelnen Fabrikebenen. „Entsprechend der OECD-Informationen funktioniert dieses zersplitterte System nur in Polen, Tschechien, Ungarn, in den angelsächsischen Ländern sowie in Japan und Südkorea.“⁴ Der Anteil der Beschäftigten, die von Tarifverträgen erfasst sind, beträgt kaum 20%. In der EU ist dieser Anteil nur in Litauen und Lettland niedriger.⁵ In vielen EU-Staaten beträgt er über 70%. Polen „unterscheidet sich deutlich vom europäischen Modell der Industriebeziehungen, die Kollektivverträge als wichtigen Regulierungsfaktor der Arbeitsbeziehungen beinhalten“.⁶

Es ist bekannt, dass die Dynamik von Lohnsteigerungen dort am niedrigsten währenddessen der Grad der Lohnspreizung dort am weitesten entwickelt ist, wo ein dezentralisiertes System für Kollektivverträge besteht, d.h. dort, wo ihre Aushandlung auf der Fabrikebene stattfindet. Darüber hinaus ist bekannt, dass die höchsten Lohnsteigerungen und der höchste Grad an gesicherten Reallöhnen dort besteht, wo ein mittleres System existiert, d.h. dort wo Kollektivverträge auf Branchenebene ausgehandelt werden. Trotz der unter dem Druck des Liberalismus stattfindenden fortschreitenden Dezentralisation werden in der Mehrheit der westeuropäischen Staaten Kollektivverträge auf der für die Arbeiterklasse günstigsten Ebene, nämlich auf der mittleren, d.h. auf Branchen-Ebene ausgehandelt.

³ Le baromètre d'image des syndicats – 4e vague: Sondage IFOP – Dimanche Ouest France, 23 April 2006.

⁴ M. Bukowski (Red.), *Zatrudnienie w Polsce 2005*, Warszawa, MgiP 2005, S. 174

⁵ S. Lawrence, J. Ishikawa, *Social Dialogue Indicators, Trade Union Membership and Collective Bargaining Coverage: Statistical Concepts, Methods and Findings*, Working Paper No. 59, Geneva, ILO 2005, S. 20-21, Appendix 1, Table B1.

⁶ F. Traxler, M. Behrens, „Collective Bargaining Coverage and Extension Procedures“, *European Industrial Relations Observatory On-line*, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.

Demgegenüber tun in Polen die Arbeitgeberorganisationen und die Regierung alles in ihrer Macht stehende, um den Forderungen der Gewerkschaften entgegenzutreten, „die die Übertragung der mit einigen Unternehmen ausgehandelten kollektiven Lohnabkommen auf die gesamte Branche, darunter auch auf Firmen des Privatsektors, die nicht unmittelbar an den Verhandlungen teilgenommen haben, per Verwaltungserlass ermöglicht haben wollen und damit eine größere Breitenwirkung erreichen wollen“, weil „das genau die Praxis ist, die sich als so schädlich für die OECD-Länder erwiesen hat“.⁷ Schädlich natürlich insbesondere für die Kapitalisten. Und weiter: In den Augen der radikalsten Neoliberalen, konzentriert um die NBP [Polnische Nationalbank - d. Ü.], ist das gegenwärtige System für Lohnverhandlungen übermäßig zentralisiert, weshalb sie (außer für den Öffentlichen Dienst) die vollständige Abschaffung aller Formen von Kollektivverträgen, die über die Ebene einer Fabrik hinausgehen, fordern.⁸

In Polen ist das gesellschaftliche Vertrauen gegenüber den Gewerkschaften ungewöhnlich niedrig – es überschreitet kaum mehr als 10%. „Im Juli 2001 erforschte CBOS das Vertrauen der einfachen Gewerkschaftsmitglieder zu den Gewerkschaften. Von den Mitgliedern der OPZZ meinten 49%, dass ihre Gewerkschaft die Interessen der Arbeiter im Landesmaßstab gut vertritt, wohingegen 28% äußerten, dass ihre Interessen durch niemanden vertreten werden. Für die Gewerkschaft Solidarność sind die entsprechenden Daten noch deutlich schlechter: 39% bzw. 57%. Die Arbeit der Gewerkschaften innerhalb des eigenen Betriebes erachten nur 22% der Mitglieder von OPZZ und 13% von „Solidarność“ als effektiv.“⁹

2. Neigung zur Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern

Juliusz Gardawski, unter den polnischen Soziologen führend in der Erforschung der Gewerkschaftsbewegung, antwortet auf die Frage: „Wie kam es dazu, dass gerade in Polen - einem Land mit sehr starker Gewerkschaftstradition, das deshalb ein Vorbild für viele andere Länder war - der gewerkschaftliche Einfluss ein niedrigeres Niveau hat als in anderen Ländern

⁷ M. Boni (Red.), „Elastycznosc polskiego rynku pracy“, Zeszyty BRE Bank – CASE Nr. 73, 2004, S. 43

⁸ J. Borowski, „Szywnosc plac realnych a przystapienie Polski do Unii Gospodarczej i Walutowej“, Bank i Kredyt Nr. 5, 2002

⁹ J. Gardawski, „Spadek poziomu uzwiązkowienia w Polsce – przyczyny i proby wyjścia z impasu“, w: Polskie Centrum Monitorowania Stosunkow Przemyslowych, Stosunki pracy w Polsce, Warszawa, ISP 2005, S. 144

Mittel- und Osteuropas¹⁰, wie folgt: „In den Jahren 1998-2001 gemachte Beobachtungen zeigen, dass das beschriebene Phänomen der Erosion und des Niedergangs der Attraktivität der Gewerkschaften hauptsächlich mit den antigewerkschaftlichen Strategien der polnischen Privatunternehmer, wie auch der die großen Unternehmen leitenden Manager, einschließlich der aus dem Ausland stammenden zusammenhängen.“¹¹

Die zweite Ursache besteht in der Verbindung beider großer Gewerkschaftszentralen mit Parteien, die die Interessen des Kapitals repräsentieren, wobei die schützende Hand über die neoliberalen Regierungen auf der rechten Seite von der „Solidarność“ und auf der linken Seite von der OPZZ gehalten wird. Der dritte Punkt besteht in der Neigung (vor allem bei der OPZZ) mit den Arbeitgeber-Organisationen zusammenzuarbeiten; diese Zusammenarbeit erleichterte die Verabschiedung des neuen, liberalisierten Arbeitsgesetzes durch den Sejm. Natürlich rief das innergewerkschaftliche Spannungen hervor. „In der gemäßigt orientierten OPZZ haben sich auch Differenzen bei der Frage der Liberalisierung des Arbeitsmarktes und die Rolle der OPZZ bei deren Umsetzung gezeigt - gegenüber dem Vorsitzenden Manicki mehren sich die Vorwürfe, dass er zu nachgiebig sei und das Vertrauen der Gewerkschaftsbasis missbrauche“, stellte einer der Soziologen 2002 fest.¹² Aber die Erschütterungen werden in der Regel durch die leidenschaftslose Atmosphäre, die innerhalb der bürokratischen Apparate herrscht, amortisiert. Sie verursachen den vierten Grund: Diese Apparate verhalten sich so, wie das sprichwörtliche Orchester an Deck der „Titanic“. Endlich der fünfte Grund: Viele Fabrikorganisationen befinden sich am Gängelband der Arbeitgeber und werden nicht zuletzt durch die eigene wirtschaftliche Tätigkeit korrumpiert, die sie führen. Viele sind aber auch durch Zustimmung zu Massenentlassungen kompromittiert, wobei den Mitgliedern der Gewerkschaftsgruppen die Beschäftigung garantiert wird.

Polen wurde in Europa zu einer wahren Oase des Klassenfriedens. Entsprechend der Berichte der Europäischen Beobachtungsstelle für Arbeitsbeziehungen (EIRO) „ist im Verhältnis zu früheren Jahren die Anzahl der Kampfaktionen in der Industrie im Allgemeinen niedriger. In der ersten Hälfte der 80er Jahre (entsprechend den Daten von Eurostat) verloren Länder wie Griechenland, Irland, Italien, Spanien sowie Großbritannien im Jahresdurchschnitt 400 Tage auf 1000 Arbeitende, und Dänemark, Frankreich,

¹⁰ J. Gardawski, „Związki zawodowe w aktualnych analizach i dyskusjach”, w: PCMSP, a.a.O., S. 218

¹¹ J. Gardawski, „Spadek poziomu uzwiązkowienia w Polsce“, S. 144

¹² J. Czarzasty, „Uchwalenie nowego Kodeksu Pracy i kontynuacja sporów wokół liberalizacji rynku pracy“, w: PCMSP, a.a.O., S. 123-124

Luxemburg sowie Portugal über 100 Tage durch Kampfaktionen in der Industrie. Obwohl in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Anzahl der Aktivitäten im Allgemeinen zurückging, verloren weiterhin im Jahresdurchschnitt Griechenland und Spanien über 600 Tage und Irland, Italien und Großbritannien über 100 Tage. Wie deutlich sichtbar hat also für viele Länder mit dem Beginn des 21. Jahrhundert ein Zeitraum des relativen Friedens in der Industrie begonnen.¹³

Spanien verlor in den Jahren 2000-2003 durch Kampfaktionen im Jahresdurchschnitt 220 Tage, Italien 135, Österreich 103, Norwegen 77, Ungarn 60, Finnland 55, Schweden 41, Frankreich 40, Rumänien 33, Großbritannien 27, Slowenien 22, Portugal 18, Holland 11 usw. Im Durchschnitt aller europäischen Staaten beträgt der Verlust 45 Tage, in den alten Mitgliedsstaaten 58 und in den neuen 19 Tage. Polen dagegen verlor 2 Tage, d.h. von allen europäischen Staaten am wenigsten!¹⁴ Wie man also sieht, befindet sich Polen auf dem Hintergrund Europas nicht in einem Zeitraum des relativen, sondern eher in einem des nahezu absoluten sozialen Friedens. Entsprechend der Daten von CBOS fanden im Jahre 2001 11 Streiks statt. 2002 wurde nur einer registriert. Es kam zwar auch zu anderen Protestaktionen (Kundgebungen, Mahnwachen, Blockaden) auf Seiten der Bergleute und der Werktätigen im Gesundheitswesen sowie der Werftarbeiter ebenso wie zum ungewöhnlich dramatischen Kampf der Arbeiter der Kabel-Fabrik in Ożarów, aber Streik gab es eben nur einen. 2003 stieg die Anzahl der Streiks auf 24 (15 davon fanden in Industriefabriken statt). An ihnen nahmen 3000 Arbeiter teil, was einen Anteil von 18% der Belegschaften der bestreikten Unternehmen und Institutionen bedeutete. Die Hoffnungen von Gruppen der radikalen Linken wie auch derer aus dem Arbeiter-Milieu, dass nun eine Phase von Klassenkämpfen beginnt, erwiesen sich als falsch. 2004 fiel die Anzahl der Streiks wieder auf unter 10.

Man kann also feststellen, dass die polnische Arbeiterbewegung in die Position eines passiven Verteidigers gedrängt wurde, in deren Rahmen eine aktive Verteidigung - Kampf zum Erhalt von Arbeitsplätzen, gegen Privatisierungen, für die Auszahlung ausstehender Löhne usw. - in besonderen Fällen, z.B. in einzelnen Fabriken eine Seltenheit bedeutet. Äußerst selten ist ein offensiver Angriff - z.B. ein Kampf um höhere Löhne - in dieser Situation, noch seltener eine groß angelegte Offensive, wie etwa der Kampf auf gesamtstaatlicher oder mindestens auf regionaler Branchenebene.

¹³ M. Carley, „Developments in Industrial Action – 1998-2002“, EIRO On-line.

¹⁴ M. Carley, „Developments in Industrial Action – 2000-4“, EIRO On-line.

Wie kam es dazu? Der Grund liegt in der höchsten und lang andauerndsten Arbeitslosigkeit innerhalb der EU, die, selbst wenn man nur die offiziellen Daten nimmt, bis zu 20% erreicht hat. Damit hängt eng der niedrigste Beschäftigungsanteil in Europa zusammen, was zu einer erfolgreichen Terrorisierung der Arbeiterklasse genutzt wurde, die sie von Streiks abhielt. Ebenfalls wirkte die Einführung eines drakonischen Regimes des Kapitals in den Unternehmen und die höchstmögliche Ausbeutung der Arbeitskraft abschreckend, beispielsweise durch die Flexibilisierung bzw. Spreizung des Arbeitsmarktes, der Arbeitszeit und der Löhne, Beschäftigung in prekären Verhältnissen, darunter „schmutzige“ Arbeitsverträge, sowie durch widerrechtliche vom Arbeitgeber erzwungene Selbständigkeit. Das Kapital selbst eroberte das Herz der abhängigen Arbeit: die unbefristete Beschäftigung. Bis zu 24% der Beschäftigten haben befristete Verträge; in Europa ist diese Quote nur in Spanien höher. Sehr viele Arbeitgeber verlängern auf verschiedene Weise widerrechtlich den Arbeitstag, zahlen keine Zulagen für Überstunden oder bezahlen sie sogar überhaupt nicht, belasten die Beschäftigten mit den Kosten für Arbeitsstillstand usw.

In Polen sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse also durch eine unerhört verwilderte, für die postsowjetische und lateinamerikanische Peripherie des Weltkapitalismus typische Form der Hyper-Ausbeutung durchsetzt, die die MOP mit dem Begriff „Subkultur der Vorenthaltung von Arbeitslöhnen“ bezeichnet. Solange in Szczeciń im Namen der Arbeitersolidarität die Werftarbeiter nicht die Arbeitgeber schlagen, die die Löhne an ihre Näherinnen nicht auszahlen, können Staat und die politische Elite so tun, als ob sie das nicht sähen. Eine ungeheure Anzahl von Verfahren wegen Nichtzahlung von Löhnen wurde von einem eindeutig als Klassenjustiz handelnden Gerichtswesen wegen „...geringer sozialer Schädlichkeit der Tat“ eingestellt. Polen ist zusammen mit Litauen und Slowenien der einzige Staat in der EU, in dem diese „Subkultur“ des Kapitals – die Existenz von Lohnrückständen – einer der wichtigsten Streikgründe darstellt.

In dem Land, in dem einst der Sturz des Kapitalismus eine verspätete industrielle Revolution herbeiführte, ging die Restauration des Kapitalismus mit der Endindustrialisierung auf breiter Front und einer drastischen Entwertung, sowie auf lange Sicht einer ebenso realen Abwertung der Arbeitskraft Hand in Hand. „Noch 1998 war die Situation auf dem polnischen Arbeitsmarkt mit der Situation in den damals 15 zur Europäischen Union gehörenden Staaten nominell vergleichbar. Der gewaltige Fall der Beschäftigungsquote in Polen 1999 und in den folgenden Jahren führte zum Entstehen einer großen Kluft gegenüber den Ländern der

EU 15, in denen man - bei deutlicher innerer Differenzierung - ein Beschäftigungswachstum, aktive Maßnahmen sowie eine Verringerung der Arbeitslosigkeit beobachten konnte. In ähnlicher Weise, obwohl im geringeren Ausmaß, vergrößerte sich die Kluft, die Polen von den anderen neuen EU-Mitgliedsstaaten trennte.“ Das jetzige Beschäftigungsniveau in Polen unterscheidet sich in sehr negativer Weise selbst von den weniger reichen Staaten, die sich erst um die Mitgliedschaft in der EU bemühen wie Bulgarien oder Rumänien.¹⁵

„Der tiefe Graben“, der Polen von den „alten“ Mitgliedern der EU trennt, wird sogar in den amtlichen Auswertungen des Wirtschaftsministeriums bestätigt. Es wird jedoch nicht aufgezeigt, dass es sich dabei nicht nur um eine zahlenmäßige, sondern auch eine qualitative Differenz handelt. Obwohl im Westen die neoliberale Restrukturierung des Kapitalismus das Feld für die Hyper- Ausbeutung der Arbeitskraft bedeutend erweiterte (der absoluten Ausbeutung, gestützt auf die Abnutzung der Arbeitskraft), stützt sich die Akkumulation des Kapitals dort hauptsächlich auf das Wachstum der Arbeitsrentabilität, also auf die relative Ausbeutung. Dagegen stützt sie sich in Polen auf eine Hyper-Ausbeutung, die eine Installierung und Wiederherstellung eines abhängigen Kapitalismus fördert. Wie bereits vor 30 Jahren Ruy Mauro Marini feststellte, „ist eine Hyper-Ausbeutung der Arbeit Bedingung für eine Abhängigkeit“.

„In einer abhängigen kapitalistischen Wirtschaft behindern die Bedingungen, die durch die Hyper-Ausbeutung der Arbeit geschaffen werden, tendenziell den Übergang von der Produktion eines absoluten Mehrwertes“, d.h. einer absoluten Ausbeutung, „hin zu einer Produktion des relativen Mehrwertes“, d.h. einer relativen Ausbeutung, „als Hauptform der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit“. „Das Wachsen der Arbeitsproduktivität, das in einer Produktionsstruktur, die auf Hyper-Ausbeutung gestützt ist, stattfindet, führt zu einem beschleunigten Wachstum einer industriellen Reservearmee, was den Druck von Seiten des Kapitals auf die Arbeit und den Lohn steigert.“ „Eine industrielle Reservearmee verringert die Fähigkeit der Arbeiterklasse, materielle Werte einzufordern und begünstigt die Hyper-Ausbeutung.“ „Ein abhängiger Kapitalismus, der sich auf die Hyper-Ausbeutung der Arbeit stützt, trennt den produktiven Apparat von den Konsumtionsbedürfnissen der Massen und verstärkt auf diese Weise die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise.“¹⁶

¹⁵ M. Bukowski, (Red.), a.a.O., S. 22-23

¹⁶ R. M. Marini, *Dialéctica de la dependencia*, Meksyk, Era 1974 sowie andere Arbeiten dieses Autors

Auf der nicht zu ändernden Grundlage einer ungleichmäßigen und polarisierenden Entwicklung des Kapitalismus macht das Ausmaß der Hyper-Ausbeutung, der in Polen die Arbeitskraft ausgesetzt ist, das Land zu einem Teil der abhängigen und relativ unterentwickelten Peripherie des neoliberalen vereinigten Europas. Polen, als armer Verwandter, stellt in der EU eine Belastung für den Preis und den Wert der Arbeitskraft, für die Sozialstandards und für die historischen Errungenschaften der Arbeiterbewegung überhaupt dar. Die vorherrschende Tendenz des neoliberalen Kapitalismus ist die Angleichung dieser Standards nach unten. In Polen neigt sich die Wagschale stark zu Ungunsten des bereits seit Beginn der 90er Jahre sehr eingeschränkten Streikrechts, und zwar durch die Einführung der Aussperrung, die in der übergroßen Mehrheit der EU-Staaten seit langem abgeschafft, in einigen sogar gesetzlich verboten ist. Ähnlich wie in der gesamten EU droht im Zusammenhang mit der „Modernisierung der europäischen Sozialordnung“, wie sie in der Sozialagenda der Europäischen Union für die Jahre 2005-2010 verkündet wurde, auch in Polen in schrittweise Liquidierung des Arbeitsrechtes.¹⁷

Die gegenwärtige lang andauernde Phase der Depression bestimmt den Kapitalismus seit Beginn der 70er Jahre. Solche Phasen dauern im Durchschnitt 25-30 Jahre, und wenn sie tatsächlich diesen zyklischen Charakter haben, müsste die gegenwärtige Phase gerade abklingen. Die Anhänger der Theorie langer Phasen bei der Entwicklung des Kapitalismus, die von Nikołaj Kondratiew hervorgebracht sowie von Ernest Mandel und Francisco Louçã weiterentwickelt wurde, wissen, dass der Übergang von einer langen Phase mit expansiver Tendenz hin zu einer langen Phase mit depressiver Tendenz und umgekehrt Umbruchzeiten in der Geschichte der Arbeiterbewegung bedeuten. „Es erscheint, dass diese Wendepunkte zwischen den langen nach Kondratiew benannten Phasen mit einer hochgradigen Mobilisierung der Arbeiterschaft einhergehen, die insbesondere am Grad von Streikaktivitäten und an der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften messbar sind“, schreibt John Kelly. „Übergangszeiträume zwischen den Kondratjewschen Phasen sind ebenfalls Wendepunkte in der Entwicklung der Gewerkschaften, bei der Streikaktivität, beim Zusammenschluss der Gewerkschaften untereinander und bei der Ausweitung der Gültigkeit von kollektiven Arbeitsverträgen für die Arbeitenden“, schreibt Kelly weiter. „Sie sind durch ungewöhnlich intensive und sehr weit gehende

¹⁷ Siehe bei C. Gobin, „Falszerze Europy socjalnej“, polnische Ausgabe der *Le Monde Diplomatique*, Nr. 2

Klassenkämpfe gekennzeichnet, die mit dem „Überwinden“ der bisher herrschenden Muster der Klassenbeziehungen enden.“¹⁸

Wenn sich also der Weltkapitalismus tatsächlich an so einem Wendepunkt befindet, müssten sich jetzt oder in naher Zukunft in Polen Bedingungen entwickeln, die eine Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital begünstigen und zwar zugunsten des ersteren. Es ist jedoch so, dass die depressive Phase andauert, denn das Wachstum der Gewinnraten bringt keine andere Spielart des Kapitalismus hervor – sei es nun beim Grad der Akkumulation des Kapitals, beim Grad des Wachstums des BSP oder bei der Arbeitsproduktivität. Weiterhin fehlen die drei Merkmale für eine lange Phase der Expansion: Beschleunigung der Akkumulation, relative Stabilität der Weltwirtschaft, die es erlaubt die Gewinnquote auf einem hohen Niveau zu halten, sowie eine soziale Legitimation, die die „Produktionsordnung“ sichert.

3. „Wirtschaftswachstum ohne Mehrbeschäftigung“

Eine kurzfristige Wirtschaftsbelebung, die Europa in den Jahren 1997-2001 erlebte, bevor die Konjunktur umkippte und die Rezession wiederkehrte, bestätigte, dass Antriebe für eine neue Welle von Klassenkämpfen entstehen, falls nach einer langen Depressionsphase die Belebung eine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit mit sich bringt, welche die Arbeitswelt bis dahin in Schach hielt. Was aber tun, wenn – so, wie es in Polen geschieht - der Aufschwung als Wirtschaftswachstum ohne Mehrbeschäftigung daherkommt? Wenn die bedrückende Arbeitslosigkeit im Grunde keine konjunkturelle, sondern eine strukturelle und chronische ist – unabhängig von der Akkumulation des Kapitals, das sich auf die Hyper-Ausbeutung der Arbeitskraft stützt, und unabhängig vom abhängigen Kapitalismus?

Es ist eins wie das andere: Entweder wartet man auf Godot oder verhält sich wie das Orchester an Bord der Titanic, oder aber man sucht einen Ausweg ... aus einer Situation der Ausweglosigkeit. Eine Strategie des Feuer Schürens bildet die Alternative zur bürokratischen Gleichgültigkeit, und bedeutet, dass „man nicht immer warten darf, bis alle Bedingungen vorhanden sind...“, weil man sonst den richtigen Zeitpunkt zur Änderung verpasst.

Nicht vorhandene Bedingungen kann man durch ein bewusstes Handeln und mit Kampfeswillen, durch offensives strategisches Denken, das eine

¹⁸ J. Kelly, Rethinking Industrial Relations: Mobilization, Collectivism and Long Waves, Londyn-New York, Routledge 1998, S. 2, 104-105, 107,128

operative und taktische Linie umsetzt, eine politische Einheitsfront sowie auch durch eine relativ kleine, aber zielgerichtete Kraft schaffen, soweit sie gegenüber der Arbeiterbewegung solch eine Rolle spielen kann, wie die eines Anlasses bei einem Kolbenmotors. Man muss gegen eine formale Logik handeln, aber in Übereinstimmung mit der dialektischen Logik, in dem man offensiv handelt, obwohl man in sich der Defensive befindet, eine Übermacht schafft und die Initiative ergreift, obwohl sie der Feind hat, als Kraft auftritt, obwohl man schwach ist, eine günstige Kampfposition einnimmt, obwohl man in einer ungünstigen Lage ist ...

Die Gelegenheit oder ein günstiger Augenblick, den Kampf für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse aufzunehmen, fällt niemals vom Himmel. „Eine Gelegenheit schafft sich nicht selbst, deshalb darf man auch nicht mit gefalteten Händen darauf warten. Zu ihrem Entstehen sind objektive Bedingungen Voraussetzung, aber sie entstehen hauptsächlich aus subjektiven Elementen“, schrieb der hervorragende vietnamesische Strategie General Trần Van Trà.¹⁹ Eine gut ausgenutzte Gelegenheit schafft nachfolgende Gelegenheiten zu einer günstigen Veränderung der Kräfteverhältnisse. „In der Revolution wie im Krieg“, erklärt Trần Van Trà, und dieser Gedanke gilt für jede Art eines Kampfes, „ist die Einschätzung der Situation und die entsprechende Ausnutzung der Gelegenheit sowie die rechtzeitige Entscheidung und entschiedenes Handeln die grundsätzliche Voraussetzung für einen Sieg. Das erfordert Talent und Übung. Wenn man die Gelegenheit verpasst, nimmt die Angelegenheit eine Wendung zum Unguten und man kann ein Fiasko erleben.“²⁰ „Ein günstiger Augenblick entsteht aus einer Synthese verschiedenartiger Widersprüche in ihrer gegenseitigen Interaktion und deren Wahrnehmung in ihrer Bedeutung, um eine strategische Wahl für den Moment des Kampfbeginns zu treffen.“²¹

4. Am Werfttor stand nicht die Losung: „Ja zum Kapitalismus“

In Folge der grundlegenden Restrukturierung des Bergbaus, die in den Jahren 1997-2001 von der rechten Regierung mit Unterstützung der „Solidarność“ durchgeführt wurde, wurden über ein Dutzend Bergwerke, die noch Kohlelager besitzen, liquidiert und 100 Tausend Bergleute entlassen. In

¹⁹ Trần Van Trà, Vietnam: History of the Bulwark B-2 Theatre, Band V, Washington, JPRS 1983, S. 111

²⁰ Trần Van Trà, „Tet: The 1968 General Offensive and General Uprising“, in: J. S. Werner, Luu Doan Huynh (Red.), The Vietnam War: Vietnamese and American Perspectives, Armonk (NY), M. E. Sharpe, 1993, S. 39

²¹ Trinh Van Thao, „Guerre du peuple“, in: G. Bensussan, G. Labica (Red.), Dictionnaire critique du marxisme, Paris, PUF 1982, S. 525-526

Schlesien führte das zu einem Verlust von 400 Tausend Arbeitsplätzen insgesamt und einem dreifachen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Trotz dieser sozialen Katastrophe ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Bergwerken weiterhin hoch, im Landesmaßstab am höchsten. Die Bergleute erhielten sich eine hohe Schlagkraft, die schwer auf dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit lastet.

Am 25. Juli 2005 erschütterte eine zum Sejm gelenkte von Tausenden Bergleuten durchgeführte kraftvolle Demonstration den Staat. Dazu mobilisierten alle im Bergbau aktiven Gewerkschaften gemeinsam, die die günstige Situation gut ausnutzten: Es war Vorwahlzeit. Mit dieser Demonstration erzwangen die Bergleute, dass am nächsten Tag auf dem Weg eines außerordentlichen Verfahrens, das faktisch von Panik getragen war, eine für sie günstige Novellierung des Rentengesetzes verabschiedet wurde. Kein Jahr später gewannen die Gewerkschaften einen Kampf gegen die Regierung um die Gewinnbeteiligungsprämie von den Bergwerksunternehmen mit einem einzigen Warnstreik und der Androhung, sie würden erneut eine Demonstration in Warschau durchführen. Der schlesische Bergbau blieb eine Bastion der Arbeiterklasse und bildet die strategische Basis für die Arbeiterbewegung in Polen.

Polens Linke – Quo vadis?

Weder die demokratische Linksallianz (SLD) noch die Sozialdemokratie (SdPI) Polens noch eine andere sich als links verstehende Partei hat die Unterstützung sozialer Gruppen bei einer Vermählung mit den Neoliberalen. Die zwischen SLD und SdPI einerseits und der Demokratischen Partei (ohne das Liberale Forum) andererseits geschlossene Koalition auf Gemeindeebene bestätigt die Realisierung der Konzeption des sog. neuen Mitte-Links-Bündnisses. Die Linke rückte bei dieser Koalition ins Zentrum, wobei sie sich nicht klar darüber ist, wie sehr sie damit der rechtskonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und deren Satelliten in die Hände spielt.

Die Idee des Mitte-Links-Bündnisses, die auf den Chefredakteur der Quartalszeitschrift „Krytyka Polityczna“ Sławomir Sierakowski zurückgeht, ist ein erfolgreiches politisches Projekt, das sich in Italien bewährt hat. Hier hat eine aus Sozialisten, Kommunisten, Christdemokraten, Grünen und nach links tendierenden Demokraten bestehende Olivenbaum-Koalition unter Roman Prodi die letzten Parlaments- und Gemeinde-Wahlen gewonnen.

Für Polen kann eine solches Mitte-Links-Bündnis jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn es eine authentische Linke mit einem deutlich links-sozialistischen Programm gäbe – wie es in Italien der Fall ist. Diese Linke müsste sich auf reformistische Traditionen berufen, müsste für die globalisierungskritische Bewegung und Neue Linke offen und in der Gewerkschaftsbewegung verwurzelt sein und sich zugleich der Unterstützung der abhängig Beschäftigten, Arbeitslosen und linken Intelligenz sicher sein. Dies ist in Polen jedoch nicht der Fall. Entgegen der Prognosen von Sierakowski verlieren polnische linke Parteien (SLD, SdPI und andere sich als Linke verstehenden Parteien) in dem Moment die Unterstützung der oben genannten gesellschaftlichen Gruppen, wenn sie eine Vermählung mit den Neoliberalen eingehen bzw. selbst als Neoliberale betrachtet werden.

Indem sich die Linke in Polen für ein Bündnis mit der Demokratischen Partei entschied, bestätigte sie nicht nur Vorbehalte bezüglich ihres linken Charakters, sondern spielte damit auch PiS und deren Vasallen in die Hände. Der Verlust der sozialen Basis der Linken an radikale, populistische Rechte wurde von linken Intellektuellen schon seit Jahren prognostiziert (z.B. durch

Slavoj Žižek oder Chantal Mouffe). Diese sehen in der Kapitulation der Linken vor dem Neoliberalismus (tinA¹ bzw. das „Ende der Geschichte“) die Ursache für Verluste der Linken. Zugleich übernahmen diese die Sprache der liberalen Rechten („Modernisierung“, „wirtschaftlicher Rationalismus“, „Pragmatismus“) und deren Stil und Form zu regieren, in dem sie den Staat wie ein Unternehmen führte.

Indem die Linke eine monetaristische Wirtschaftspolitik betrieb, Einschnitte bei den Sozialausgaben vornahm und die Kennziffern des Bruttoinlandsprodukts fetischisierte, um die Inflation niedrig zu halten und die Finanzmärkte zufrieden zu stellen, gab sie die Idee der gerechten Verteilung des Volkseinkommens auf und verlor damit das Vertrauen unter ihren bisherigen Anhängern.

Es ist schwierig der Meinung von Žižek zu widersprechen, der die Abwanderung des „alten“ Wahlklientels der Linken zur populistischen Rechten darauf zurück führt, dass sich die Linke nur auf kulturelle Fragen konzentriert hat und dabei die sozial-ökonomischen Fragen außer acht ließ. Hier verweist er auf Parallelen zur amerikanischen Demokratische Partei, die die Probleme um die Emanzipation der Frauen sowie der Rechte der Homosexuellen und Lesben in den Mittelpunkt gestellt, dabei aber die Sphäre der Arbeiterrechte und der sozialen Rechte der Bürger vernachlässigt hat. Damit wurden die Demokraten zu einer elitären Partei, die die Interessen von Randgruppen der amerikanischen Gesellschaft repräsentierte und sich dabei von den Problemen der Durchschnittsamerikaner weit entfernten. Im Ergebnis dieser Entwicklungen stimmten diese – entgegen ihren ökonomischen Interessen – für die Republikaner, die während des Wahlkampfes nicht mit sozialer Rhetorik sparten.

Die Schlussfolgerungen aus diesen Entwicklungen gelten auch für die polnische Linke. Dennoch darf sie sich nicht einreden, dass Frauenrechte, Weltlichkeit des Staates, Emanzipation der Homosexuellen und Lesben wie auch eine moderne Sexualerziehung in den Schulen zweitrangige Themen sind. Wie auch gegen die innerpolnische Widerstände ein konsequentes linkes Programm umgesetzt werden kann, sieht man am Beispiel Spaniens. Hier hat der sozialistische Premier, José Luis Rodriguez Zapatero, die

¹ There is no alternative

gesellschaftliche Unterstützung nicht verloren, trotz heftiger Kampagnen gegen ihn von Seiten der spanischen Rechten und der Kirche.

Wenn Polens Linke die frühere soziale gesellschaftliche Basis wiedergewinnen will, die jetzt durch PiS, die Liga der Polnischen Familie (LPR) und die Bauernpartei „Selbstverteidigung“ (Samoobrona) besetzt wird, muss sie entschiedene Schritte in die o. g. Richtung tun. Resolutionen der SLD darüber, dass „(der Staat) eine wesentliche Rolle bei der Verteilung der Marktflüsse (spielen muss), in dem er den Ärmsten und Schwächsten hilft und von den Reichen einen höheren Beitrag für das Gemeinwohl abverlangt“ („Ein demokratisches und soziales Polen“ – Projekt einer Programm-Verfassung der SLD) klingen unglaublich, wenn sie sich bei Wirtschafts- und Steuerfragen nicht eindeutig von der durch und durch neoliberalen Bürgerplattform (PO) absetzt. Zugleich muss die Linke das angeblich „soziale Gesicht“ der PiS entlarven, in dem sie zeigt, wie sehr die praktizierte Politik dieser Partei den Elementen des Egalitarismus zuwiderläuft. Piotr Szumlewicz hat Recht, wenn er schreibt, dass „die ökonomischen Vorschläge von PiS in Wirklichkeit nicht sozial sind, nur etwas weniger neoliberal als die Losungen von PO. („Le Monde Diplomatique – Edycja Polska“ vom April 2006). Als Beispiel könnte man die Steuerpläne von Recht und Gerechtigkeit nennen, nach denen es in Polen nur zwei Steuerstufen geben soll: 18 und 32%.

Polens Linke muss sich lautstark darüber beschweren, dass „das eine bedeutende Verringerung der Steuerlast für die aller reichsten und eine symbolische für die aller ärmsten Steuerzahler bedeutet“, dass „die Personen die heute 40 % bezahlen, im Jahr durchschnittlich 10.000 Złoty, die die 30 % bezahlen, ca. 1.900 Złoty, aber die Steuerzahler, die die niedrigste Steuerstufe bezahlen, etwa 400 Złoty verdienen“ und dass „so eine weitere Verringerung der Steuerprogression eintritt und gleichzeitig die Spreizung der Einkünfte wächst“ (ebenda).

Aber die Linke kritisiert PiS nicht. Dabei wäre sie dazu verpflichtet, will sie die gesellschaftliche Unterstützung linker Positionen erreichen.

Dies ist im Rahmen eines Konzepts des Mitte-Links-Bündnisses jedoch nicht möglich; dieses hat die Pläne für eine starke und authentische Linke in Polen durchkreuzt. Einerseits verlieren die linken Parteien, die dieses Bündnis eingegangen sind, beim sozial schwachen Wahlvolk den Rest ihrer Glaubwürdigkeit und teilen möglicherweise das Los der amerikanischen Demokraten. Andererseits werden die kleineren linken Gruppierungen und

Organisationen, die einen Beitritt zur Linken Mitte ablehnen – bereits heute gelten sie im offiziellen Diskurs als die „Linken“ - zum Dahinvegetieren an den Rand des politischen Lebens gedrängt. Es ist traurig, aber es kündigt sich eine lange, sehr lange Regierungszeit rechter Populisten an.

II.

Die Rolle von Gewerkschaften und der katholischen Kirche in den Transformations- prozessen Mittel- und Osteuropas

Gewerkschaften in Polen. Von der Massenbewegung zur parteiischen Interessenvertretung

1. Einleitendes: Sozialökonomische Kontraste

Polnische Arbeitskräfte gelten in der deutschen Öffentlichkeit allgemein als billig und dies, obwohl die polnische Gewerkschaftsbewegung als Interessenvertretung der Lohnabhängigen einmal ein ganzes politisches System herausfordern konnte.

Die durchschnittlichen Arbeitskosten sind in Polen sogar um 10 bis 15 Prozent niedriger als in der Tschechischen Republik und Ungarn (Kurtyka 2006: 7). Andererseits hat Polen im Durchschnitt mit 42,8 Stunden die höchste wöchentliche Arbeitszeit von allen europäischen Ländern.¹ Die Arbeitslosigkeit ist gleichzeitig eine der höchsten in der EU. Sie betrug 2004 rund 18,8 Prozent und ist 2006 auf 16 Prozent gesunken. Die Quote der Erwerbstätigen liegt bei gerade einmal bei 52 Prozent der Bevölkerung und ist damit wiederum einer der niedrigsten in der EU.²

Dies steht im Kontrast zu anderen offiziellen Wirtschaftsdaten Polens und der Entwicklung in etlichen der großen und prosperierenden Städte sowie der westlichen Woywodschaften. Der Anstieg des BIP war 2004 um real 5,4%, der stärkste seit 1997 und - zusammen mit den baltischen Staaten - der höchste in der EU (Kurtyka 2006: 4). 1986 wurden pro Kopf jährlich 3.484 US-Dollar verzeichnet, acht Jahre später lag das durchschnittliche BIP immerhin schon bei 6.347 US-Dollar (ebd.: 35). Die Inflation sank nach zweistelligen Zahlen Anfang der 90er Jahre auf 0,8 Prozent im Jahr 2003, um ein Jahr später aber schon wieder auf 3,5 Prozent zu steigen (ebd.).

Die Gewerkschaft „Solidarność“ war bekanntermaßen bei den sozialen und politischen Veränderungen nach 1980 von zentraler Bedeutung. Die personellen Auswirkungen sind heute noch Teil der alltäglichen Politik in Polen. Doch welchen Einfluss haben die Vertreter der organisierten Arbeiter in der heutigen, sich sozial auseinander entwickelnden polnischen Gesell-

1 <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2006/08/update/tn0608101u.html#4>

2 Allerdings beziehen viele Polen im erwerbsfähigen Alter Invaliditätsrenten.

schaft jenseits des Parlaments? Einen Überblick über diese Entwicklungen soll dieser Beitrag geben.

2. Ein kurzer Rückblick

Die katholische Kirche ist von jeher ein wichtiger Bezugspunkt für weite Teile der polnischen Gesellschaft. 1978 wurde der Krakauer Kardinal Karol Wojtyła zum Papst gewählt. Als Johannes Paul II. unternahm er 1979 seine erste Fahrt in seine Heimat, die auch als Unterstützung der Opposition gegen das regierende autoritäre Regime verstanden werden konnte.

1980 lösten Preiserhöhungen in Polen eine große Streikwelle aus und in Gdańsk gründeten Werftarbeiter ein überbetriebliches Streikkomitee. Sie wurden von Anna Walentynowicz, einer Kranführerin aus der damaligen Lenin-Werft, angeführt. Sie war zuvor als Aktivistin der „Freien Gewerkschaften“ entlassen worden. Die kommunistische Staats- und Parteiführung der PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza - deutsch: *Polnische Vereinigte Arbeiterpartei*) wurde während der Ferienperiode von den Ereignissen überrascht. Polen war als Mitglied des Warschauer Pakts ebenso der Breshnew-Doktrin unterworfen, die den gesamtgesellschaftlichen Spielraum vorgab. Noch in den 70er Jahren wurden Proteste durch repressive Maßnahmen massiv unterdrückt. Die Führung der DDR reagierte auch mehr als beunruhigt auf die starke polnische Opposition. Doch die PZPR sah von Gewaltmaßnahmen ab. Um die Wirtschaftsentwicklung entscheidend zu verbessern, hatte Parteichef Gierek in den 70er Jahren im Westen umfangreiche Kredite aufgenommen. Das Ansehen im Westen konnte deshalb nicht leichtfertig mit Einsätzen der Sicherheitskräfte gegen Streikende aufs Spiel gesetzt werden

Die polnische Regierung verhandelte mit dem Streikkomitee. Das Resultat war am 31. August 1980 die Unterzeichnung des „Augustabkommens“. Eine weitere Folge war die Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“, mit dem Danziger Werftarbeiter Lech Walesa an der Spitze. Regierungschef Edward Gierek wurde zum Rücktritt gezwungen. An dessen Stelle trat Stanisław Kania.

Die „Solidarność“ wurde schnell zu einer landesweiten gesellschaftlichen Massenbewegung, in der viele auch der regierenden kommunistischen Partei angehörten. Die Gewerkschaft verstand sich als zivilgesellschaftliche Kraft und wollte keine Partei sein. Zum ersten Mal gab es mit der gegründeten

„Unabhängigen, Selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarität“ (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy, NSZZ Solidarność) in einem als sozialistisch geltenden Land eine unabhängige Gewerkschaft, die ca. 7 Mio. Mitglieder und damit ca. 60% der Erwerbstätigen repräsentierte. Die staatsnahen *Gewerkschaften* CRZZ (Centralna Rada Związków Zawodowych - Zentralrat der Gewerkschaften) lösten sich auf.

Die Solidarność war nicht nur die Interessenvertretung von Werktätigen, die die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse thematisierte, sondern stand in der Tradition von immer wieder aufflammenden Streik- und Protestbewegungen gegen ein ihnen aufgezwungenes Regime. Schon vor 1980 hatten sich aus Intellektuellen verschiedener Couleur bestehende Unterstützungskomitees für die Belange der in der Produktion Tätigen gebildet. Einer der vielen Berater der Solidarność war Lech Kaczyński. Später saß er mit am Runden Tisch und schließlich im polnischen Parlament, dem Sejm.

Daneben gab es den staatsnahen, ebenfalls neu gegründeten, Verband der Branchengewerkschaften, der etwa 1 Million Mitglieder zählte, die häufig Mitglieder der PZPR (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza - deutsch: Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, PVAP) (einmal polnisch und deutsch ausschreiben) waren bzw. mittlere und hohe Leitungsfunktionen in Betrieben innehatten. Weiterhin existierte noch eine Reihe kleiner unabhängiger Gewerkschaften mit mehreren zehntausend Mitgliedern.

Die sozialistischen Bruderländer sahen sich durch diese Entwicklungen in Polen bedroht. Im Herbst 1980 wurde die bis dahin offene deutsch-polnische Grenze durch die DDR geschlossen. Eine Intervention der Warschauer Vertragsstaaten war nicht unwahrscheinlich. Doch im Herbst 1981 wurde schließlich General Jaruzelski zum Partei- und Regierungschef ernannt und im Dezember desselben Jahres wurde das Kriegsrechts im Land verhängt. Alle gewerkschaftlichen Organisationen wurden mit der Verhängung des Kriegsrechts verboten. Der Kopf der Gewerkschaftsbewegung Walesa wurde im Winter 1981/82 unter Hausarrest gestellt, viele andere verhaftet.

In der Zeit danach begann der allmähliche Neuaufbau von staatsnahen Gewerkschaften. Ausgehend von den Betrieben wurden die Branchengewerkschaften ausgebaut. Ihre Koordinierung übernahm ein gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband. Die Dachorganisation OPZZ, die Gesamtpolnische Vereinigung der Gewerkschaften (Ogólnopolskie

Porozumienie Związków Zawodowych) repräsentierte Mitte der 80er Jahre etwa 5,6 Mio. Mitglieder und damit rund 45% der Beschäftigten.

Aus dem vorübergehenden Notstandsregime unter Jaruzelski wurde eine mehrjährige Zeit der Stagnation. Das Verbot der Solidarność und die Verhaftung ihrer Führer bedeuteten jedoch nicht ihr Ende. Das Kriegerrecht wurde im Juli 1984 unmittelbar nach einem viel beachteten Besuch von Johannes Paul II. wieder aufgehoben. Im Zuge des Kurswechsels der Sowjetunion seit der Amtsübernahme Gorbatschows 1985 änderten sich auch die politischen Handlungsbedingungen für die polnische Opposition, die weiterhin auf eine starke Unterstützung durch das westliche Ausland bauen konnte.

Die wirtschaftlichen Probleme der Volksrepublik blieben jedoch bestehen. Eine neue Streikwelle brach im Frühsommer 1988 aus. Es kam zu den Verhandlungen am Runden Tisch, die zu dem ›historischen Kompromiss‹, eine vorübergehende friedliche Koexistenz der alten Machtelite mit der Solidarność, führten. Das Machtmonopol der Arbeiterpartei endete am Runden Tisch. Die ersten Wahlen, bei denen ein Teil der Abgeordneten frei gewählt werden konnte, gerieten zum Erfolg von Lech Walesa und Tadeusz Mazowiecki. Letzterer wurde im August 1989 der erste nichtkommunistische Ministerpräsident in einem offiziell noch sozialistischen Land. Ein Jahr später beendete die Wahl Lech Walesas zum Staatspräsidenten als Vertreter der Solidarność diesen Teil der politischen Wende.

3. Nach 1989

Die Solidarność-Bewegung verfiel bald in konkurrierende Gruppen. Hinzukam, dass ab 1990 in einer Art Schocktherapie die sog. freie Marktwirtschaft in Polen eingeführt wurde. Während des ersten Jahres des Systemwandels stieg die Arbeitslosenquote von Null auf über sechs Prozent an. Seit den frühen 90er Jahren schwankt diese nun um die 18 Prozent. Die sozialen Folgen sind wohl nur mit denen im ostdeutschen Transformationsgebiet zu vergleichen.

Mit Tadeusz Mazowiecki und Lech Walesa standen zwei ehemalige exponierte Köpfe der Solidarność an der Staatsspitze. Außerdem waren in den 90er Jahren immer zahlreiche Aktive der Gewerkschaftsbewegung Abgeordnete im Sejm. Das galt besonders für die Jahre 1997 bis 2001, als dies für 100 der 460 Abgeordneten des Parlamentes zu traf (Boni 2002: 69).

Die Solidarność-Regierung setzte eine umfangreiche, von neoliberalen Ideen inspirierte, Wirtschaftspolitik um. Die zum großen Teilen veralteten Staatsbetriebe sollten so rentabel werden. 1993 begann die Privatisierung der Hüttenindustrie. Ihr folgte 1998 ein umfangreicher Prozess durch ein Gesetz zur Umstrukturierung von Bergbau und Eisenbahn. Der Automobilsektor wurde, wenn möglich, privatisiert. Heute gehören wichtige Werke zum FIAT- oder zum VW-Konzern. Während FIAT für schlechte Bezahlung und Behinderung von Gewerkschaftsarbeit bekannt ist, entsprechen die Arbeitsbedingungen bei VW Motor Polska den EU-Anforderungen (Winter 2005). Der Einfluss der IG Metall auf den deutschen Mutterkonzern hat hier positive Folgen für die Kollegen in Polen.

3.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Nach Angaben des polnischen Statistikamtes, dem Główny Urząd Statystyczny, wurde 2005 die Struktur der Wirtschaft (gemessen an der Zahl der Unternehmen) von privaten Betrieben dominiert. Diese beschäftigen aber nicht viel mehr Mitarbeiter als öffentliche Unternehmen. Infolge von Restrukturierungsmaßnahmen haben wichtige Sektoren in der polnischen Wirtschaft mit einem weiteren Arbeitsplatzabbau zu rechnen. Dies sind: Kohlebergbau (hier vor allem in der Region Oberschlesien/Kattowitz) Energie, Textil- und Bekleidungsindustrie, Banken, Schiffsbau, Eisenbahn sowie der Automobilsektor (Kurtyka 2006: 23). Im Agrarsektor wird es nach Meinung von Finanzanalysten der Deutschen Bank zu einem weiteren Arbeitsplatzabbau von mehr als zwei Millionen Stellen kommen (Deutsche Bank AG 2004: 7). Dies bedeutet, dass der ökonomische Transformationsprozess, der zugleich ein Integrationsprozess in internationale Produktionsstrukturen ist, immer noch anhält, daher ist auch mit weiteren sozialen Verwerfungen zu rechnen.

Der aus den industriellen Beziehungen in Westeuropa bekannte „Soziale Dialog“ wurde 1994 auch in Polen eingeführt. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände betrachten sich dabei als Partner und der Staat moderiert normalerweise diese konsultativen Treffen. Aber in Polen war es bis 1997 nur ein Dialog zwischen Staat und Gewerkschaften, da sich die Unternehmen zurückhielten. Die Mitarbeit einer Unternehmensvertretung wurde erst durch die kurz zuvor erfolgte Gründung des Polnischen Verbandes der privaten Arbeitgeber möglich. (Dieser Transformationsprozess wird seit 1994 von staatlicher Seite mit einem auch aus Westeuropa bekannten „Sozialen Dialog“ begleitet, an dem natürlich die Gewerkschaften beteiligt sind). Beide Gewerkschaften gehören dem Internationalen

Gewerkschaftsbund an. Die NSZZ ist darüber hinaus Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes und des OECD-Komitees. Die Vertreter von OPZZ und NSZZ „Solidarność“ setzen sich in der *trilateralen* Kommission, der neben den beiden Gewerkschaften die Regierung und seit 1997 der Polnische Verband der privaten Arbeitgeber angehören, für sozialwirtschaftliche Angelegenheiten für die Arbeitnehmer ein. Diese wichtige Institution soll den gesellschaftlichen Dialog in Polen stimulieren. Sie ist ein Forum für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Regierungsvertreter und hat die Verständigung betreffend Gehälter, Steuern, Haushaltsentwürfe und anderer Angelegenheiten, die für die Wahrung des sozialen Friedens bedeutend sind, zum Ziel. Die Gespräche werden allerdings in der Öffentlichkeit auch als Talkshow charakterisiert.

3.2. *Parlamentarismus versus betriebliche Interessenvertretung*

Solidarność hatte sich einerseits zu einer Partei entwickelt, blieb aber andererseits in den Betrieben weiter als Gewerkschaft aktiv. Nach dem gesellschaftlichen Umbruch zeigte sich, dass die parteipolitisch engagierte Solidarność nicht in der Lage war, für die neue politische und ökonomische Situation mehrheitsfähige Lösungen anzubieten. Die Hauptphase der Reform- und Privatisierungspolitik war allein 1993 von mehr als 7.000 Streiks begleitet. Die Arbeitslosigkeit pegelte sich bald auf einem hohen Niveau ein. Die Probleme wirkten sich nun auf das parteipolitische Engagement aus. 1995 verlor Walesa die Präsidentenwahlen knapp im zweiten Wahlgang gegen Alexander Kwasniewski von der sozialdemokratischen Linksallianz SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej). Bei den Parlamentswahlen von 1997 gewann jedoch ein konservatives Wahlbündnis, das unter dem Namen Solidarność angetreten war. Es verfügte mit 33 Prozent der Stimmen über eine relative Mehrheit im Parlament. Auch deshalb waren in den folgenden Jahren über 100 der 460 Abgeordneten gleichzeitig in den Gewerkschaften aktiv. Die bisher regierende SLD errang 27 Prozent. Der neuen Regierung gehörte mit Bronislaw Geremek ein führender Kopf der alten Solidarność als Außenminister an. Affären und Korruptionsskandale begleiten die neue polnische Republik. Keine Regierung wurde nach 1989 in ihrem Amt bestätigt

2001 zerbrach die Fraktion der Wahlaktion Solidarität noch vor den Parlamentswahlen. In Sejm war sie 1997 zur stärksten Kraft geworden, schaffte es aber vier Jahre später nicht einmal mehr ins Parlament. Viele

Mitglieder wechselten zu anderen Parteien, die dadurch bald an Einfluss gewannen.

Streiks gab es dagegen 2001 nur noch elf, dafür haben sich Protestbekundungen ohne Arbeitsniederlegung in einem Jahr auf mehr als 1.000 fast verdoppelt. Die Bereitschaft zum Streik, dem letztes Mittel des legalen Arbeitskampfes, hat deutlich abgenommen. Ein Grund dafür ist die Sorge vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Das Management in Polen ist oft bestrebt, in den Betrieben keine Gewerkschaften entstehen zu lassen. Beschäftigten, die den Versuch unternehmen eine Gewerkschaft zu organisieren, droht oft die Entlassung. Falls Gewerkschaftsgruppen gegründet wurden, verhindert die Furcht vor Repressalien häufig die Arbeiter vor einem Eintritt. Am schwersten ist die Situation in Firmen mit bis zu 20 Beschäftigten. Starke Gewerkschaften funktionieren allgemein nur in großen Betrieben, wie z. B. in Kohlegruben.

Die Missachtung der Arbeitnehmerrechte in Polen geht einher mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Offiziell wird eine Arbeitslosigkeit von knapp 18 % angegeben, allerdings beträgt sie in einigen Regionen sogar über 30% (Wagner 2005: 1045). 1999 waren zudem 31 Prozent der arbeitsfähigen Jugendlichen ohne Erwerbsarbeit. Im Jahr 2003 lag diese Quote immer noch bei 26 Prozent (Kurtyka 2005: 12). Außerdem ist circa ein Viertel der Hochschulabsolventen nach dem Studium ohne ein Arbeitsverhältnis.

Außerdem erscheinen etliche Arbeitslose nicht in der Statistik, sobald ihnen kein Arbeitslosengeld mehr bezahlt wird. Rund 5 Millionen Polen leben an der Armutsgrenze. Das ist relativ schnell möglich, da die ohnehin geringe Arbeitslosenhilfe 90 Tage ausgesetzt wird, wenn die Arbeit suchende Person ein vom Amt kommendes Beschäftigungsangebot ablehnt.

Der Mindestlohn ist mit Artikel 65 seit 1997 zwar Teil der Verfassung. Die Höhe wird von der Regierung, genauer dem Arbeits- und Sozialministerium, festgelegt. Er beträgt z. Z. rund 800 Zloty, d.h. ca. 182 Euro.

Die Mehrheit der polnischen Arbeiter verzichtet heute auf eine organisierte Interessenvertretung. Gründe dafür liegen zum einen im gegenwärtigen Zustand und Ansehen der Gewerkschaften, zum anderen in der Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Gewerkschaften können hier nur passiv reagieren. Die Solidarność gewann nach ihrer Legalisierung im April 1989 nicht wieder ihre frühere Stärke. Nach 17 Jahren Reformpolitik hat Solidarność, mit derzeit 800.000 Beitragszahlern, zwei Drittel ihrer Mitglieder eingebüßt, die OPZZ sogar über 80 Prozent.

Neu entstanden ist das Gewerkschaftsforum FZZ mit rund 320.000 Mitgliedern, auf dessen Entwicklung hier aber ebenso wenig wie auf die Gründung der sich auf die Ideale von 1980 berufenden Gewerkschaftsorganisation Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft "Solidarność '80" eingegangen werden kann.

Die OPZZ blieb auch nach der Wende lange der stärkste Gewerkschaftsbund mit über 100 Branchenorganisationen, verzeichnete aber ebenso wie Solidarność einen dramatischen Rückgang ihrer Mitgliederzahl. Sie verfügte Mitte der neunziger Jahre noch über rund vier Mio. Mitglieder.

| Gewerkschaftsverband/-zentrum | 1993 | 1998 | 2003 | Änderung 1993-2003 |
|-------------------------------|-----------|-----------|-----------|--------------------|
| OPZZ | 4 500 000 | 2 000 000 | 800 000 | -82,2 % |
| NSZZ Solidarność | 2 000 000 | 1 200 000 | 780 000 | -61,0 % |
| FZZ | - | - | 320 000 | - |
| Gesamt | 6 500 000 | 3 200 000 | 1 900 000 | -70,8 % |

Quelle

<http://www.eurofound.eu.int/2004/03/update/tn0403114u.html>

Der Mitgliederverlust geht einher mit einer sinkenden Streikbereitschaft (1998: 37; 1995: 42; 1994: 429; 1993: 7443; 1992: 6351; 1991: 305).³ Erst 1999 gab es wegen der wachsenden wirtschaftlich-sozialen Schwierigkeiten zahlreicher Berufsgruppen wieder einen dramatischen Anstieg der Arbeitsniederlegungen (920).

Außerdem existieren noch kleinere Gewerkschaftsorganisationen wie die Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarność '80“, die an die gewerkschaftliche Tradition vom Beginn der 80er Jahre anknüpft und einige Berufsgewerkschaften z. B. der Eisenbahner, Bergarbeiter, Krankenschwestern oder Lehrer.

Heute finden sich gewerkschaftliche Organisationen im Wesentlichen noch in den Resten des staatlichen Produktionssektors und in den meisten Institutionen des öffentlichen Dienstes.

Dort ist der Organisationsgrad häufig mit rund 70 Prozent sehr hoch.⁴

Eine Besonderheit sind die Gewerkschaften der Bauern. Zu den wichtigsten Gewerkschaften der Landwirte gehören der Verband der polnischen Bauern

³ Siehe <http://www.stat.gov.pl>

⁴ <http://www.eurofound.eu.int/2005/12/feature/pl0512104f.html>

und landwirtschaftlichen Organisationen sowie die NSZZ „Solidarność“ der Einzelbauern.

3.3. *Wozu noch Gewerkschaften in Polen?*

Der Rückgang der Gewerkschaftsmitgliederzahlen war seit 1989, als erstmals eine promarktwirtschaftliche Regierung aus Kreisen der Solidarność gebildet wurde, kontinuierlich. Die größten Gewerkschaftsverbände sind immer noch die OPZZ sowie die Solidarność. Die Gegensätze der Gewerkschaftsbewegung stehen im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung des Landes.

Polen ist in der EU eines der Länder mit dem geringsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad, die Verhandlungsmacht des Faktors Arbeit ist dadurch eingeschränkt. Betrug der gewerkschaftliche Organisationsgrad der polnischen Beschäftigten Anfang der 80er Jahre rund 80 Prozent, so liegt er heute bei 14 Prozent. Die höchste Quote ist dabei mit einem Organisationsgrad von 25 Prozent in öffentlichen Unternehmen zu verzeichnen. Insgesamt werden 20 Prozent der Beschäftigten nach Angaben der Solidarność von Tarifverträgen erfasst.⁵ Von der Gesamtbevölkerung (über 18 Jahre) sind heute gerade noch 5 Prozent gewerkschaftlich organisiert. In einer auf der wissenschaftlichen Internetplattform EIRO schon 2002 publizierten Studie⁶ werden Gründe für die Organisationsprobleme genannt: Als erstes die Schrumpfung der traditionellen Branchen und Wirtschaftsbereiche. Dies gilt vor allem für die ehemals staatlichen und neu gegründeten Betriebe. Gewerkschaften sind i. d. R. in großen staatlichen Betrieben (mit über 250 Mitarbeitern) aktiv. Mittelgroße staatliche Betriebe (zwischen 50 und 250 Beschäftigten) haben noch zu 75 Prozent aktive Gewerkschaften; in kleineren staatlichen Betrieben (unter 50 Beschäftigten) sind es nur noch die Hälfte.

Anders sieht es in der Privatwirtschaft aus: Seit 1990 wurden rund 8.500 staatliche Betriebe privatisiert. Über 1.800 befinden sich noch unter staatlicher Kontrolle (ETUC/Kursyka 2006: 9). In privatisierten Unternehmen existieren Gewerkschaften insbesondere in großen Firmen (mit über 250 Beschäftigten), in den mittleren Betrieben waren sie zu etwa ein Drittel und in den kleinen kaum aktiv.

Unterschiede im gewerkschaftlichen Organisationsgrad ergeben sich auch durch die Art (national oder international) des Kapitalbesitzes. Bei neu gegründeten größeren Unternehmen sind nur 5 Prozent der Beschäftigten

⁵ http://www.solidarnosc.org.pl/english/newsletter/news/2006/nov/nov_15.htm

⁶ <http://www.eiro.eurofound.eu.int/2002/08/feature/pl0208105f.html>

gewerkschaftlich organisiert, wenn diese aus rein polnischem Kapitaleigentum gegründet wurden. Bei ausländischem Besitz erhöht sich diese Zahl auf ein Drittel (z.B. in der Automobilbranche). In den mittleren und kleinen Betrieben gibt es kaum Gewerkschaften. Dabei stellen gerade die kleinen Unternehmen mittlerweile den größten Anteil bei der Erwirtschaftung des BIP (Kurtyka 2006: 37).

Nicht nur große Teile der polnischen Bevölkerung, sondern auch die Mitglieder sind gegenüber den eigenen Organisationen skeptisch eingestellt. Nur gut 18 Prozent hielten die Gewerkschaften für eine positive Erscheinung und gerade einmal 15 Prozent der Solidarność-Mitglieder sehen in der Gewerkschaft eine positive Institution.

In Polen repräsentieren die zwei großen Gewerkschaften auch gegensätzliche politische Lager, d.h. nationalkonservativ und postkommunistisch. Eine Zusammenarbeit war dadurch auch auf betrieblicher Ebene lange ausgeschlossen und ist auch heute nur schwer möglich. Außerdem kam es zu zahlreichen Neugründungen von Interessenvertretungen, da die Gesetze schon die Bildung einer Gewerkschaft ab zehn Mitarbeiter pro Betrieb ermöglichen. Lohneinbußen und Stellenabbau wurden auch hingenommen, um strukturelle Anpassungen mit sozialverträglichen Rationalisierungsmaßnahmen ihrer Unternehmen zu ermöglichen und damit die Überlebensfähigkeit zu sichern. Die Kooperation wird von den einfachen Mitgliedern und anderen Kollegen häufig jedoch als ineffizient oder als Verrat gesehen, insbesondere wenn die eigene Entlassung die Folge davon ist.

Weiterhin war es für Gewerkschaftsvertreter oft schwer gegen schlechte Arbeitsbedingungen vorzugehen, die ihre Vertreter in Parlament und Regierung mit trugen. Der Einfluss der Gewerkschaften auf die diversen Regierungen erwies sich dagegen als begrenzt.

3.4. Die Kartoffelwahl

Aleksander Kwaśniewski blieb bis 2005 im Amt des Staatspräsidenten. In das gleiche Jahr fiel die Wahl des Parlamentes. In den Wahlkämpfen empfahl die Solidarność die Wahl der PiS (Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit), engagierte sich aber nicht mehr selbst. Nach dem Wahldesaster von 2001 wollte die Gewerkschaft nicht mehr direkt in die Politik eingreifen.

Lech Kaczyński und damit seine Partei PiS beriefen sich im Wahlkampf um das Präsidentenamt auf sein Engagement für die Belange der Arbeiter und damit der einfachen Leute. Während der Zeit des Kriegsrechts war er eine

Zeitlang interniert gewesen. Der liberale Donald Tusk trat zwar weltgewandter auf, doch den einfachen Menschen, die unter den ständigen Sozialreformen die größte Last zu tragen hatten, bot er keine Kompensation an. Die hinter ihm stehende PO (Platforma Obywatelska – Bürgerplattform) hat ihre Wurzeln ebenfalls in der Solidarność-Bewegung. Die Gründung der PO im Mai wurde u. a. von Tadeusz Mazowiecki unterstützt.

Die Kaczyński-Brüder und ihre PiS profilierten sich auch 2005 im Wahlkampf zum Sejm durch ein „rechtskonservatives, populistisches, euroskeptisches und zugleich sozialstaatlich orientiertes Programm“ (Schönefeld 2005: 1306). Sie erhielten 27 Prozent der abgegebenen Stimmen und schafften es zur stärksten Kraft in der ersten Kammer zu werden, während die ehemals regierende SLD abgeschlagen nur noch mit der rechtsradikalen „Liga polnischer Familien“ gleichziehen konnte. Auch innerhalb der SLD sind noch prominente Gewerkschafter aktiv, bspw. Krystyna Łybacka, die Vertreterin der Lehrgewerkschaft, der größten Branchenorganisation innerhalb der OPZZ ist. Mitglieder der OPZZ traten auch für andere Parteien an, die jedoch wie die Sozialdemokratische Partei am Einzug im Sejm scheiterten.

Die Zeit der Solidarność-Figuren in der polnischen Politik scheint jedoch nicht vorbei zu sein, so ist Stanisław Kogut, als Vorsitzender der Eisenbahnersektion innerhalb der NSZZ-Solidarność aktiv.

Bei den Präsidentschaftswahlen setzte sich Lech Aleksander Kaczyński in der Stichwahl mit 54 Prozent schließlich gegen Donald Tusk durch. Die Wahlbeteiligung lag allerdings mit 51 Prozent deutlich unter dem europäischen Durchschnitt für vergleichbare Abstimmungen. Eine Alternative schien nicht in Sicht und dies trotz einer immer noch hohen Arbeitslosenrate von offiziell 17,6 Prozent. Eine sozialdemokratische oder eventuell sogar sozialistische Systemalternative ist auch in Polen bis auf weiteres diskreditiert. Allerdings gilt das auch für eine linksliberale Politik, die sich an der westeuropäischen Sozialdemokratie à la Blair orientiert, die in Polen von der SLD repräsentiert wird (Schönefeld 2005: 1308). Einschneidende positive Veränderungen im Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Staat sind auch in der Kaczyński-Periode kaum zu erwarten. Dabei besteht akuter Handlungsbedarf, die Arbeit von Gewerkschaften in privaten Firmen stärker durch das Arbeitsrecht wenigstens gegen die schlimmsten Auswüchse zu schützen. Der Solidarność -Chef Janusz Sniadek bezeichnete den Umgang der Konzerne mit Gewerkschaften insbesondere bei der deutschen Metro-Gruppe als „Schande für Polen am Anfang des 21. Jahrhunderts. Inzwischen

werden mehr aktive Gewerkschafter entlassen als damals im Kriegszustand.⁷

4. Arbeitskämpfe auch im dritten Jahrtausend

Sind Gewerkschaften in Polen obsolet geworden? Im Zuge der Ausweitung des tertiären Sektors und des Bedeutungsverlustes des Industriebereiches schwindet ihnen auch in Polen der Kernbereich, in dem sie die Lohnempfänger organisiert haben. Gleichzeitig sind die wirtschaftlichen Eliten gegen sie eingestellt und können ihre Marktmacht bei einer Massenarbeitslosigkeit ausspielen. Diese drei Faktoren sind ein auch in der alten EU mittlerweile bekanntes Phänomen (Müller-Jentsch 2006: 1241). Die Entwicklung kapitalistisch organisierter Gesellschaften fordert geradezu Schutzorganisationen der Lohnabhängigen heraus, dies verändert sich in der extrem internationalisierten Ökonomie des dritten Jahrtausends nicht.

In der internationalen Wertschöpfungskette gelten gerade die alten Industrien in Europa als unrentabel und sind so bedroht. Die letzten großen Zechen stehen auch in Polen vor der Schließung. Noch im Sommer 2005 kam es zu harten Auseinandersetzungen in den Bergbaugebieten und in Warschau zwischen Bergarbeitern und der Polizei.

Zuletzt sorgten im Mai 2006 Streiks im Gesundheitswesen für Aufsehen. Sie fanden allerdings in einem vergleichsweise gut organisierten Sektor statt. Beschäftigte von über 100 öffentlichen Krankenhäusern und Praxen traten in Warnstreiks. Ihre Forderung galt zum einen dem deutlichen Anstieg ihrer miserablen Gehälter, zum anderen einer generellen Steigerung der staatlichen Gesundheitsausgaben, die sie im Wesentlichen auch durchsetzen konnten.

Ein Ausweg aus der international zu beobachtenden Krise wird in der Internationalisierung oder mindestens in der Europäisierung der Gewerkschaften gesehen. Beispiele für mögliche transnationale Zusammenarbeit können auch für Polen vermerkt werden. Vor allem Solidarność erhielt dabei massive Hilfe sowohl des amerikanischen Dachverbands AFL-CIO, als auch der westeuropäischen Gewerkschaften: Viele Beschäftigte in Supermärkten großer internationaler Ketten haben heute eine gewerkschaftliche Organi-

7 Fragwürdige Firmenpolitik [Th. Rautenberg, ARD Warschau]. Stand: 22.10.2006 16:38 Uhr, siehe: http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6025698_TYP6_THE_NAV_REF1_BAB,00.html

sation vor Ort. Dennoch gelten die Verhältnisse in Filialen internationaler Handelsketten als besonders schlecht. Solidarność gelang es zwischen 1999 und 2001 mit Hilfe westlicher Gewerkschaften, in sechs Supermarktketten wie Real and Tesco Interessenvertretungen der Beschäftigten zu gründen. Weniger Auslandsförderung bekam die OPZZ, der aber eine erfolgreiche Kampagne in einer wichtigen ausländischen Bank gelang.

Die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft ver.di wiederum suchte die Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen, u. a. bei einer europaweiten Aktion gegen die Arbeitsbedingungen bei Lidl.⁸ Bei Lidl Polska sind in rund 200 Filialen ca. 5.000 Mitarbeiter angestellt. Die Supermarktkette ist in Deutschland für miserable Bezahlung und Arbeitsverhältnisse bekannt, selbiges gilt auch für Polen. Die anhaltende Verletzung der Rechte der Mitarbeiter bei Lidl Polska, zu deren Schutz der polnische Staat zwar verpflichtet ist, anscheinend aber nicht in der Lage ist, führte dort im September 2006 zur Gründung der ersten Gewerkschaft mit der Hilfe von Solidarność.⁹

Die heutige Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist ausbaufähig, wie einige Erfolge in den letzten Jahren zeigen. Die Zusammenarbeit der polnischen mit westlichen Organisationen und hier besonders mit denen des Nachbarlandes Deutschland ist für beide Seiten essentiell.

Das Problem der mit 16 Prozent im Sommer 2006 immer noch hohen Arbeitslosigkeit in Polen bedarf freilich anderer Lösungen. Der Spielraum hierfür ist seit der EU-Mitgliedschaft Polens nicht größer geworden, wohl aber kann Polen noch stärker auf die Unterstützung durch Brüssel hoffen. Der katholisierende euroskeptische Populismus der gegenwärtigen Regierung mutet dabei angesichts der notwendigen EU-Hilfe als absurder Ablenkungsversuch.

8 <http://www.solidarnosc.wroc.pl/artukul.php?dzial=1&id=489&sort1=d> und <http://www.verdi-blog.de/lidl/2/viewentry/767>

9 Siehe <http://www.eurofound.eu.int/2006/05/articles/pl0605019i.html>

Quellen:

- EIRO, European Industrial Relations Observatory on-line:
<http://www.eiro.eurofound.eu.int/2002/08/feature/pl0208105f.html>
- FZZ, Forum Związków Zawodowych <http://www.fzz.org.pl>
- Główny Urząd Statystyczny : <http://www.stat.gov.pl>
- OPZZ: http://opzz.org.pl/english/about_us.html
- PiS (Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit):
<http://www.pis.org.pl>
- Solidarnosc: <http://www.solidarnosc.org.pl/>
- Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft "Solidarność '80":
<http://www.solidarnosc80.pl/>
- Boni, Michal: Gewerkschaften in Polen - zwischen alter und neuer Transformation. In: Transit, Europäische Revue, Heft 24. Wien, 2002. S. 63-78.
- Deutsche Bank AG: EU-Mitglied Polen: Wirtschaftsprofil 2004/2005. DB Research, Frankfurt am Main, September 2004.
- DGB-Bezirk Sachsen: Grenzgänger im deutsch-polnisch-tschechischen Grenzraum. Arbeitsrechtliche Bedingungen und gesetzliche Mindeststandards in Deutschland, Polen und Tschechien. Dresden, 2006.
- Friedrich-Ebert-Foundation: The Social Report Poland 2005. Warszawa, 2005.
- Kurtyka, Michal: Poland – Country Dossier. Study on restructuring in new Member States. Joint Project of the European Social Partner Organisations.
- Müller-Jentsch, Walther: Kapitalismus ohne Gewerkschaften. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 10/2006. S. 1234-1243.
- Schönefeld, Kirsten: Polnischer Populismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2005. S. 1306-1308.
- Tatur, Melanie/Rainer Deppe: Rekonstitution und Marginalisierung. Transformationsprozesse und Gewerkschaften in Polen und Ungarn, Frankfurt, 2002 .
- Wagner, Matthias: Polens neue Armut. In: Blätter für deutsche und internationale Beziehungen, 9/2006. S. 1045-1048.
- Winter, Johannes: Arbeitnehmervertreter auf dem Rückzug? In: <http://www.eurasischesmagazin.de/artikel/?artikelID=20051209> Artikel vom 21.12.2005 und Eurasisches Magazin, 12/2005.

Entwicklung der Gewerkschaften in Estland

1. Einführung

Das Ziel des vorliegenden Vortrages ist es, einen Überblick über die Entwicklungen der Gewerkschaften in Estland, insbesondere bezüglich der EU-Erweiterung, zu geben. Meine These ist, dass die Erweiterung durchaus zwar einige wirtschaftliche und soziale Effekte mit sich gebracht hat, aber die großen Änderungen hin zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Stärkung der Gewerkschaften ausgeblieben sind.

Zur Belegung der These werde ich zuerst einige Daten zur ökonomischen und sozialen Lage Estlands darstellen. Diese sollen vor allem Informationen zu den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen die estnischen Gewerkschaften agieren müssen, liefern. Danach folgt die Analyse der Gewerkschaften in Estland: gesetzliche Rahmen, Aufbau, Mitgliedschaft und Aktionsebene. Zum Schluss wird die Erweiterung der EU hinsichtlich der Gewerkschaften bewertet: welche Erwartungen bestanden im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft und wie sieht die Bilanz zwei Jahre nach der EU-Erweiterung aus.

Bei der Ausarbeitung des Beitrages habe ich neben Literatur, Gesetzestexten etc. auch persönliche Berufserfahrungen¹ in die Analyse einbezogen.

2. Daten² zu den ökonomischen und sozialen Bedingungen in Estland

Die Gesamteinwohnerzahl Estlands beträgt 1,345 Millionen (Stand: 01.01.2006). Davon leben ca. 69,3 % in der Stadt (2005) und 30,7 % auf dem Lande (2005). Der Anteil der Esten an der Bevölkerung beträgt 68 %, die anderen größeren Nationalitätengruppen sind: Russen (26 %), Ukrainer (2 %), Weißrussen (1 %) und Finnen (1 %).

¹ Ich war in den Jahren 2000-2002 beim Zentralverband der estnischen Gewerkschaften als Koordinatorin EU- und Bildungsfragen zuständig.

² Die Daten stammen aus der Internetseite des Estnischen Statistikamtes (*Eesti Statistikaamet*). Im Internet verfügbar: <http://www.stat.ee>

Das Bruttoinlandsprodukt/pro Kopf betrug im Jahre 2005 7 832 EUR (59,3% der EU Ø des 25). Das Bruttoinlandsproduktwachstum betrug im Jahre 2005 9,8 % (EU Ø des 25 1,6%). Die Lohn- sowie Einkommensteuer beträgt in Estland 23 %, die Mehrwertsteuer 18 %, reinvestierte Gewinne sind Körperschaftssteuerfrei. Ausgeschüttete Gewinne und Dividenden werden mit einem einheitlichen Steuersatz von 23 % besteuert, der bis 2008 auf 20 % sinken wird.

Die Zahl der Beschäftigten betrug im Jahre 2005 ca. 680 000. Bezogen auf die einzelnen Wirtschaftszweige teilten sich die Beschäftigten wie folgt auf: Dienstleistungsbereich: (2003) 62,2 %; Industrie: (2003) 33,5 % und Landwirtschaft: (2003) 4,3%. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahre 2005 etwa 7,9 %. Das Monats-Durchschnittsgehalt betrug im gleichen Jahr 516 EUR und der Mindestlohn 173 EUR.

Die wirtschaftlichen Entwicklungen in Estland sind besonders durch die gesellschaftlichen Transformationsprozesse geprägt³. Mit Beginn der 90er Jahre wurde die sozialistische Planwirtschaft zum liberalen Kapitalismus umgewandelt⁴. Diese Periode war von der schnellen Privatisierung der Industriebetriebe und der Einbeziehung ausländischen Kapitals gekennzeichnet⁵. Ein wichtiger Aspekt bezüglich des wirtschaftlichen Erfolges waren die niedrigen Löhne und die damit verbundene schwierige wirtschaftliche Lage vieler Haushalte⁶.

In den letzten Jahren stiegen Wirtschaftswachstum und Durchschnittslöhne in Estland stetig an, und das bei gleichzeitig sinkender Arbeitslosenquote. Parallel dazu verfestigen sich aber auch Einkommensdifferenzen zwischen den Beschäftigten sowie die geschlechtliche Segregation auf dem Arbeitsmarkt⁷. So sind auf dem estnischen Arbeitsmarkt die russischsprachigen Frauen deutlich benachteiligt⁸. Die Gründe liegen sowohl in der geschlechtsbezogenen Segregation des Arbeitsmarkts und den daraus entstandenen mangelnden Sprachkenntnissen, als auch in der ethnischen Herkunft.

3 Kohl, Platzer 2004, S. 24 ff. Leimann 2005, S. 1 f.

4 Ebenda.

5 Leimann 2005, S. 2.

6 Ebenda, S. 4.

7 Mehr zur geschlechtsbezogenen Diskriminierung von Frauen in Estland Angerjäv in: Utopie kreativ H. 184 (Februar 2006), S. 168 ff. Vgl. Laas, in: Magnusson 2003, S. 401 ff.

8 Karotom 2006, im Internet verfügbar: <http://www.page.ee/tiina/seminar2006/karotam.ppt> (Datum des Abrufes 28. 09. 2006)

3. Gewerkschaften in Estland

Die geänderte wirtschaftliche und soziale Lage hat bei den Gewerkschaften verschiedene Reformen bewirkt. Es können hier nur einige Aspekte der Entwicklungen aufgegriffen werden, wobei sich hauptsächlich auf die aktuelle gesellschaftliche Position der Gewerkschaften konzentriert wird.

3.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

In Estland ist die Koalitionsfreiheit durch den § 29 Abs. 5 Grundgesetz⁹ gesichert. Demnach steht die Zugehörigkeit zu Koalitionen frei. Die Koalitionen können durch die gesetzmäßigen Mittel ihre Rechte wahrnehmen und die Interessen der Mitglieder vertreten.

In Estland regelt das Gesetz über die Gewerkschaften sowohl die Bestands- als auch die Beteiligungsrechte der Gewerkschaften¹⁰. Im Gesetz werden der Begriff, die Ziele, die Vereinigungsfreiheit und Sozialpartnerschaft und sowie der soziale Dialog festgelegt¹¹. Weiterhin werden die Grundlagen von der Gründung bis zur Beendigung der Gewerkschaften geregelt¹². Nicht zuletzt garantiert das Gesetz die Grundprinzipien der Vertretung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen¹³, die Befugnisse und Rechte der Gewerkschaften¹⁴, die Pflichten des Arbeitgebers und der Arbeitgeberin gegenüber den Gewerkschaften¹⁵ sowie die Pflichten und Rechte des Vertreters und der Vertreterin der Gewerkschaften gegenüber dem Arbeitgeber und der Arbeitgeberin¹⁶. Abschließend werden auch Regelungen für die Lösung von Streitigkeiten eingeräumt¹⁷. Diese Ausführlichkeit der gesetzlichen Bestimmungen zu den Gewerkschaften hat meiner Ansicht nach folgende Gründe. Der erste ist durch die sowjetische Zeit zu erklären, in der die Arbeitsbeziehungen sehr stark durch die gesetzlichen Bestimmungen bestimmt waren, unter anderem auch die Tätigkeit der Gewerkschaften¹⁸.

9 Grundgesetz der Estnischen Republik (*Eesti Vabariigi Põhiseadus*) In der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 1992 (RT I 1992, 26, 349) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Februar im Jahre 2003. (RT 2003, 64, 429).

10 Gesetz über Gewerkschaften (*Ametiühingute seadus*) In der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juni 2000, (RT I 2000, 57, 372). Zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.06. 2002 (RT I 2002, 63, 387).

11 §§ 1-5 Gesetz über die Gewerkschaften.

12 Ebenda §§ 6-15.

13 Ebenda § 16.

14 Ebenda §§ 17, 18.

15 Ebenda § 20.

16 Ebenda §§ 21-24.

17 Ebenda §§ 25, 26.

18 Bis zur In Krafttretung des vorhandenen Gesetzes galt das Gewerkschaftsgesetz der Sowjetischen Republik Estlands (ENSV Teataja 1989, 40, 623; RT 1992, 35, 462).

Diese Tradition der weitgehenden arbeitsrechtlichen Regelungen setzte sich in den 90er Jahren fort. Der zweite Grund ist in den Erfahrungen vom Beginn der 90er Jahre, als die Gesetze die einzige Grundlage bildeten, um in einer ultraliberalen Kapitalwirtschaft überhaupt die Stimme der Gewerkschaften bzw. Beschäftigten geltend zu machen, zu suchen. Die Gesetze boten die Möglichkeit, die Gewerkschaftsrechte aus internationalen Abkommen¹⁹ festzulegen.

Neben dem Gesetz der Gewerkschaften bestimmt das Gesetz über die Vertrauensperson der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie das Gesetz über den Kollektivvertrag und das Gesetz über die Lösung kollektiver Streitigkeiten maßgeblich die gewerkschaftliche Tätigkeit.

3.2. *Struktur der Gewerkschaften*

Der Aufbau der estnischen Gewerkschaften richtet sich sowohl nach dem Industrieprinzip als auch nach dem Berufsprinzip. In Estland herrscht eine gewerkschaftliche Pluralität, das heißt, dass in einem Betrieb mehrere Gewerkschaften tätig sein können. Für die Gründung der Einzelgewerkschaft sind mindestens fünf Beschäftigte notwendig. Eine Einzelgewerkschaft kann betrieblich oder/aber auch überstaatlich sein. Fünf Gewerkschaften können einen Gewerkschaftsverband bilden und fünf Gewerkschaftsverbände oder fünf überstaatliche Einzelgewerkschaften können einen Dachverband gründen. So besteht zum Beispiel der Zentralverband der Estnischen Gewerkschaften (weiterhin *EAKL*) aus sieben Gewerkschaftsverbänden und elf Einzelgewerkschaften.

In Estland gibt es zwei Dachverbände der Gewerkschaften: *EAKL* und die Zentrale Organisation der Berufsverbände der Angestellten (*TALO*). *EAKL* als größter Dachverband wurde am 12. April 1990 in Tallinn gegründet²⁰ und vereinigt 19 Gewerkschaftsverbände mit 45.000 Mitgliedern. Die wichtigsten Aufgaben des *EAKL* bestehen neben der Verteidigung der Interessen der Gewerkschaftsmitglieder vor allem in der Vertretung derer Interessen im Arbeitsleben. *TALO* ist die überstaatliche Organisation der Berufsverbände der Angestellten. *TALO* wurde am 28. September 1992 gegründet²¹. Insgesamt umfasst *TALO* 11 Organisationen und 35.000

19 IAO Konvention Nr. 87, IAO Konvention Nr. 98, IAO Resolution 1952, IAO Resolution 1970.

20 Ist die Nachfolgerin des Zentralverbandes der Estnischen Arbeitervereine (1919-1940) und der Zentralorganisation der Estnischen Gewerkschaften (1940-1990).

21 Als Abplattung des *EAKLs*.

Mitglieder, dies sind 37,6% der organisierten Erwerbstätigen. Beide Dachverbände sind Mitglieder im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (englisch *ICFTU*) und im Europäischen Gewerkschaftsbund (englisch *ETUC*). Die Struktur der Dachverbände ist der in den skandinavischen Ländern ähnlich²², wo die einzelnen Mitglieder große Autonomie bezüglich der Gestaltung der Arbeitsbedingungen im jeweiligen Produktionszweig genießen. *EAKL* hat auch fünf regionale Abteilungen, die zur Unterstützung der regionalen Arbeit der Branche dienen.

3.3. *Organisierungsgrad der Gewerkschaften*

Gerade beim Organisationsgrad haben die Gewerkschaften einen großen Wandel durchlebt. Wenn Mitglieder des *EAKLs* Anfang der 90 Jahre noch mehr als 90 % der gesamten Belegschaft repräsentierten, sind heute weniger als 14% der Beschäftigten in Gewerkschaften organisiert. Dieser geringe Organisationsgrad ist vor allem auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Änderungen zurückzuführen: weg von der sozialistischen Planwirtschaft, wo die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften mit Sozialsystemen verbunden und auch eine Verteilungsinstanz für Vergünstigungen und Leistungen war²³, hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Die Zahl der Großunternehmen ist rapide zurückgegangen und 90% der Unternehmen sind als klein oder mittelgroß²⁴ zu beschreiben. In Estland fehlen die Traditionen der Kollektivverhandlungen, die Beschäftigten stoßen schon bei der Gründung der Organisationen auf den Widerstand des Arbeitgebers bzw. der Arbeitgeberin²⁵. Die Startbedingungen für Gewerkschaften in den Betrieben sind daher als eher ungünstig einzustufen²⁶. Dazu kommen noch die internen Probleme der Gewerkschaften: die schwache Verhandlungsmacht, die fehlenden Ressourcen, das geringe Personal und die unzureichende Öffentlichkeitsarbeit²⁷. Die strukturellen Probleme sind auch mit den überdimensionalen Branchenverbänden verbunden²⁸. Dadurch wird die mögliche effektive Wahrnehmung der Interessen verhindert²⁹. Die höchsten Organisationsgrade weisen die Leichtindustrie, die Energieversorgung und der Transportsektor auf. Gleichzeitig fehlen die Organisationen im Bankwesen sowie in der

22 Kohl, Platzer 2004, S. 187.

23 Kohl, Platzer 2004, S. 186. Kiik 2000.

24 Kohl, Platzer 2004, S. 186.

25 Ebenda.

26 Ebenda.

27 Ebenda.

²⁸ Zum Beispiel gibt es in der Gesundheitsbranche 3 Gewerkschaftsverbände.

29 Kohl, Platzer 2004, S. 186.

Bauwirtschaft und im Dienstleistungssektor³⁰. Die Gründe für „gewerkschaftsfreie Zonen“ sind vor allem in den differenzierten Lohnbedingungen³¹ und dem hohen Widerstand des Arbeitgebers zu suchen³². Gleichzeitig müssen die Zahlen im Kontext betrachtet werden. Nur ca. 1% der estnischen Bevölkerung gehört politischen Parteien an. Die Gewerkschaftsbewegung ist mit 14% der Beschäftigten also die größte Nichtregierungsorganisation in Estland³³.

Im Vergleich zu Deutschland ist die geschlechtliche Parität ausgeprägter. So sind zum Beispiel 58,3 % der Mitglieder des EAKLs Frauen³⁴, im Vorstand (13 Mitglieder) agieren 5 Frauen, bei der Delegierten Versammlung (34 Mitglieder) sind 50% Frauen vertreten. Bei den Mitgliederverbänden (19 Vorsitzende) sind es 8 Frauen. Dazu stammen ca. 30% der Mitglieder von EAKL aus der russischsprachigen Bevölkerung.

3.4. *Aktionsebene der Gewerkschaften*

Die estnischen Arbeitsverhältnisse basieren auf einem einheitlichen Vertretungssystem³⁵. Es gibt keine ausgeprägte Trennung zwischen den Gewerkschaften und der Vertretung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen im Betrieb. Auf betrieblicher Ebene sind die Vertrauenspersonen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen tätig, die gleichzeitig auch Vertreter und Vertreterinnen der Gewerkschaften sind. Gleichwohl können parallel neben den gewerkschaftlichen auch nicht gewerkschaftliche Vertrauenspersonen agieren³⁶.

In Estland vertreten die Gewerkschaften die Beschäftigten auf der staatlichen, der tariflichen und der betrieblichen Ebene. Die Tätigkeit der Gewerkschaft umfasst auf der staatlichen Ebene den Abschluss der Kollektivverträge, zum Beispiel über den Mindestlohn, weiterhin Informations- und Konsultationsrechte bei der Gesetzgebung sowie die

30 Ebenda.

31 Im Bankwesen sind die Durchschnittsentgelte mehr als doppelt so hoch wie in anderen Branchen. Teilweise fehlt die Motivation, für bessere Lohnbedingungen zu kämpfen.

32 Kohl, Platzer 2004, S. 186 f.

33 Eesti Ametiühingute Keskliit 2005, S. 46.

34 European Industrial Relations Observatory (EIRO), Gewerkschaftsmitgliederzahlen 1993-2003, im Internet verfügbar unter: <http://www.eiro.eurofound.eu.int/print/2004/update/tn043114u.html>. (Datum des Abrufes 15.09.2004).

35 Deutschland hat dagegen ein Dualistisches System: Betriebsrat und Gewerkschaften.

36 Gesetz über die Vertrauensperson der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (*Töötajate usaldusisiku seadus*). In der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 1993, RT I 1993, 40, 595, 2002, 111, 663) Zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. März 2000 (RT I 2000, 25, 144).

Zusammenarbeit mit den staatlichen Regierungsämtern und lokalen Regierungsämtern zur Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz und auch weitere Beschäftigungsfragen. Neben den Kollektivverhandlungen haben die Dachverbände in Estland gegenüber dem Staat und dem Dachverband der Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen Informations- und Konsultationsrechte³⁷. Dies ist u. a. mit der Gesetzgebung im Arbeits- und Sozialbereich verbunden³⁸. Die Dachverbände sind auch an verschiedenen tripartiten Räten und Gremien beteiligt. Die Moderation der entsprechenden Ausschüsse obliegt meistens dem Sozialministerium³⁹. Die wichtigsten Ausschüsse sind⁴⁰: der estnische Rat der Internationalen Arbeitsorganisation, der Wirtschafts- und Sozialrat, der Rat der Krankenversicherung, die Arbeitskonflikt-Ausschüsse, die Räte für Beschäftigung, die Berufsräte sowie der Rat für Arbeitsumwelt.

In der Branche sowie im Betrieb selbst sind die Gewerkschaften vor allem für den Abschluss der Kollektivverträge zuständig. Im Vergleich zu den deutschen Betriebsräten verfügen die Vertrauenspersonen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen weder über Mitbestimmungs- noch über Vetorechte. Sie verfügen lediglich über Konsultations- und Informationsrechte.

4. Die Entwicklungen der Gewerkschaften im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung

Estland ist seit dem 1. Mai 2004 Mitglied der Europäischen Union. Die EU-Erweiterung wurde durch viele Akteure und Akteurinnen diskutiert. Insbesondere bei den Fragen der Arbeits- und Sozialverhältnisse haben die Gewerkschaften in Estland die gesellschaftliche Debatte mitgestaltet. Folgend werden nur einige Aspekte der Auseinandersetzungen hervorgehoben.

4.1. Erwartungen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung

Sowohl *EAKL* und als auch *TALO* waren von Anfang an für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Beide Dachverbände waren sich darüber einig, dass die Entscheidung über die Mitgliedschaft durch eine

37 Beispiele in: Kohl, Platzer 2004, S. 188 ff.

38 Beispiele zu Forderungen der Gewerkschaften Kohl, Platzer 2004, S. 188 ff.

39 Ebenda.

40 Ausführlich Kohl, Platzer 2004, S. 190 f.

Volksabstimmung fallen muss⁴¹. Ebenso hat die *EAKL* in ihrem Aktionsplan für 2000-2004 festgelegt, dass die Mitglieder und alle Beschäftigten in Estland über positive als auch negative Aspekte der EU- Erweiterung informiert werden müssen. Weiterhin betonte *EAKL*, dass für einen erfolgreichen Beitritt und eine erfolgreiche Mitgliedschaft Änderungen im Sozialbereich notwendig sind.

Die wichtigsten Erwartungen der Gewerkschaften waren mit der *Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen* sowie der *Stärkung der Gewerkschaften bei Kollektivvertragsverhandlungen* verbunden.

4.1.1. Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen
Anfang der 90er Jahre, als große Umbrüche in allen Lebensbereichen stattfanden, gab es im Bereich der Arbeitsverhältnisse noch relativ gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Das Arbeitsrecht galt, ähnlich wie in der sowjetischen Zeit, eher als Teil des öffentlichen Rechts, weil der Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin als ungleicher Teil der Arbeitsverhältnisse einen besonderen Schutz benötigten. Mitte der 90er Jahre wurden diese Schutznormen in Frage gestellt und ein neues Arbeitsrecht⁴², das frei von „sowjetischen Lasten“ ist, angestrebt. In dieser Lage waren für die Gewerkschaften die Anforderungen der Kommission der Europäischen Union ein Druckmittel gegen die estnische Regierung. So sagte ein Vertreter der estnischen Sozialministerien, dass die Europäische Kommission die einzige „Peitsche“ ist, die sie bewegt, soziale Fragen zu beachten. Nur die Argumente, die auf internationales und europäisches Recht hinweisen, erlangen damit Gehör. Die Gewerkschaften haben mehrmals Experten und Expertinnen aus europäischen Ländern zur Begutachtung geholt⁴³, um den Stellungnahmen mehr „Gewicht“ zu verleihen. Da viele Europäische Richtlinien Verbesserungen mit sich brachten, z. B. Schutz bei Insolvenz, Informations- und Konsultationsrechte der Arbeitnehmervertretung, wurde auch eine weitere Verbesserung im Arbeits- und Sozialbereich erhofft.

4.1.2. Stärkung der Gewerkschaften bei Kollektivverhandlungen

Anfang der 90er Jahre wurden die Gewerkschaften als „Reste“ der sowjetischen Zeit abgesehen. Den Gewerkschaften gelang es aus mehreren

⁴¹ Nr. 12 im Aktionsprogramm des *EAKL* in: Vare 2000, S. 51.

⁴² Eesti Ametiühingute Keskliit, 2005, S. 75 ff.

⁴³ Ebenda, S. 81 f.

Gründen⁴⁴ lange Zeit nicht, sich gesellschaftlich zu etablieren, und als Bewegung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu agieren⁴⁵. Kollektivverträge scheiterten zwar auch durch interne Probleme, vor allem aber am Widerstand des Arbeitgeberverbandes bzw. Staates. Auch hier waren die internationalen und europäischen und vor allem die finnischen Gewerkschaftsorganisationen durch Projekte, Publikationen und Bildungsangebote behilflich. Die Hoffnung stärkten Regelungen internationaler Konventionen und europäische Richtlinien⁴⁶.

4.2. Bilanz 2 Jahre nach der EU-Erweiterung

Die gesellschaftliche Stimmung zwei Jahre nach der Erweiterung ist gesellschaftlich gesehen als eher positiv einzuschätzen, und das vor allem bei der russischsprachigen Bevölkerung⁴⁷. Dennoch gibt es wenig positive Änderungen in den Arbeits- und Sozialverhältnissen wie auch hinsichtlich der Rechte der Gewerkschaften. Die estnische Sozialversicherung bietet noch immer nur ein Mindestniveau: keine Versicherung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie niedrige Standards bei der Kranken- und Pflegeversicherung. Das Arbeitslosengeld ist seit 1999 unverändert und beträgt lediglich 26 EUR pro Monat. Die Mehrheit der Unternehmer beharrt darauf, Mindestlöhne und Mindestbedingungen auf dem bisherigen Niveau beizubehalten. Die Arbeitsgesetze befinden sich in einer widersprüchlichen Entwicklung, einerseits werden höhere Standards durch die Richtlinien erzwungen, andererseits wird das EU-Recht als Vorwand zum Abbau der Rechte der Beschäftigten im bisherigen Arbeitsvertragsgesetz benutzt. Ein positives Beispiel dagegen ist das Gesetz zur geschlechtsbezogenen Gleichberechtigung. Die estnische Regierung verweigerte mehrmals die Abstimmung, aber nach großem Druck durch die EU trat das Gesetz am 1. Mai 2004 in Kraft. Durch dieses Gesetz hat die Gleichheit der Geschlechter als ein Grundrecht neue Bedeutung für die estnische Gesellschaft gewonnen und den rechtlichen Weg für die Opfer von Diskriminierung eröffnet. Hinzu kommt die Verwirklichung des Querschnittszieles in Art. 3 Abs. 2 EGV, nach dem in allen Bereichen des Staates die Gleichstellung von Frauen und Männern gefördert werden muss.

44 Siehe oben.

45 Vare (Hg.), 2000, S. 19 ff.

46 Ebenda, S. 25 f.

47 Bärenklau, in: *Postimees* 14.07.2006 im Internet verfügbar unter:

<http://www.postimees.ee/170706/esileht/siseudised/209366.php?r> (Datum des Abrufes 28.09.2006).

Ein problematisches Beispiel ist die Änderung im Gesetz über die Vertrauensperson der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Der neue Entwurf⁴⁸ vermindert die Rechte der Vertrauensperson der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erheblich. So ging zum Beispiel der Kündigungsschutz und das Recht, Kollektivverträge zu schließen, verloren. Mit der Begründung der Richtlinie wird durch die Hintertür nicht nur liberales Gedankengut verbreitet sondern vielmehr noch die Auflösung der Rechte der Arbeitnehmer forciert. Gegen diese Entwicklungen sind die Gewerkschaften mehrmals angegangen, es fanden mehrere Aktionen statt⁴⁹. Die Debatte ist noch nicht beendet.

Bei der Ausführung der Informations- und Konsultationsrechte sowie bei den Kollektivvertragsverhandlungen haben die Gewerkschaften auf allen Ebenen eher schlechte Erfahrungen gemacht. Auf der nationalen Ebene sind zwar einige positive Tendenzen sichtbar, wie zum Beispiel Mindestlohn⁵⁰, aber in der Branche und auf der betrieblichen Ebene gibt es in Estland immer noch sehr wenige Kollektivverträge. So fallen heute in Estland ca. 28,9% der Beschäftigten in den Geltungsbereich eines Kollektivvertrages⁵¹. Die Kollektivverträge bestimmen in erster Linie die Lohnbedingungen und ergänzen einige Arbeitsbestimmungen⁵².

Zusammenfassend bleibt festzuhalten dass die Gewerkschaften in Estland noch viele Kämpfe vor sich haben, denn „es kann die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter sein“⁵³.

Literatur:

Angerjäv, Jane, Geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland, in: UTOPIE kreativ, H. 184 (Februar 2006), S. 168-175.

Bärenklau, Ingvar, Eesti elanikud peavad ELi turvalisuse tagajaks in: Postimees 14.07.2006 im Internet verfügbar unter:

<http://www.postimees.ee/170706/esileht/siseuudised/209366.php?r> (Datum des Abrufes 28.09.2006).

Eesti Ametiühingute Keskliit (Hg.), Eesti Ametiühingute Keskliidu IV Kongress 28.november 2003, 2005.

⁴⁸ im Internet verfügbar unter: (Datum des Abrufes 29.09.2008)

⁴⁹ Mehr dazu auf der Internetseite des EAKLs: <http://www.eakl.ee>

⁵⁰ Kohl, Platzer 2004, S. 188 f.

⁵¹ Toomsalu, 2006, S. 7.

⁵² Ebenda, S. 9 f.

⁵³ Einheitsfront, Text: B. Brecht, Musik: H. Eisler.

- European Industrial Relations Observatory (EIRO), Gewerkschaftsmitgliederzahlen 1993-2003, im Internet verfügbar unter:
<http://www.eiro.eurofound.eu.int/print/2004/update/tn043114u.html>. (Datum des Abrufes 15.09.2004).
- Karotom, Natalia, Vene naised eesti tööturul (Russische Frauen auf dem estnischen Arbeitsmarkt) im Internet Verfügbar unter:
<http://www.page.ee/tiina/seminar2006/karotam.ppt> (Datum des Abrufes 28.09.2006).
- Kiik, Lembit, Ametiühingud võõra võimu all (1940-1990), Eesti Ametiühingute Keskliit 2000.
- Kohl, Heribert, Platzer, Hans-Wolfgang, Arbeitsbeziehungen in Mitteleuropa, 2. Auf. Baden-Baden 2004.
- Laas, Anu, Overcoming barriers to equal pay in Estonia: monitoring gender mainstreaming, in: Magnusson, Lasrs, Mósesdóttir, Lilja, Pascual, Amparo, Serrano, Equal pay and gender mainstreaming, ETUI, Brüssel 2003, S. 401-453.
- Leimann, Jaak, Eesti majandusedu perspektiivid, Riigikogu Toimetised 12/2005, im Internet verfügbar:
<http://www.riigikogu.ee/rva/toimetised/rito12/artiklid/02leimann.htm>
(Datum des Abrufes: 3. April 2006).
- Toomsalu, Kaja Kollektiivlääbirääkimised 2005-2006, 2006. (Unveröffentlichte Manuskript).
- Vare, Tõnu, Uuenedes uute aastatuhandesse, Eesti Ametiühingute Keskliidu III Kongress 28. April 2000, 2000.

Die Rolle der polnischen katholische Kirche im Spannungsverhältnis von Staat und demokratischer Opposition

1. Einleitung

Der Katholizismus nahm und nimmt in Polen eine außerordentliche Stellung ein. Dementsprechend spielte die katholische Kirche in der wechselvollen Geschichte des Landes immer wieder eine einflussreiche Rolle. Besonders umstritten ist diese in den Jahren des politischen Umbruchs um 1989. Im Zuge dessen wird häufig auf die Haltung der Kirche zur demokratischen Opposition verwiesen. Während der Kirche auf der einen Seite bescheinigt wird, dass sie „innerhalb der Gesellschaft die wichtigste Kraft [war], die zur Demokratisierung und zum Fall des Kommunismus beitrug“¹, kritisieren andere ihre schwankende Haltung gegenüber der demokratischen Opposition und gehen dabei so weit, der Kirche schließlich politischen Opportunismus vorzuwerfen. Demzufolge „kultivierte [sie einerseits] die Vorstellung von einer belagerten Festung und trichterte den Gläubigen ein, ihre Position sei durch den säkularisierten und atheistischen Staat bedroht, andererseits aber holte sie sich alles, was sie von ihm haben konnte.“²

Während die eine Position die katholische Kirche in der Volksrepublik Polen als Gegenelite definiert, die zusammen mit anderen oppositionellen Kräften den politischen Wandel friedlich herbeiführte, sehen die Vertreter der zweiten Position in der Kirche eine Wertelite mit intermediären Aufgaben. Demnach habe die Kirche im Rahmen ihres gesellschaftlichen Funktionsbereiches eine Vermittlertätigkeit zwischen staatlicher Führung und demokratischer Opposition aufgenommen, wobei ihr primäres Interesse nicht dem

¹ Głodek, Jarosław: Die katholische Kirche und die Wandlungen in Polen in den 80er und 90er Jahren. In: Kirchliche Zeitgeschichte. Internationale Halbjahreszeitschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft 15 (2002) 1. S. 348-359. S. 348. Ihm schließen sich viele Autoren an, so Erwin Gatz: „in Polen, wo katholische Kräfte maßgebende Träger jener Freiheitsbewegung wurden, die 1989 zur Auflösung des Ostblocks führten.“ Gatz, Erwin (Hrsg.): Kirche und Katholizismus seit 1945. Bd. II Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 1999. Vorwort S. 5/6.

² Rakowski, Miecyslaw F.: Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks. Hamburg 1995. S. 395.

gesellschaftlichen Wandel sondern vielmehr der Sicherung der eigenen Position gegolten hätte.

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, ob und inwiefern die katholische Kirche in der Volksrepublik Polen in ihrem Verhältnis zu den unterschiedlichen politischen Kräften als Gegenelite, als Wertelite oder als intermediärer Verband agierte. Dabei ist auch der diachrone Aspekt von Relevanz, denn ihr Status als Elite und mithin ihrer gesellschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten unterlag nach 1945 verschiedenen Wandlungsprozessen und tut dies noch heute.

Um diese Untersuchung differenzierend zu gestalten, wird ein möglichst breiter soziologischer Kirchenbegriff zur Anwendung gebracht.³ Einbezogen werden sollen dabei neben der Kleruskirche, von den hohen Kirchenämtern bis hinunter zu den Priestern, auch katholische Laien, die sich in politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen zusammenfanden.

Folgende These soll im Rahmen dieser Arbeit überprüft werden: Die katholische Kirche entwickelte sich von einer geschwächten Gegenelite in der Frühphase der polnischen Volksrepublik über eine Wert- bzw. Gegenelite mit Vermittlerfunktionen zu einem intermediären Verband in den Jahren 1980 bis 1989, der im Spannungsfeld von Machtelite und neu entstandener demokratischer Opposition agierte.

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf eine umfangreiche Literaturanalyse jüngeren Datums zum Verhältnis von Staat und Kirche in Polen sowie auf einige z. T. ältere Arbeiten zum Verhältnis von Kirche und Opposition.⁴ Zu Beginn der Analyse erfolgt eine historische Bestandsaufnahme der katholischen Kirche in Polen nach 1945 und ihrer Verankerung in der Gesellschaft. Dies wird für notwendig erachtet, da die hohe Akzeptanz der Kirche in der Bevölkerung entscheidend für deren Wirkungsmacht als Wert- oder Gegenelite war. Die Einflusskraft der Kirche auf die Gesellschaft wiederum zählt zu den Voraussetzungen, die es ermöglichten, dass die Institution Kirche in Polen wie in keinem anderen ehemals sozialistischen Staat maßgeblichen Einfluss auf die politischen Umwälzungsprozesse von 1989 sowie deren

³ Vgl. Kaufmann, Franz-Xaver: Kirche. In: Grundbegriffe der Soziologie. Hrsg. von Bernhard Schäfers. Leverkusen 1986. S. 151/152. Dort heißt es u. a.: Kirche ist „primär eine Selbstbezeichnung der Christen für ihre Vergemeinschaftungsformen. K. ist in diesem Sinne ein sozialer, kein soz. Begriff, der den geistlich-sozialen Doppelcharakter und die Rechtgläubigkeit sowie – wenigstens im Katholizismus – die Heilswirksamkeit der K.n-Zugehörigkeit betont.“ Wird in dieser Arbeit einfach nur von „Kirche“ gesprochen, so ist i. d. R. die Amts- bzw. Kleruskirche gemeint, d. h. die offizielle, nach außen agierende Seite der Kirche.

⁴ Die Beantwortung der zentralen Frage dieser Arbeit nach einer Einordnung der Kirche in elitentheoretische bzw. verbandstheoretische Konzepte erfolgt in diesen Schriften jedoch selten.

Vorboten ausüben konnte.⁵ Das Zentrum der Arbeit widmet sich dem Verhältnis der katholischen Kirche, d. h. sowohl der Kleruskirche als auch der organisierten katholischen Laien, zum Staat sowie zu polnischen oppositionellen Kräften, so z.B. aus dem Kreise der kritischen laikalen Intelligenz oder der unabhängigen Gewerkschaften. Um Entwicklungsprozesse aufzuzeigen, wird chronologisch vorgegangen. Im Zusammenhang mit den einzelnen historischen Zeitabschnitten soll jeweils die Frage nach der angemessenen Elitenkategorie gestellt werden.

Der Schlussteil bietet eine komprimierte Replik auf die Fragestellung und stellt mögliche Ansätze zur weiteren Analyse vor.

2. Polen und der Katholizismus: Ein europäischer Sonderfall (1945-1989)

Um die Handlungsmöglichkeiten der katholischen Kirche in Polen in den Jahren 1945 bis 1989 abschätzen zu können und eine Einordnung in eine bestimmte Elitenkategorie zu ermöglichen, betrachte ich zunächst ihren im europäischen Kontext einzigartigen Rückhalt in der Bevölkerung.⁶ Im Zuge dessen ist auffallend, dass der Katholizismus einem Großteil der Polen als zentrale Identifikationsfigur diente.⁷ Die historischen Wurzeln dieses Mechanismus fasst Hierlemann in drei Traditionssträngen zusammen,⁸ deren Ursprünge in vergangenen Jahrhunderten liegen und die das Ansehen und Handeln der polnischen katholischen Kirche bis zum heutigen Tag mitbestimmen.

Zum einen wurde die katholische Kirche in Polen stets in eine enge Verbindung zum Konzept der Nation gesetzt. Die polnische Nation ist dieser Tradition folgend eine katholische.⁹ Die Kirche galt, v. a. seit der Zeit der polni-

⁵ „Die katholische Kirche Polens stellt [...] die einzige Ausnahme dar. Nur sie wurde zu einem ebenbürtigen Kontrahenten, aber auch zu einem eigenständigen Partner des kommunistischen Regimes.“ Luks, Leonid: Der Kirchenkampf in der UdSSR und im kommunistischen Polen – ein Vergleich. In: Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Rußland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich (Schriften des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien 5). Hrsg. von Leonid Luks. Köln, Weimar, Wien 2002. S. 251-267. S. 256.

⁶ Die folgenden Ausführungen stützen sich, wenn nicht anders angegeben, auf den Beitrag von Kopiec, Jan: Polen. In: Kirche und Katholizismus (1999). S. 95-131.

⁷ Vgl. Hierlemann, Dominik: Lobbying der katholischen Kirche in Polen. Wiesbaden 2005. S. 77.

⁸ Vgl. ebenda S. 77-80.

⁹ Mit den Worten Kardinal Wyszyński: „Wir sind überzeugt, daß es besser ist, wenn die Nation gläubig ist, daß die Stärkung des Glaubens der Einheit der Nation dient ... Die Hierarchie war in Polen immer der nationalen Sache besonders nahe ... Niemand ist mehr aus dem Volk und für das Volk als wir Priester. [...] Wir sind die Emanation dieser Nation ...“ Zitiert nach Stehle, Hansjakob: Nachbar Polen. Frankfurt am Main 1963. S. 85.

schen Teilungen, als Beschützerin der polnischen Nation. Diese Tradition setzte sich während des Zweiten Weltkrieges sowohl unter deutscher als auch unter sowjetischer Besatzung fort. Nachdem in dieser Zeit mit unterschiedlich scharfen Methoden an ihrer Zerschlagung gearbeitet worden war, galt die Kirche in der Folge als widerstandserprobt und ebenso gebeutelt wie die übrige Bevölkerung.¹⁰ Auch in der Volksrepublik Polen vertrat sie für viele Menschen nationale Werte eher, als die an Weisungen ihrer sowjetischen Führung gebundene politische Machtelite des Landes.

Die Gleichung Pole = Katholik, von Stehle als „mystisch-politische[...] Formel der Selbstbehauptung dieser Nation“ bezeichnet,¹¹ war nach 1945 im Land, demographisch betrachtet, nahezu allgemeingültig. Im Zuge der Ost-West-Verlagerung des polnischen Territoriums vollzogen sich entscheidende Bevölkerungsumschichtungen. Hatten zuvor ca. 75,6% Katholiken in Polen gelebt, waren es nun schon 95% der Bevölkerung.¹² Die veränderten konfessionellen Verhältnisse schufen eine günstige Ausgangslage für die im Wiederaufbau befindliche polnische katholische Kirche, denn „die konfessionelle Homogenität [bildete] eine wesentliche Voraussetzung für die Schlüsselstellung, die die Katholische Kirche nunmehr in Polen spielte.“¹³

Die zweite traditionelle Charakterisierung begreift die katholische Kirche in Polen metaphorisch als eine belagerte Festung. Auch sie reicht bis in die Zeit der polnischen Teilungen zurück. Der schwankende rechtliche Status, den die katholische Kirche bis 1989 inne hatte, und der sie in ihrer Arbeit immer wieder mit Hindernissen verschiedenen Ausmaßes konfrontierte, rechtfertigt diese allegorische Beschreibung zumindest teilweise.

Das eher schlechte Verhältnis zwischen Kirche und Staat, insbesondere in den Jahren von 1948 bis 1956 brachte erhebliche Behinderungen des kirchlichen Engagements mit sich.¹⁴ Trotzdem oder vielleicht gerade deswegen konnte sich die Kirche auf einen wachsenden Rückhalt in der Bevölkerung stützen. Die Unterstützung der Kirche seitens der Bevölkerung war bereits 1946 spürbar, als nach Enteignung eines Großteils des

¹⁰ Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Fast die Hälfte aller Kirchen wurde zerstört, Priesterseminare geschlossen. Einige bestanden im Untergrund weiter. Dort empfing z. B. Karol Wojtyła seine Priesterweihe. Vgl. Bingen, Dieter: Die katholische Kirche in Polen unter den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, 1939-1989. In: Greschat, Martin (Hrsg.): Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen. (Konfession und Gesellschaft. Beiträge zur Zeitgeschichte 19.) Stuttgart, Berlin, Köln 1999. S. 139-170. Insbesondere S. 139-146.

¹¹ Stehle (1963). S. 85.

¹² Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, dass aus Polen, Danzig und den ehemaligen Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie viele Deutsche flohen bzw. vertrieben wurden. Des Weiteren wurden ca. 520000 Ukrainer und Weißrussen in die Sowjetunion umgesiedelt.

¹³ Kopiec (1999). S. 102.

¹⁴ Zum Verhältnis von Kirche und Staat zur Zeit des Kirchenkampfes vgl. die Ausführung unter 3.1 dieser Arbeit.

kirchlichen Grundbesitzes eine Finanzierung der Arbeit der Kirche nur noch über Spenden möglich schien.¹⁵

Staatliche Behinderungen der kirchlichen Arbeit missbilligten die Gläubigen mehrmals offen. So wurden während des Arbeiteraufstandes 1956 auch Forderungen nach Religionsfreiheit laut. Die Arbeiter mahnten die Freilassung des inhaftierten Kardinals Wyszyński und anderer inhaftierter Priester an. Bei seiner viel beachteten Rückkehr rief dieser die große Novene aus, welche Polen auf die Millenniumsfeiern 1966 vorbereiten sollte. Viele Bürger beteiligten sich an den zahlreichen Feierlichkeiten, obgleich manche der Veranstaltungen von staatlichen Konkurrenzveranstaltungen oder anderen Einschränkungen betroffen waren. „Schon aus Opposition gegen die marxistische Ideologie bekannte sich [...] die Mehrheit der Bevölkerung zur Katholischen Kirche.“¹⁶ Das Einstehen für das eigene, private, religiöse Bekenntnis wird zur politischen Stellungnahme. Die religiöse Praxis befand und befindet sich noch heute auf hohem Niveau.¹⁷

Den dritten Traditionsstrang im Wirken der polnischen katholischen Kirche macht Hierlemann in dessen stetem Politikbezug aus. Dieser findet sich im Handeln der Kirche sowohl direkt als auch indirekt und erfasst die katholische Amtskirche und katholische Laien gleichermaßen.

Letztere positionierten sich bereits kurz nach 1945 explizit als Katholiken zum neuen Staat.¹⁸ Einige gründeten die Laienbewegung „Fortschrittlicher Katholiken“ unter der Führung des ehemaligen Nationalisten Piasecki, die unter dem Namen PAX bekannt wurde und der die neue Ordnung unterstützte. Andere beteiligten sich an der Herausgabe des „Tygodnik Powszechny“, der sich von der kommunistischen Führung distanzierte. Aus diesem Umkreis ging 1957 die Gruppe katholischer Parlamentarier ZNAK hervor. Eine weitere Form des organisierten gesellschaftlichen und politischen Engagements katholischer Laien waren die Klubs katholischer Intelligenz, die nach 1957 in einigen polnischen Städten offiziell zugelassen wurden.¹⁹

¹⁵ „[D]ie Opferbereitschaft der Gläubigen“ ermöglichte im Zeitraum von 1945 bis 1989 den Bau von insgesamt 2000 Kirchen und eine auch sonst umfangreiche Tätigkeit der Kirche. Kopiec (1999). S. 115. Überschattet wurde diese überwältigende Spendenbereitschaft vom Bekanntwerden tlw. übertrieben hoher Stolgebühren, die manche Priester ihren Gemeindemitgliedern abverlangten.

¹⁶ Ebenda. S. 122.

¹⁷ Ein letzter intensiver religiöser Aufschwung war 1989/90 zu verzeichnen. Vgl. ebenda. S. 124/25. Vgl. auch Głodek (2002). S. 352.

¹⁸ Vgl. Micewski, Andrzej: Katholische Gruppierungen in Polen. PAX und ZNAK 1945-1976. München 1978.

¹⁹ Diese Klubs boten Raum für kulturelle und wissenschaftliche Veranstaltungen, mit denen sie „auf das staatliche und gesellschaftliche Leben einzuwirken“ versuchten. Kopiec (1999). S. 119. In einzelnen Kirchen wurden

Aber auch die Amtskirche bemühte sich im Rahmen ihres Handlungsspielraumes nach 1945 mehrfach, Einfluss auf politische Entwicklungen zu nehmen.²⁰ Dies wurde von Teilen der Bevölkerung geradezu erwartet.²¹ Einen enormen Aufschwung erfuhr diese Wirkungsmöglichkeit im Oktober 1978 mit der Wahl Karol Wojtyłas zum Papst. Das gesellschaftspolitische Gewicht der Kirche nahm nicht zuletzt durch den erfolgreichen Papstbesuch im Juni 1979 erheblich zu. Die folgenden politisch bewegten Jahre waren gekennzeichnet von einer starken Inanspruchnahme kirchlicher Unterstützung durch die Kräfte der immer stärker werdenden demokratischen Opposition.

Diese beschriebenen drei traditionellen Merkmale trugen zur Wahrnehmung der Kirche als Wert- oder Gegenelite durch die Bevölkerung und die politische Führung bei. Ferner gelang es ihr nach Kriegsende 1945, in ihrer Rolle als Beschützerin der Nation den Status einer Wertelite auszubauen. In Verbindung mit dem Topos der „belagerten Festung“ galt sie als bedrängte Gegenelite und somit als Alternative zum politischen System.²² Politische Einflussnahme stellte für sie schon lange keine fremde Handlungsstrategie mehr dar. Vielmehr wurde die Beschäftigung mit politischen Problemstellungen in den Jahren 1945-1989 für die Kirche zur einer permanenten Aufgabe. Den Bürgern gab dieser Umstand Gelegenheit, mit einer Zuwendung zur Kirche eine Ablehnung der ungewollten kommunistischen Führung zu demonstrieren. Die religiöse Überzeugung des Einzelnen war von nun an keine reine Privatangelegenheit mehr.

Künstlern und Kulturschaffenden Räume zur Verfügung gestellt, um zu verhindern, dass die staatlich bevorzugte „Kultur an die Stelle des religiösen Lebens treten“ konnte. Ebenda. S. 120/121.

²⁰ Diese Problematik wird unter Punkt 3 dieser Arbeit ausführlicher betrachtet.

²¹ Diese Erwartungshaltung ist bis heute zu beobachten. Vgl. Hierlemann (2005). S. 86.

²² Hierlemann konstatiert an anderer Stelle: die „Erfolge der Kirche im politischen Prozess sind zum großen Teil unabhängig von der rechtlichen Situation und hängen in stärkerem Maße von der Legitimität ab, welche die Gesellschaft der Kirche zukommen lässt.“ Allerdings ist eine gewisse Abhängigkeit der Legitimität der Kirche von ihrem rechtlichen Status darin zu erkennen, dass die Bedrängung der Kirche durch den Staat („belagerte Festung“) ihr Ansehen in der Bevölkerung hob, sodass hier ein Rückkopplungseffekt auftritt. Vgl. ebenda. S. 29.

3. Die polnische katholische Kirche im Spannungsverhältnis von Staat und demokratischer Opposition

3.1 In der Defensive (1945-1956)

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, die im Zeichen des mühevollen Wiederaufbaus sowohl des Staates als auch der Kirche standen, bemühten sich beide Seiten um eine friedliche Koexistenz.²³ Nach der Konsolidierung der kommunistischen Führung verschärfte sich allerdings ab 1948 die Beziehung zwischen Staat und Kirche im sog. Kirchenkampf.²⁴ Die Konfrontation zwischen Vertretern der katholischen Amtskirche bzw. katholischer Laiengruppen und der kommunistischer Führung, erreichte 1953 ihren Höhepunkt.

Früh hatten sich erste Spannungen abgezeichnet. Von der Seite der kommunistischen Partei wurde 1945 die Gründung der Gruppe „progressiver Katholiken“ PAX unterstützt. Diese Gruppierung katholischer Polen, Micewski zufolge „ein[...] Ärgernis im polnischen Katholizismus“,²⁵ hatte die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Staat zum Ziel und finanzierte ihre „umfangreichen politischen und verlegerischen Aktivitäten aus privatunternehmerischen Aktivitäten, für die das Regime ihr das Monopol überlassen hatte.“²⁶ Sowohl von PAX als auch von der Förderung sog. Priester-Patrioten versprach man sich eine Spaltung der Katholiken.²⁷ Die Kirche hielt 1946 mit einer indirekten Wahlempfehlung dagegen, in der der polnische Episkopat geschickt politisch Stellung bezog. Er ließ verlauten, dass „zumindest Katholiken, nur solche Personen, Listen und Wahlprogramme wählen können, die sich der katholischen Lehre und Moral nicht widersetzen“,²⁸ was einer offenen Ablehnung der kommunistischen

²³ Vgl. Heller, Edith: Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965. Hrsg. von Gabriele Lesser. Köln 1992. S. 36.

²⁴ Vgl. die Überschrift des Beitrages von Luks (2002). S. 251.

²⁵ Micewski (1978). S. 7. Der Autor war selbst Mitglied der Gruppe ZNAK und lehnt aus diesem Grunde PAX verständlicherweise scharf ab. Nichtsdestotrotz trifft er mit dieser Formulierung die Meinung vieler Polen, die, wie unter Punkt 2. dieser Arbeit dargelegt, in der Hinwendung zur Kirche eine Distanzierung von der kommunistischen Führung sahen.

²⁶ Michnik, Adam: Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog. Mit einem Nachwort von Hans-Hermann Hücking und Tadeusz Marek Swiecicki. München 1980. S. 212.

²⁷ Vgl. die Mitschrift eines Gesprächs zwischen Stalin und Bierut vom 1. August 1949, in dem Stalin die Spaltung des Klerus in Polen anordnet. Wiaderny, Bernard (Hrsg./ Übers.): Die Katholische Kirche in Polen (1945-1989). Eine Quellenedition. Berlin 2004. Dok. Nr. 1.7 (1. August 1949 - Anweisungen Stalins zu der Kirchenpolitik der polnischen Kommunisten). S. 32/33.

²⁸ Listy pasterskie, 43 zitiert nach Heller (1992). S. 37.

Polnischen Arbeiterpartei (PPR) gleichkam. Der bei den Parlamentswahlen im Januar 1947 durch eine Wahlfälschung herbeigeführte Sieg des „Demokratischen Blocks“²⁹ konnte damit jedoch nicht verhindert werden. Die kommunistische Machtelite ergriff weitere Maßnahmen, um die einflussreiche Stellung der Kirche in der Gesellschaft zu untergraben: Schon im September 1945 kündigte die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit das Konkordat mit dem Vatikan von 1925 auf.³⁰ Das Verhältnis der polnischen katholischen Kirche zum Vatikan, das sich nicht immer als unproblematisch darstellte, gab auch in der Folgezeit mehrfach Anlass zum Streit mit der politischen Führung Polens. Die Sorge der kommunistischen Partielite, der Vatikan könne über die polnische katholische Kirche Einfluss auf die politische Entwicklung Polens nehmen, blieb lange Zeit virulent. Genährt wurde diese Befürchtung zum einen durch die offene Kritik Papst Pius' XII. an den Vertreibungen der Deutschen aus den polnischen Westgebieten, zum anderen von der Haltung des Vatikans zu den dort eingerichteten apostolischen Administraturen, die erst nach einer internationalen Anerkennung der polnischen Westgrenze in reguläre Bistümer umgewandelt werden sollten. Nicht zuletzt trug auch die klare, antikommunistische Position des Vatikans zum Misstrauen der staatlichen Führung Polens gegenüber der katholischen Kirche bei.³¹

Nach dem Tod Kardinal Hlonds, der als überzeugter Antikommunist kaum zu Kompromissen mit der kommunistischen Partei gelangte, trat mit Stefan Wyszyński ein Gesprächspartner an die Spitze der katholischen Kirche Polens, der schon eher zu Verhandlungen bereit war. Der neue Primas bemühte sich seit Februar 1949 kontinuierlich um die Schaffung einer gemischten Kommission aus Vertretern von Kirche und Regierung zur Lösung bisheriger Streitfragen. Diesem Gesuch wurde vorerst aber nicht

²⁹ Der „Demokratische Block“ trat als Einheitsliste aus Polnischer Arbeiterpartei (PPR), Sozialistischer Partei (PPS), Volkspartei (SL) und demokratischer Partei (SD) bei den Parlamentswahlen am 16. Januar 1947 an.

³⁰ Vgl. die offizielle Verlautbarung zum Abbruch des Konkordats, in der auf die Nichtanerkennung der Provisorischen Regierung Polens durch den Vatikan verwiesen wird. Hier heißt es u. a.: „Die Regierung der Nationalen Einheit erklärt, daß sie bisher die Tätigkeit der katholischen Kirche durch nichts behindert hat, und auch weiterhin der katholischen Kirche volle Freiheit bei ihrer Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze zusichert.“ Wiaderny (2004). Dok. Nr. 1.2 (12. September 1945 - Abbruch des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen durch die *Provisorische Regierung der Nationalen Einheit*). S. 20/21.

³¹ In einem Thesenpapier des Sicherheitsdienstes über die katholische Kirche vom 1. Oktober 1947 wird die katholische Kirche als reaktionär bezeichnet. Über Kardinal Hlond heißt es: „In Polen repräsentiert er am stärksten die germanophile und proamerikanische Linie des Vatikans.“ Ebenda. Dok. Nr. 1.5 (1. Oktober 1947 - Thesen des Sicherheitsdienstes über die katholische Kirche). S. 28.

Zur Bestätigung dieser Sichtweise trug ein Dekret des Heiligen Offiziums vom 1. Juli 1949 bei, nach dem jeder, der der „materialistischen und atheistischen Lehre des Kommunismus“ folgt, exkommuniziert werden müsse. Zwar kam Wyszyński diesem Dekret nicht nach. Es gab dennoch eine heftige antivatikanische Bewegung in Osteuropa. Heller (1992). S. 39.

nachgekommen. Vielmehr verlegte sich die politische Führung auf einen harten Kurs gegenüber der Kirche: Dabei wurden Geistliche überwacht und verhaftet, katholische Schulen geschlossen und kirchliche Druckereien beschlagnahmt. Anfang 1950 traf es so z. B. die Caritas-Organisation der Kirche, die vollständig enteignet wurde

Die Zurückdrängung der Kirche aus ihren traditionellen Funktionsbereichen innerhalb der Gesellschaft (Seelsorge, Sozialfürsorge usw.) setzte sich in dem Abkommen zwischen der Regierung und den Bischöfen aus dem gleichen Jahr fort. In der „Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Polen und dem polnischen Episkopat“ vom 14. April 1950 wurde die Autorität des geistlichen Oberhauptes der katholischen Kirche, des Papstes in Rom, auf Fragen des Glaubens, der Moral und der kirchlichen Jurisdiktion beschränkt. Zudem verpflichtete sich die Kirche „jedes staatsfeindliche Verhalten verurteilend, [...] vor allem dem Mißbrauch der religiösen Gefühle zu staatsfeindlichen Zwecken entgegenzuwirken.“³²

Dieser Unterwerfungsgeste, die gleichzeitig ein entschlossener Versuch war, die Arbeit der katholischen Kirche in legaler Form zu sichern, folgte der letzte staatliche Affront gegen die Kirche, bevor die Situation eskalierte. Das im Februar 1953 veröffentlichte Dekret zur Besetzung kirchlicher Ämter, welches die Loyalität der geistlichen Würdenträger zum Staat gewährleisten sollte und damit die Personalautonomie der Kirche beschnitt, zwang Primas Wyszyński zum Handeln. In einem deutlich formulierten Memorandum wandte sich der polnische Episkopat an die Regierung.³³ Die Bischöfe prangerten nicht nur die staatliche Einmischung in die internen Angelegenheiten der Kirche an, sondern schilderten vielmehr alle Einschränkungen der kirchlichen Arbeit, wie sie in den vorangegangenen Jahren mehr und mehr zugenommen hatten. Der Brief des Episkopats hatte die Verhaftung Kardinal Wyszyńskis zur Folge, der bis 1956 an verschiedenen Orten interniert wurde. Mit diesem Akt staatlicher Willkür begann „eine flächendeckende Zurückdrängung der Kirche aus der Gesellschaft“.³⁴ Der „Prozeß der formalen Ausschaltung der Kirche mit der Übertragung der Schlüsselpositionen an die im Kielwasser der Kommunisten agierenden ‚Fortschrittlichen‘“³⁵ berührte alle Facetten des geistlichen Lebens.

³² Wiaderny (2004). Dok. Nr. 1.10 (14. April 1950 - Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Polen und dem polnischen Episkopat). S. 37.

³³ Vgl. ebenda. Dok. Nr. 1.11 (12. September 1950 - Brief des Episkopats Polens an den Präsidenten Bierut). S. 39-47.

³⁴ Luks, Leonid: Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen. 1945-1989. Die Anatomie einer Befreiung. Köln, Weimar, Wien 1993. S. 27.

³⁵ Hoensch, Jörg K.: Geschichte Polens. Stuttgart 1983. S. 44.

Auf der nichtinstitutionellen Ebene der Kirche machten sich ebenfalls staatliche Einmischungsversuche bemerkbar. Betroffen war u. a. die Arbeit katholischer Presseorgane, welche zunehmend erschwert wurde. So verfolgte z.B. der „Tygodnik Powszechny“ verhältnismäßig lange – bis 1953 – seine Ziele im „Kampf gegen die Totalisierung des Denkens, gegen die kulturelle Gleichschaltung“.³⁶ Dieser „Prototyp einer ‚Ethos-Gruppe‘“³⁷ scheiterte letztendlich an der Weigerung, einen Nachruf auf Stalin zu publizieren. Zuvor hatte das von der Metropolitankurie herausgegebene Blatt unter der Leitung des Chefredakteurs Jerzy Turowicz versucht, sich als „apolitische und parteilose Zeitung“³⁸ zu profilieren. Dies gelang ihr nicht vollkommen und bald sah man sich in die Rolle eines ersten „oppositionelle[n] oder quasioppositionelle[n]“ Presseorgans gedrängt.³⁹ Im Bestreben, die Zeitung zu einer Loyalitätsbekundung zum Staat zu bewegen, übten PAX und die kommunistische Partei Druck auf die Redaktion aus. In ihren Verlautbarungen gaben sich die Redakteure Stomma und Turowicz in Anbetracht der politischen Realität stets bewusst apolitisch: „Die Katholiken können verzichten und verzichten in der polnischen Wirklichkeit auf den Kampf um politische Ziele, um den Besitz der Staatsmacht sowie auch auf das Streben nach Schaffung einer eigenen nach ihrem Modell gestalteten gesellschaftlichen Ordnung, indem sie sich zum Leben im Rahmen einer anderen Ordnung bereit finden.“⁴⁰ Zu einem Verzicht auf die Verfechtung ideeller Interessen im Bereich christlicher Kultur und Lebensweise waren die Autoren jedoch nicht bereit. Dieses Verhalten – nämlich der Rückzug aus politischem Gebiet bei gleichzeitigem Beharren auf grundlegende Menschenrechte, wie religiöse und kulturelle Freiheiten, sollte in der späteren demokratischen Opposition noch ausgeprägter zum Vorschein kommen.⁴¹ Damit widersprachen die katholischen Intellektuellen vom „Tygodnik“ dem Anspruch der staatlichen Führung auf die ideologische Vormacht und offenbarten sich als mögliche Gegenelite. Mit dem Verbot dieses katholischen Blattes erfolgte ein spürbarer Einschnitt in die Präsenz

³⁶ Luks (1993). S. 23.

³⁷ Ebenda. Luks definiert Ethos-Gruppen als „kleine, innerlich recht homogene Gruppierungen, die aufgrund ihrer moralischen Integrität und ihrer intellektuellen Qualitäten eine außerordentliche Autorität innerhalb der Gesellschaft besitzen.“

³⁸ Aus einer Notiz im Tygodnik Powszechny 1. 24.3.1945. Zitiert nach Micewski (1978). S. 213.

³⁹ Aus einem Vortrag von Stefan Kisielewski, 1975. Zitiert nach ebenda. S. 215.

⁴⁰ Stomma, Stanislaw; Turowicz, Jerzy: Katholiken in Volkspolen. In: Tygodnik Powszechny 50 (299). 10.12.1950. Zitiert nach ebenda. S. 225.

⁴¹ Dazu Luks (2002). S. 259. „Sie [die Redakteure des Tygodnik Powszechny, A.L.] erkannten, daß die ansonsten unpolitische Dimension des Ethischen und des Kulturellen in den totalitären Systemen mit ihrem Absolutheitsanspruch eine eminent politische Rolle spiele.“

katholischer, nonkonformistischer Positionen in der polnischen Öffentlichkeit.

Die staatlichen Repressionen zielten vor allem darauf ab, die Kirche als potentielle Gegenelite auszuschalten. Zu groß war die Furcht der Machtelite vor einer ideologischen Konkurrenz, war doch die katholische Kirche als traditionelle Wertelite prädestiniert für diesen Posten. Man befürchtete eine Nutzung ihrer moralisch übergeordneten Stellung zur Stärkung oppositioneller Kräfte, wie der entsprechende Passus in der Vereinbarung zwischen Regierung und Episkopat zeigt.⁴² Unter Primas Wyszyński war die katholische Kirche in Polen an der Etablierung eines tragfähigen *modus vivendi* interessiert und darüber hinaus sogar dazu bereit, entgegen den Vatikanischen Vorgaben Kompromisse einzugehen.⁴³ Das erklärte Ziel der Kirche war es, neben ihren seelsorgerischen Aufgaben auch eine vermittelnde Position zwischen staatlicher Führung und Bevölkerung einzunehmen.⁴⁴ Davon war die Kirche bis 1956 weit entfernt, da die Grenzen ihrer Kompromissbereitschaft schnell überschritten wurden. Durch die Haltung der staatlichen Führung eines besseren belehrt, sahen sich sowohl die kirchliche Führungselite als auch engagierte katholische Laien, wie etwa die Redakteure des „Tygodnik Powszechny“, gezwungen, den staatlichen Übergriffen die Stirn zu bieten. Sowohl die Eigenständigkeit der kirchlichen Organisation als auch der katholischen Lehre an sich, ließ weitere Zugeständnisse nicht zu. Demzufolge befand sich ein großer Teil der katholischen Kleruskirche (ausgenommen die patriotischen Priester) sowie manche katholische Laiengruppierung in die Position einer Gegenelite gedrängt. Diese Position wurde aufgrund der massiven staatlichen Eingriffe weiter geschwächt und konnte nach 1956 erst dann wieder gestärkt werden, als die politische Führung die ungetrübte Einflusskraft der Kirche erkannte und auf ihre Unterstützung angewiesen war.

3.2 Annäherung an eine sich neu formierende Opposition (1956-1980)

Im Juni 1956 kam es in Posen zu schweren Unruhen. Streiks und Massendemonstrationen, auf denen die Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen forderten, wurden gewaltsam niedergeschlagen. Zusätzlich

⁴² Vgl. Fußnote 32.

⁴³ Vgl. Heller (1992), S. 41.

⁴⁴ In diese Richtung zielte z. B. die Denkschrift der polnischen Bischöfe zur Verfassung von 1947. Vgl. Wiaderny (2004), Dok. Nr. 1.4 (26. Februar 1947 - Denkschrift der polnischen Bischöfe über die katholischen Forderungen zur Verfassung), S. 22-26.

wandten sich die streikenden Arbeiter gegen Einschränkungen der Religionsfreiheit.⁴⁵ Als am 26. August 1956 mehr als eine Million Gläubige auf den Weißen Berg pilgerten, forderten sie die Freilassung Primas Wyszyńskis und anderer Geistlicher sowie Freiheit der Religionsausübung. Der Konflikt um wirtschaftspolitische sowie religiöse Fragen schwelte weiter. In der Sorge um die politische Stabilität des Landes, bat der rehabilitierte Erste Sekretär des ZK der Polnischen vereinigten Arbeiterpartei (PVAP bzw. PZPR), Gomułka, im Oktober des selben Jahres die Kirche um Hilfe. Kardinal Wyszyński erklärte sich unter bestimmten Bedingungen zur Rückkehr nach Warschau und zur Mitwirkung an der Beruhigung der unzufriedenen Menschen bereit.⁴⁶

In der Folgezeit gelangte eine gemeinsame Kommission von Vertretern der Regierung und des Episkopats zu einer neuen ‚Verständigung‘ zwischen polnischem Episkopat und polnischem Staat: Das Dekret zur Ämterbesetzung von 1953 wurde aufgehoben, die ihres Amtes enthobenen Geistlichen durften zurückkehren. Der Religionsunterricht war als fakultatives Fach wieder zugelassen, wobei die Religionslehrer vom Staat bezahlt wurden. Ferner hatte die Kirche wieder das Recht zur Seelsorge in Gefängnissen und Krankenhäusern.⁴⁷

Von der empfindlichen Schwächung ihrer Position in den Jahren vor 1956 konnte sich die katholische Kirche in Polen kurzzeitig erholen. Wenn auch die Kirchenpolitik Gomułkas ab 1958 verschärft wurde, erreichte sie nie wieder den Zerstörungsgrad der Jahre des offenen Kirchenkampfes.⁴⁸ Gomułka hatte die „Notwendigkeit einer längeren Periode der Koexistenz von materialistischer und idealistischer Weltanschauung in Polen“ erkannt, denn „ein solcher Konflikt mit der Kirche [würde] Millionen von Gläubigen dem Staat entgegenstellen [...]“.⁴⁹

Die Leitung der katholischen Kirche zeigte sich von nun an wieder verstärkt bemüht, in die Rolle des Schlichters zwischen Staat und Gesellschaft zu schlüpfen: Von Gomułka im Oktober 1956 gebeten, „zur Beruhigung der

⁴⁵ Vgl. Kopiec (1999). S. 112.

⁴⁶ Vgl. Karp, Hans-Jürgen: Neues kirchliches Leben in Polen seit 1956. In: Zwischen „Taufwetter“ und Neuem Frost. Marburg 1993. S. 103-115. S. 103. Luks spricht von der „erste[n] friedliche[n] Revolution in der Geschichte des Ostblocks“. Luks (2002). S. 260.

⁴⁷ Vgl. Wiaderny (2004). Dok. Nr. 2.2 (8. Dezember 1956 - Kommuniqué der *Gemeinsamen Kommission* der Vertreter der Regierung und des Episkopats). S. 86/87.

⁴⁸ Vgl. Karp (1993). S. 105.

⁴⁹ Zitiert nach ebenda. S. 104.

öffentlichen Meinung“⁵⁰ in sein Amt zurückzukehren, wirkte Wyszyński auf verschiedene Arten in diese Richtung. So forderte der polnische Episkopat zum einen zur Teilnahme an den Sejm-Wahlen im Januar 1957 auf, in deren Folge eine Gruppe nicht regierungstreuer Katholiken (ZNAK) ins Parlament einzog. Damit trug die Kirche zur Stabilisierung der neuen Führungselite bei. Dies erfolgte auch im eigenen Interesse, gelang es ihr doch unter Ausnutzung der instabilen Lage von 1956, einen Teil der verlorenen Rechte zurückzuerlangen.⁵¹ Auf der anderen Seite wandte sich Wyszyński mit vordergründig ‚unpolitischen‘ Themen an die Gläubigen und richtete das Augenmerk auf eine vornehmlich geistige Erneuerung des Landes.⁵²

Dass die Rückkehr des Kardinal Wyszyński in sein Amt die aufgebrachten Arbeiter beruhigen konnte, lag im Wesentlichen an der ungeminderten Autorität, die die Kirche als Wertelite im Land besaß. Die Forderungen der Arbeiter während der Unruhen in Posen sowie die der Teilnehmer der Pilgerprozession auf den Weißen Berg überzeugten die neue politische Führung von der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche. Der sichtbare Rückhalt der Kirche innerhalb der Bevölkerung resultierte neben einem Rückgriff auf die Tradition der Kirche als Beschützerin nationaler Werte auch auf ihrer Charakterisierung als eine belagerte Festung, deren Aktualität durch die Inhaftierung Wyszyńskis und anderer katholischer Würdenträger belegt wurde.⁵³ Zum anderen mündeten bestehende Traditionslinien in den Fünfziger Jahren in die verstärkte Wahrnehmung der Kirche als letzte verbliebene Wertelite, insoweit als das sie „die Leitwerte einer Gesellschaft in besonderem Maße repräsentiert[e]“ und „sozial besonders relevante Werte verwirklicht[e].“⁵⁴ Sowohl die streikenden Arbeiter als auch die gläubigen Pilger sahen durch die Kirche verloren geglaubte nationale und kulturelle sowie ethisch-moralische Werte verkörpert, die die politischen Vertreter Polens nicht mehr repräsentierten. Die Kirchenleitung war bestrebt, diese Position als höhere moralische Instanz weiter auszubauen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür ist die große Novene, ausgerufen von Kardinal Wyszyński kurz nach seiner Rückkehr nach Warschau. Die Kirchenführung als Initiator dieser Feierlichkeiten

⁵⁰ Wiaderny (2004). Dok. Nr. 2.1 (26. Oktober 1956 - Tagebuchaufzeichnungen des Primas Wyszyński). S. 85.

⁵¹ Vgl. Heller (1992). S. 45.

⁵² Vgl. die Themen der großen Novene, s. S. 12 dieser Arbeit.

⁵³ Ein Beispiel für willkürliche Inhaftierung und schlechte Haftbedingungen ist der Fall des Bischofs Czesław Kaczmarek, gegen den ein großer Schauprozess geführt wurde. Vgl. Wiaderny (2004). Dok. Nr. 1.27 (28. Juni 1956 - Antrag des verhafteten Bischofs Czesław Kaczmarek an den Generalstaatsanwalt). S. 73-82.

⁵⁴ Definition des Begriffes „Wertelite“. Endrueit, Günter: Eliten. In: Beiträge zur Soziologie. Bd. II. Allgemeine Soziologie. Kiel 1998. S. 247-269. S. 252.

bemühte sich sichtbar, moralisch auf die Gläubigen einzuwirken. Jedes Jahr der großen Novene widmete sie einem Anliegen, so z. B. der Erneuerung der kirchlichen Disziplin und Institutionen, dem Familienleben, dem ungeborenen Leben, der priesterlichen Berufstreue oder der christlichen Erziehung.⁵⁵ Der großen Anteilnahme von Seiten der Bevölkerung nach zu urteilen, gelang die stärkere Etablierung als eine Wertelite mit eigenen ideologischen Themenschwerpunkten.⁵⁶

Im Wirkungsbereich der Kirche lag auch der Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Der Zugang zur polnischen Jugend, ihre Erziehung nach christlichen Werten, gehörte stets zu den fundamentalen Interessen der polnischen katholischen Kirche. Wiederum hatte sie mit staatlichen Behinderungen zu kämpfen, mehrmals wurde der Religionsunterricht verboten. Als er 1956 zeitweise als Wahlpflichtfach wieder eingeführt wurde, war der Zuspruch der Eltern außerordentlich groß. Ein erneutes Verbot des Religionsunterrichts 1961 bewirkte eine Verlagerung desselben in so genannte katechetische Punkte, an denen die Kirche im nichtöffentlichen Raum weiterhin erfolgreich ihre Lehren an die polnische Jugend vermittelte.⁵⁷

Mit ihren Aktivitäten zur Verbreitung der eigenen Lehre, vor allem aber mit dem Programm der Novene, fuhr die polnische katholische Kirche eine „geistig-moralische Offensive gegen die Bedrohung der Kirche durch die atheistische und laizistische Weltanschauung des Kommunismus [...]. Es [das Programm der Novene, A.L.] war in seinen Grundlagen rein religiös, aber zweifellos ein Programm mit politischen Dimensionen, [...]“⁵⁸

Diese unterschwellig politischen Dimensionen im Handeln der polnischen katholischen Kirche ließen sie für weite Bevölkerungskreise und die politische Führung zeitweise auch als Gegenelite in Konkurrenz zur Machtelite treten. In die religiösen Vorstellungen zum (Geistes-) Leben ihrer Anhänger bettete die katholische Kirche immer wieder auch die Forderung zur Wahrung grundlegender Menschenrechte ein. Indem sie ihre weltanschaulichen Konzepte an die Gläubigen vermittelte, stellte sie sich automatisch gegen die staatlich vorgegebene Sichtweise, die ebenfalls einen

⁵⁵ Kopiec (1999). S. 113.

⁵⁶ Immer wieder fanden Wallfahrten mit zahlreichen Teilnehmern bei verschiedenen Anlässen zu Orten innerhalb Polens, später aber auch nach Rom statt. Schließlich nahmen katholische Laien auch an mehreren Diözesansynoden teil, besonders gut besucht war die Synode von 1972 bis 1979 unter Leitung des Kardinals Karol Wojtyła. Vgl. ebenda. S. 120.

⁵⁷ Vgl. Heller (1992). S. 46. Kopiec weist jedoch auf die häufig mangelhafte Ausbildung der Lehrenden hin, die „vielfach zu sehr auf eine nur emotionale Kirchenbildung ab[zielte] und [...] die geistige Auseinandersetzung vermissen [ließ].“ Kopiec (1999). S. 123.

⁵⁸ Karp (1993). S. 106.

Anspruch auf alleinige Gültigkeit erhob. Nicht zuletzt das Programm der großen Novene musste vor diesem Hintergrund als „beispiellose Herausforderung“ empfunden werden, als ein „Versuch der Kirche, die polnische Geschichte zu vereinnahmen und die Kommunisten aus dieser Geschichte auszuschließen.“⁵⁹

Die kommunistischen Funktionseleiten sahen durch die Betätigung der Kirche in den verschiedensten Bereichen eigene Vollmachten bedroht, wobei sie in ihrer Kritik weniger den politischen Charakter bestimmter kirchlicher Aktionen als vielmehr die „ideologische Arbeit“ der Kirche anprangerten.⁶⁰ Sie befürchteten also den Ausbau der Stellung der Kirche als Wertelite, in dem die Gefahr einer Nutzung dieses Status zu oppositionellen Zwecken gesehen wurde.⁶¹

Weiteren Stoff zu Befürchtungen lieferte im Jahre 1965 der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtskollegen. In diesem Brief gewährten sie im November 1965, ein Jahr vor den großen Millenniumsfeierlichkeiten anlässlich der Taufe Polens, Vergebung für während des Zweiten Weltkrieges erlittenes Unrecht und baten ihrerseits ebenfalls um Vergebung. Damit war der Brief von einer solchen politischen Brisanz, dass er zu erheblicher Aufregung innerhalb der polnischen Gesellschaft führte. Die politische Führung nutzte die Gelegenheit zu einer Medienkampagne gegen die fehlende Loyalität der Kirche zum Staat und ihre Nähe zum Westen. Doch auch die Bevölkerung war irritiert und augenscheinlich noch nicht bereit für „eine solche Versöhnungsgeste“.⁶² Dieser Schritt des polnischen Episkopats brachte das stabile und in sich gefestigte Ansehen der katholischen Kirche als Wert- resp. Gegenelite langfristig jedoch nicht ins Wanken. Aus diesem Grunde und auch in Anbetracht der bevorstehenden Millenniumsfeiern gestalteten sich die Beziehungen zwischen Staat und Kirche weiterhin als schwierig, vor allem weil die staatliche Führung die ideologischen Einflussmöglichkeiten der Kirche mit ihren politischen Implikationen mehr und mehr fürchtete.

Lange Zeit standen katholische Kirche und manche katholische Laiengruppierung mit ihren oppositionellen Tendenzen allein. Insbesondere die laikale unorthodoxe Linke war zu geschwächt, um eigenständig gegen die politische Führung zu agieren. Ideologische Differenzen verhinderten

⁵⁹ Luks (2002). S. 263.

⁶⁰ Karp (1993). S. 108.

⁶¹ Diese Befürchtung ist zu diesem Zeitpunkt schon einige Jahre alt. Vgl. die Vereinbarung zwischen der Regierung und dem polnischen Episkopat von 1950. S. 8 dieser Arbeit. Fußnote 32.

⁶² Vgl. Karp (1993). S. 110. Zitat Kopiec (1999). S. 117.

jedoch bis Ende der sechziger/ Anfang der siebziger Jahre ein Bündnis mit der Kirche.

Unter dem Einfluss des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1963 begann ab 1966 ein für Kirche und Gesellschaft in Polen bedeutsamer Paradigmenwechsel innerhalb der katholischen Kirche und der katholischen Intelligenz. In der Auseinandersetzung um die Märzereignisse 1968 wurde die Öffnung einiger Kirchenvertreter und einiger Vertreter der katholischen Intelligenz für Ideen der religiös-weltanschaulichen Toleranz offenbar: Die Kirche verteidigte die verhafteten Studenten, größtenteils laikale Nonkonformisten, trotz ideologischer Widersprüche. In Hirtenworten und einer Denkschrift an die Regierung forderten die Bischöfe die Einhaltung der Menschenrechte und einen Dialog zwischen Menschen verschiedener Überzeugungen. Wenn die offiziellen Verlautbarungen der Kirche auch relativ allgemein gehalten waren und antisemitische Auswüchse im Rahmen der Märzereignisse nicht explizit anklagten wurden, so bedeuteten sie doch einen ersten Schritt in Richtung eines Zweckbündnisses laikaler und katholischer oppositioneller Kräfte.⁶³ Insbesondere ZNAK spielte hierbei insofern eine gewichtige Rolle, als dass die Abgeordneten dieser Gruppe eine direkte Anfrage an den Ministerpräsidenten stellten und konkreter noch als der polnische Episkopat für die protestierenden Studenten eintraten.⁶⁴

Die Annäherung zwischen der Kirche und der laikalen Linken, die nach 1976 maßgeblich an der Formierung einer demokratischen Opposition⁶⁵ beteiligt war, setzte sich Anfang der siebziger Jahre fort: Die Dezemberunruhen von 1970, bei denen es ausgehend von Protesten gegen Preiserhöhungen zu blutigen Auseinandersetzungen mit Armee und Miliz kam, führten den Sturz der Regierung Gomułka herbei. Dem neuen Staatschef Gierek gelang es, die katholische Kirche durch Zugeständnisse wiederholt zur Beruhigung der Protestierenden zu bewegen.⁶⁶ Abermals sollte sie die Wogen zwischen politischer Führung und Gesellschaft glätten.⁶⁷

⁶³ Vgl. die Beurteilung der Äußerungen des Episkopats durch Adam Michnik, der 1968 unter Anspielung auf seine jüdische Herkunft verhaftet wurde: „Ich unterstelle, daß die Bischöfe in der Tat den Konflikt zwischen laikaler linker Intelligenz und Regime als Ausdruck eines internen Kampfes um die Macht auffaßten. In diesem Sinne schätzten sie wohl auch den Antisemitismus ein, dessen sich schon seit längerem parteiinterne Auseinandersetzungen bedienten und ihn dabei auf die Spitze trieben.“ Michnik (1980). S. 80.

⁶⁴ Vgl. Karp (1993). S. 112/113.

⁶⁵ Der Grundstein für die demokratische Opposition in der Volksrepublik Polen wurde 1976 mit der Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter gelegt. Vgl. Luks (1993). S. 99.

⁶⁶ 1971 erhielt die Kirche kirchliches Eigentum aus den ehemals deutschen Gebieten zugesprochen. Vgl. Kopiec (1999). S. 118.

⁶⁷ Vgl. In einem Hirtenbrief vom 27.1.1971 forderte der polnische Episkopat die Bevölkerung zur Wahrung des inneren Friedens in Anbetracht der außenpolitischen Großwetterlage auf. Vgl. Luks (1993). S. 83.

Der Versuch mancher katholischer Aktivisten, auch die linken nonkonformen Kräfte weiter zu beschwichtigen, schlug fehl. Nach weiteren Unruhen kam es im Zusammenhang mit drastischen Preiserhöhungen im September 1976 zur Gründung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR), einer Bürgerrechtsbewegung, die, aufbauend auf die Unterstützung inhaftierter Regimekritiker und ihrer Familien, konsequent das Ziel der Schaffung einer demokratischen Gegenöffentlichkeit verfolgte.⁶⁸ Die Konzeption einer Bürgerrechtsbewegung war in den vorangegangenen Jahren als Resultat eines Umdenkungsprozesses innerhalb der unorthodoxen Linken entstanden. Nach dem Vorbild sowjetischer Regimekritiker lehnten auch polnische Intellektuelle das Primat des Politischen zugunsten eines Primats des Ethischen ab. Mit diesem neuen Politikverständnis ergab sich schließlich ein Berührungspunkt zur katholischen Kirche.⁶⁹ Für die laikalen oppositionellen Kräfte war die teilweise Öffnung von Kreisen der katholischen Intelligenz von immenser Bedeutung. Sie, die politisch stark geschwächt und nach 1968 vielfach mit Arbeits- oder Publikationsverboten belegt waren, konnten mit Hilfe katholischer Presseorgane wieder eine Leserschaft erreichen.⁷⁰ Dabei ist die Darstellung dieses Annäherungsprozesses bei Micewski sicherlich leicht idealisiert, denn es hat durchaus so manchen konservativen kirchlichen Würdenträgern Überwindung gekostet, mit der atheistischen nonkonformen Linken ins Gespräch zu kommen.⁷¹ Tatsache ist jedoch, dass an der Gründung und der Arbeit des KOR auch katholische Priester beteiligt waren. Es handelte sich bei diesem Komitee zur Verteidigung der Arbeiter um eine Koalition verschiedenster kritischer Kräfte, die sich gegen eine Atomisierung der Gesellschaft wandten.⁷² Sowohl die katholische Kirche als auch die unorthodoxe laikale Linke profitierten von diesem Zweckbündnis. Während die nonkonforme Linke

⁶⁸ In diesen Zeitraum fällt auch das Ende der Aktivität von ZNAK im Sejm. Damit verlor die kritische katholische Intelligenz ihre Vertretung im Parlament, bemühte sich aber, auf gesellschaftlicher Ebene weiterhin mit legalen Mitteln Reformen zu erkämpfen. Für einige Aktivisten war dieser Rahmen jedoch bereits zu eng. Vgl. Luks (1993). S. 96.

⁶⁹ Diesen hatte Bohdan Cywiński schon 1971 in seinem Buch „Die Herkunft der Aufbegehrenden“ aufgegriffen. Wie eine Antwort darauf erschien vielen Adam Michniks „Die Kirche und die polnische Linke“, erstmals erschienen 1976.

⁷⁰ In den Zeitschriften *Więź*, *Znak* und auch im *Tygodnik Powszechny* konnten Vertreter der nonkonformen Linken Beiträge publizieren, wobei die Blätter sich nicht allen unorthodoxen Linken gleichermaßen öffneten. Vgl. Luks (1993). S. 91.

⁷¹ „Bekanntlich war ein Teil der oppositionellen links-liberalen Gruppen laizistisch geprägt. Vom katholischen Gesichtspunkt aus wundert sich niemand darüber, auch nahm niemand daran Anstoß.“ Micewski, Andrzej: *Kirche, „Solidarność“ und Kriegszustand in Polen*. München 1988. S. 11. Zu den Problemen auf der katholischen Seite vgl. Luks (1993). S. 100. Dass es auch Vorbehalte auf Seiten der laikalen Linke gab, schildert Michnik (1980). U. a. S. 74.

⁷² Vgl. Luks (1993). S. 97-99.

von den Erfahrungen der Kirche im Umgang mit den politischen Machthabern lernen konnte, sich in Zurückhaltung zu üben, hatten einige Katholiken Gelegenheit, über ihre alten Forderungen mutig hinauszugehen. Dabei ergänzten sich die Methoden und Wirkungsmöglichkeiten beider Bündnispartner gut. Hatte die junge demokratische Opposition durch ihre eigenen Protestformen eine kleine Veränderung erreicht, konnte die katholische Kirche mit langjährig erprobten Mitteln der direkten, inoffiziellen Verhandlung den Fortschritt bewahren helfen.⁷³

Die Zusammenarbeit der Kirche mit nonkonformistischen Kräften laikaler Prägung förderte in Zukunft ihre Legitimation als intermediärer Verband. Nun gab es mit der demokratischen Opposition in Form des KOR eine dritte Macht im Land, die zunehmend schichtenübergreifend agierte.⁷⁴ Die Kirche wurde dadurch in ihrer Eigenschaft als oppositionelle Kraft im Kampf um eine pluralistische Gesellschaft entlastet,⁷⁵ bzw. ihres bisherigen Monopols auf diese Aufgabe enthoben.⁷⁶ In den folgenden Jahren bildeten sich weitere illegale regimekritische Gruppierungen, die in ihren Forderungen unterschiedlich radikal waren.⁷⁷ Die Kirche konnte in dieser Zeit erste Erfahrungen in ihrem Wirken als eine intermediäre Kraft innerhalb der Dreieckskonstellation Staat – Kirche – demokratische Opposition sammeln. So gelang es 1977 mit ihrer Unterstützung, eine Amnestie für im Zusammenhang mit den Ereignissen von 1976 verhaftete Aktivisten zu erreichen.

Die Positionen, die von Kirche und katholischer Presse vertreten wurden, erschienen nun in Anbetracht des blühenden Samizdat bzw. des ‚zweiten Umlaufs‘ vergleichsweise harmlos, so dass sich die politische Führung, bar jeder moralischen Ressourcen, auf die Autorität der Kirche in moralischen Fragen angewiesen sah.⁷⁸ Gleichzeitig spekulierte die Machtelite um Gierek darauf, dass auch der Kirche keineswegs an einem politischen Umbruch gelegen sei und die ideologischen Differenzen zur tonangebenden unorthodoxen Linken im KOR groß genug seien, um gemeinsame Aktionen zu verhindern.⁷⁹ Die Kirche wurde zur „umworbenen Opposition“⁸⁰, war aber

⁷³ Luks nennt die Aktivitäten von Kirche und demokratischer Opposition „komplementär“. Ebenda. S. 106.

⁷⁴ Vgl. ebenda. S. 97/98.

⁷⁵ Vgl. Micewski (1988). S. 9.

⁷⁶ Vgl. Luks (1993). S. 98.

⁷⁷ Vgl. ebenda. S. 101/102. In einigen Gruppierungen wurden nationalistische Tendenzen offenbar, so z. B. in der Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte (ROPCiO) oder in der Konföderation Unabhängiges Polen (KPN).

⁷⁸ Vgl. ebenda. S. 94.

⁷⁹ Vgl. ebenda. S. 103.

⁸⁰ Bingen (1999). S. 153. Vgl. auch Luks (1993). S. 103.

gleichzeitig bemüht, sich sowohl von zu großer Staatsnähe als auch von zu großer Nähe zur Opposition zu distanzieren. Ihre Unterstützung für KOR und andere Regimekritiker, indem sie v. a. geschützte Räume zur Verfügung stellte⁸¹ und inoffizielle Kontakte zur politischen Führung aktivierte, verband die katholische Kirche stets mit Mahnungen zur Zurückhaltung, die sie an beide Konfliktparteien richtete.⁸²

Auch in den folgenden Jahren machte sie mehrfach ihren Einfluss geltend, wobei ihre vermittelnde Tätigkeit erst nach der Papstwahl 1978⁸³ mit der Gründung von *Solidarność* zu ihrer Blüte gelangte, da die demokratische Opposition nach 1980 einen solchen Organisationsgrad erreicht hatte, so dass eine Vermittlung durch die Kirche, die für alle Beteiligten der einzig würdige neutrale Vermittler zu sein schien, unumgänglich wurde.

3.3 Polnische katholische Kirche und demokratische Opposition

In seinem Quellenband zur katholischen Kirche in Polen überschreibt Wiaderny den Zeitabschnitt vom August 1980 bis Dezember 1981 treffend mit „Im Dreieck – Kirche zwischen Staat und *Solidarność*“.⁸⁴ In diesem Zeitraum besaß die demokratische Opposition in Polen mit der unabhängigen Gewerkschaft *Solidarność* erstmals vorübergehend ein legales Sprachrohr, das die offizielle politische Führung nicht mehr ignorieren konnte, da dieses sowohl die Interessen der Intellektuellen als auch der Arbeiterschaft vertrat.⁸⁵ Die nunmehr legal institutionalisierte Gegenelite vertrat dabei, ebenso wie zuvor das KOR bzw. KSS-KOR, „ein oppositionelles Wertesystem“, in dem traditionell-ethische Wertvorstellungen wie „Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz“ dominierten.⁸⁶ Durch das Engagement der Aktivisten von *Solidarność* wurde die Forderung nach einem Zugang der Gesellschaft zu den staatlichen Massenmedien zumindest ansatzweise erfüllt. Davon profitierte auch die Kirche, welche in Zukunft

⁸¹ Insbesondere die Nutzung kirchlicher Räumlichkeiten war der politischen Führung ein Dorn im Auge. Die Kirchenleitung musste sich mehrfach den Vorwürfen der Nutzung ihrer Einrichtungen zu politischen Zwecken stellen. Vgl. Wiaderny (2004). Dok. Nr. 3.6 (29. April 1978 - Schreiben des Leiters des *Amtes für Konfessionelle Angelegenheiten*, Kazimierz Kąkol, an Primas Wyszyński: Vorwurf der Nutzung der Sakralobjekte für politische Zwecke). S. 167-170.

⁸² Vgl. Luks (1993). S. 107.

⁸³ Vgl. Bingen (1999). S. 154.

⁸⁴ Wiaderny (2004). S. 177.

⁸⁵ Vgl. Wesołowski, Włodzimierz: The Role of Political Elites. in *Transition from Communism to Democracy: The Case of Poland*. In: *Sisyphus 2* (VIII). 1992. S. 77-100. Wesołowski stellt die Entstehung der *Solidarność* als Verbindung von oppositioneller Elite und Arbeiterschaft dar. S. 79.

⁸⁶ Rautenberg, Hans-Werner: Politische Eliten in Polen seit dem Ersten Weltkrieg. Kontinuität und Wandel im Spiegel neuerer polnischer Forschungen. In: *Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR*. Hrsg. von Arnd Bauerkämper. Berlin 1997. S. 193-212. S. 210.

bessere mediale Möglichkeiten zur Verbreitung ihrer Lehre inne hatte. „Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik“ kam es „dank des Verhandlungsgeschicks autonomer gesellschaftlicher Gruppen ohne direkte Mitwirkung der Amtskirche.“⁸⁷ zu einer Stärkung der Position der Kirche .

In dem neuen Kräfteverhältnis zwischen politischer Führung und Opposition mussten sich die Vertreter der Amtskirche zunächst positionieren. Konsequenterweise stellten sie sich zwischen Macht- und Gegenelite, um vermittelnd und deeskalierend zu wirken. Dies entsprach ihren bisherigen Handlungsmaximen⁸⁸ und band sie sowohl an die politische Führung als auch an Teile der demokratischen Opposition, die ebenfalls einen gewaltsamen Ausbruch des Konfliktes vermeiden wollten.⁸⁹ Was die beiden gesellschaftlichen Akteure Kirche und Opposition zusätzlich verband, waren alternative „politische Sprachen und Denkweisen“⁹⁰, die sich vom offiziellen Sprachgebrauch bzw. der vom Staat vertretenen Ideologie deutlich abhoben und auf eine Wahrung der Menschenrechte abzielten. Wenn es in der Folgezeit auch zu Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Methoden und Intensität des gesellschaftlichen Protests kam, so blieb das bindende Element zwischen Kirche und demokratischer Opposition bis 1989 diese Differenz zur offiziellen kommunistischen Linie, ein Bindeglied, das auch die unterschiedlichen Strömungen der demokratischen Opposition bis 1989 unter dem Dach der Solidarność einen konnte.

Diese vermittelnde Handlungsweise, welche die Etablierung der katholischen Kirche als intermediärer Verband in der polnischen Gesellschaft begründet, ist bereits 1980, in der Entstehungsphase der Solidarność, zu beobachten: Hier wurden die Streikenden zwar von Priestern und katholischen sowie linken Intellektuellen intensiv begleitet, einzelne Kirchenvertreter aber darüber hinaus als Teil oder zumindest als Unterstützer der Gegenelite wahrgenommen.⁹¹ Die offizielle Politik der Kirche gab sich jedoch betont

⁸⁷ Bingen (1999). S. 157. Der Autor konstatiert, dass hier erstmals kirchliche Ziele durch das Wirken der Gesellschaft erreicht werden. Vgl. auch Luks (1993). S. 116. Wiaderny (2004). Dok. Nr. 4.3 (31. August 1980 - Protokoll der Vereinbarung zwischen dem Regierungsausschuß und dem *Überbetrieblichen Streikkomitee* in Gdąnsk: Zugang der Glaubensgemeinschaften zu den Massenmedien). S. 180.

⁸⁸ „Die Kirche [...] plädierte aufgrund ihrer Struktur und ihres Auftrages eher für die Harmonie und Aussöhnung von Gegensätzen.“ Luks (1993). S. 106. Vgl. auch Bingen (1999). S. 157.

⁸⁹ „Staat und Kirche befanden sich nun bei ihrem Bemühen, die eigendynamischen Entwicklungen im Lande nicht ausufern zu lassen, quasi in einem Boot.“ Luks (1993). S. 122.

⁹⁰ Fehr, Helmut: Eliten, Gegen-Eliten und Generationskonflikte. Zur historisch-vergleichenden Untersuchung neuer Eliten in Ost-Mitteleuropa. In: Gesellschaft ohne Eliten? (1997). S. 151-192. S. 192.

⁹¹ Vgl. Kopicz S. 122. „[...] die Streikenden selbst empfanden die katholische Symbolik als starke Stütze in ihrer Auseinandersetzung mit der Staatsmacht.“ Bingen (1999). S. 156. Von sowohl linken als auch katholischen Beratern auf Seiten der streikenden Arbeiter berichtet Luks (1993). S. 112.

diplomatisch, reagierte keineswegs übereilt und hielt sich zunächst mit eindeutigen Positionierungen zurück.⁹² Ein Beispiel für die Vorgehensweise der Kirche sei hier angeführt. Am 26. August 1980 nahm die polnische Bischofskonferenz Stellung zu den Streikforderungen und nannte in einem Kommuniqué die Wahrung des Rechtes der Bevölkerung auf Gewerkschaften als Bedingung für den sozialen Frieden im Land.⁹³ Im unmittelbaren zeitlichen Kontext dieser öffentlichen Verlautbarung der Bischöfe stand die Predigt des Primas Wyszyński vom 26. August, in der er die Streikenden aufrief, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.⁹⁴ Die Bischöfe befürworteten demnach einerseits die Forderungen der Arbeiter, forderten sie andererseits aber auch auf, ihren Protest zum Wohle der Volkswirtschaft und des inneren Friedens bald zu beenden. Beide äußeren Stoßrichtungen im Handeln der Kirche erlauben eine Charakterisierung als intermediärer Verband.

Hierbei wird die Bezeichnung der Kirche als Verband auf ihr Handeln im politisch-öffentlichen Raum bezogen und nicht auf ihre interne Organisationsstruktur.⁹⁵ Dazu bemerkt Hierlemann: „Die Kirche ist zwar nicht in erster Linie Verband, aber sobald sich ihr Handeln auf das ‘Nicht-Transzendente‘ bezieht, sobald sie sich im weltlich-politischen Bereich bewegt, kann sie, da sie wie Verbände ihre Interessen im politischen Prozess durchzusetzen versucht, als Verband betrachtet werden.“⁹⁶ Hinzu kommt die Spezifizierung des Verbandes Kirche als intermediär und zwar in dem Sinne, dass die katholische Kirche in Polen aufgrund der in dieser Arbeit vorgestellten historischen Voraussetzungen als Vermittler zwischen Macht- und Gegenelite auftreten konnte und nicht zuletzt in eigenem Interesse agierte. „Denn Verbände fungieren (zumindest im Sinne SCHMITTER/STREECKS und der Verbändeforschung) immer auch als intermediäre Organisationen im politischen System – sie sind Teil des intermediären Systems [...]“⁹⁷

Der offensichtliche, große Rückhalt der Kirche in der Gesellschaft, historisch in der Verbindung von Religion und Nation legitimiert, sowie immer wieder

⁹² Vgl. Bingen (1999). S. 156.

⁹³ Vgl. Wiaderny (2004). Dok. Nr. 4.1 (26. August 1980 - Kommuniqué des Hauptrates des Episkopats Polens: Stellungnahme zur Streikwelle im Land). S. 177-179.

⁹⁴ Vgl. Micewski (1988). S. 17.

⁹⁵ Vgl. Hierlemann (2005). S. 31.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Ebenda. S. 30. Nach Hierlemann agiert die katholische Kirche in Polen auch gegenwärtig als intermediärer Verband, nur das der Rückhalt sowohl auf Seiten der Bevölkerung als auch auf Seiten der jeweiligen politischen Eliten nicht stabil ist. Die Kirche ist nicht länger zentraler Vermittler zwischen gesellschaftlichen Konfliktparteien. Sie ist vielmehr „Lobbyist“ und „Interessenvertreter“. Ebenda. S. 32.

durch den Einsatz der Kirche für die Menschenrechte bestärkt, prädestinierte die Kirche in den 80er Jahren für den Posten des politischen Vermittlers. Die Anerkennung, die beide Seiten – sowohl Macht- als auch Gegenelite – der Kirche entgegenbrachten, gaben ihr die Legitimation zur Einnahme dieser Mittlerposition. Die Ausübung ihrer intermediären Verantwortung trug enorm zum Erhalt des Ansehens der Kirche in der Gesellschaft bei. Insbesondere junge Menschen fühlten sich von ihr angesprochen und schlossen sich den verschiedenen kirchlichen Bewegungen wie „Licht-Leben“ oder „Oase“ an. Auch unter den Intellektuellen, in anderen Ländern besonders stark säkularisiert, stieg ihre Anhängerschar.⁹⁸

Nach Abschluss der Vereinbarungen von Danzig und Stettin, dem Erfolg von *Solidarność*, rief das zurückhaltende Auftreten der Kirche bei manchen Vertretern und Anhängern der demokratischen Opposition, insbesondere den Aktivisten von *Solidarność*, zunehmendes Befremden hervor.⁹⁹ Mit wachsender Zuspitzung der Situation begannen Ansehen und Einflussmöglichkeiten der Kirche zu sinken. Diese Entwicklung wurde durch die Auflösung des KOR im September, die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 und das Verbot der *Solidarność* vorerst gebremst.¹⁰⁰ Die einsetzenden Repressionen, insbesondere eine groß angelegte Verhaftungswelle, waren ein herber Rückschlag für die mit *Solidarność* verbundenen Hoffnungen dennoch aber keine Umkehr der begonnenen Entwicklung. Die katholische Kirche stand den nunmehr erneut illegal agierenden Kräften der Opposition schützend zur Seite.¹⁰¹ Die Enttäuschung innerhalb der Bevölkerung, von der Verhängung des Kriegsrechts ausgelöst, verstärkte sich noch durch das Attentat auf Johannes Paul II. (13. Mai 1981) und den Tod Primas Wyszyńskis (28. Mai 1981).¹⁰² Wie schon 1980 richteten höhere Kirchenvertreter, allen voran Primas Glemp, beschwichtigende Botschaften

⁹⁸ Vgl. Luks (1993). S. 159. Leonid Luks gibt die Zahl der Gläubigen an der Warschauer Universität für 1958 mit 69%, für 1971 mit 52% und für 1983 mit 70% an. Er nimmt dabei Bezug auf Grabowska, Mirosława: *Kościół w Polsce – punkt zwrotny*. In: *Więź* 5-6 (1990). S. 29-47. S. 41 f. Sowohl Zieliński als auch Hierlemann weisen auf die Problematik derartiger Angaben hin, indem sie auf den unterschiedlich hohen Grad der persönlichen Religiosität rekurrieren, was weitaus niedrigere Werte für die Zahl der überzeugten Katholiken zur Folge hätte. Vgl. Zieliński, Zygmunt: *Der Katholizismus in Polen vor und nach 1989*. In: *Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts* (2002). S. 227-235. S. 230. Hierlemann (2005). S. 98.

⁹⁹ Insbesondere Kardinal Wyszyński wurde nicht müde, Zurückhaltung und eine Politik der kleinen Schritte zu empfehlen. Vgl. Micewski (1988). S. 22/23. Vgl. auch Bingen (1999). S. 157. Luks (1993). S. 123-125.

¹⁰⁰ Vgl. Bingen (1999). S. 157.

¹⁰¹ Vgl. Głodek (2002). S. 349. Kopiec (1999). S. 123.

¹⁰² Bingen spricht in diesem Zusammenhang von einer „psychosozial labile[n] Situation im Lande“. Bingen (1999). S. 159.

an die betroffenen Bevölkerungskreise sowie an die politische Führung.¹⁰³ Dadurch konnte aber nicht verhindert werden, dass viele Kirchen und Pfarreien zu „Schutzburgen der Untergrundsolidarność“ wurden und damit das Überleben der Organisationsstrukturen sicherten.¹⁰⁴ Geistliche engagierten sich in der Unterstützung verhafteter Oppositioneller und ihrer Familien. Räumlichkeiten der Kirche wurden weiterhin für kulturelle Veranstaltungen und politische Diskussionsrunden genutzt.¹⁰⁵ Eine ähnlich hohe Bedeutung kam den katholischen Presseorganen zu, die unter dem Kriegsrecht „den unterschiedlichsten weltanschaulichen Lagern“ eine Plattform boten.¹⁰⁶

Dieses Verhalten brachte der Kirche auch in den folgenden Jahren Anerkennung ein, die durch den zweiten und dritten Papstbesuch (Juni 1983 bzw. 1987) noch gesteigert wurde. Die Verhandlungen am Runden Tisch, die vom 6. Februar bis zum 5. April 1989 den friedlichen politischen Wechsel in Polen einleiteten, wurden von Vertretern der Kirche mit vorbereitet und auch begleitet.¹⁰⁷ So holte ein von hochrangigen Kirchenvertretern organisiertes Treffen zwischen dem Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa und dem Innenminister Kiszczak die Vorbereitungen zum Runden Tisch aus einer Sackgasse. Im Rahmen dieses Treffens hatte insbesondere Bischof Dąbrowski ausdrücklich die Figur des Vermittlers übernommen, so fand die Begegnung auch auf kirchlichem Terrain statt.¹⁰⁸

Folglich agierte zumindest die polnische katholische Amtskirche in den Jahren von 1980 bis 1989 kontinuierlich als intermediärer Verband in Vermittlung zwischen staatlicher Führung und demokratischer Opposition. Auch wenn sie am Verlauf der Unterredungen am Runden Tisch weder gestalterisch noch konzeptionell mitwirkte, steht fest, dass sie durch ihre bloße Anwesenheit, dem Runden Tisch zusätzliche Legitimität verleihen konnte.¹⁰⁹ Es ist also der eingangs zitierten Position Rakowskis insofern

¹⁰³ Vgl. Wiaderny (2004). Dok. Nr. 5.1 (13. Dezember 1981 - Predigt des Primas Glemp vor den Studenten auf Jasna Góra in Częstochowa: Aufruf zur Vermeidung von Blutvergießen). S. 189/190. Dok. Nr. 5.2 (15. Dezember 1981 - Kommuniké des Hauptrates des Episkopats Polens: Protest gegen die Verhängung des Kriegsrechts). S. 190-192.

¹⁰⁴ Vgl. Luks (1993). S. 146/147. Zitat S. 146.

¹⁰⁵ An exponierter Stelle stand dabei der Pfarrer Popiełuszko, der wegen seiner offenen politischen Äußerungen vom Primas kritisiert worden war. Seine Entführung und Ermordung durch Mitglieder des Sicherheitsdienstes ließen ihn zu einer Märtyrergestalt unter den katholischen Oppositionellen werden. Vgl. Luks (1993). S. 147.

¹⁰⁶ Ebenda. S. 151.

¹⁰⁷ Vgl. Bingen (1999). S. 168.

¹⁰⁸ Vgl. Wiaderny (2004). Dok. Nr. 5.22 (18. und 19. November 1988 - Bericht über das Treffen Wałęsas mit Innenminister Kiszczak: Vermittlung durch die Kirche bei den Vorbereitungen zum *Runden Tisch*). S. 263-268.

¹⁰⁹ Die Anwesenheit kirchlicher Vertreter bei den Verhandlungen des Runden Tisches erhöhte die Akzeptanz seiner Entscheidungen innerhalb der Bevölkerung. Damit spielte die Kirche eine wichtige Rolle beim friedlichen

Recht zu geben, als dass die Kirche in der Spätphase der Volksrepublik Polen als Wertelite tatsächlich intermediäre Funktionen übernahm. Diese Handlungsweise im Sinne Rakowskis als opportunistisch zu verurteilen, halte ich für nicht legitim, denn unbestritten trug sie wesentlich zu einem friedlichen Übergang zu einer pluralistischen Gesellschaftsform bei. Hätte die offizielle Seite der katholischen Kirche nicht als Vermittler agiert, sondern sich für eine der beiden Seiten entschieden, wäre der Wechsel 1989 in dieser Form wohl nicht zustande gekommen. Neben der relativen Stabilität des Staates und der Handlungsfähigkeit der politischen Führung hing auch das Überleben der demokratischen Opposition eng mit der Haltung der katholischen Kirche zusammen.

4. Schlussbetrachtung

Die katholische Kirche entwickelte sich von einer geschwächten Gegenelite in der Frühphase der polnischen Volksrepublik nach der sog. Entstalinisierung ab 1956 zu einer Wert- bzw. Gegenelite mit wachsendem Einfluss und ab 1976 intermediären Funktionen. Zumindest vermittelte sie zwischen Machtelite und neu entstandener Gegenelite. Spätestens in den Jahren 1980 bis 1989 traten die Vertreter der polnischen katholischen Kirche dann als Repräsentanten eines intermediären Verbandes in Erscheinung, indem sie eine anerkannte Mittlerposition zwischen demokratischer Opposition und staatlicher Führung einnahmen. Parallel dazu konnten in dieser letzten Phase zu jedem Zeitpunkt einzelne kirchliche Würdenträger auf der Ebene des Priesterstandes zur Gegenelite gerechnet werden ebenso wie auch katholische Laien, die sich in Klubs der katholischen Intelligenz, katholischen Presseorganen und politischen Gruppierungen, aber auch in weltanschaulich pluralistischen Gruppen wie KOR und Solidarność organisierten.

Eine sich an die vorliegende Analyse anschließende Frage zielt auf den Statuswandel der katholischen Kirche in Polen nach 1989 ab. Nach dem Ende des kommunistischen Polen ließ die Anziehungskraft der Kirche langsam nach.¹¹⁰ Überkommene Denk- und Verhaltensmuster, die sich bis zu

Übergang. Im Widerspruch dazu steht die Analyse Zielińskis, der die Rolle der Kirche im Zusammenhang mit dem Runden Tisch herabspielt und als wahren Beweggrund für ihre Einbeziehung den Missbrauch der Kirche als Sündenbock für den Zerfall des Kommunismus nennt. Vgl. Zieliński (2002). S. 228.

¹¹⁰ Eine sinkende Religiosität der Bevölkerung stellen sowohl Leonid Luks als auch Jarosław Głodek fest, wobei sie dies auf unterschiedliche Ursachen zurückführen. Während Luks davon ausgeht, dass die besondere historische Situation Polens, den ‚natürlichen‘ Säkularisierungsprozess bloß zeitlich verzögerte bzw. umkehrte, hofft Głodek,

diesem Zeitpunkt halten können, weil die kommunistische Führung als die größere Bedrückung und die Kirche gleichzeitig lange als einzige Alternative wahrgenommen worden waren, konnten nun nicht mehr toleriert werden.¹¹¹ Außerdem stellten sich „Schwierigkeiten der Kirche im Umgang mit den neuen demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen“ ein, die in „ihrem Demokratieverständnis, ihrem Selbstverständnis vom Platz der Kirche in der Demokratie und in trivialen Folgen des Systemwechsels“ bestanden.¹¹² Noch ist nicht genau zu sagen, wie die Entwicklung weiter voranschreiten wird. In jedem Falle haben sich die Wirk- und Einflussmöglichkeiten der Kirche auf Staat und Gesellschaft und somit ihr Status gewandelt. Zieliński konstatiert bedauernd, dass die Handlungsmöglichkeiten der Kirche zur Zeit des Kalten Krieges aufgrund ihres Sonderstatus im Staate größer waren als nach 1989 im neu entstandenen demokratischen Polen, dessen Bevölkerung nicht immer mit den kirchlichen Einmischungsversuchen in gesellschaftliche und politische Fragen einverstanden ist.¹¹³ Głodek akzentuiert diese Beziehung zur Demokratie noch schärfer: „Die Kirche kann ohne Demokratie auskommen, jedoch die Demokratie nicht ohne Kirche, denn gerade die Kirche gewährt der Demokratie die moralischen und geistlichen Grundlagen, ohne die keine Gemeinschaft auskommt.“¹¹⁴

Nachdem 1989 die neue demokratische Ordnung eine übergeordnete moralische Institution zur Wahrung der Menschenrechte entbehrlich gemacht hatte, verlor die katholische Kirche ihre entscheidende Mittlerfunktion und wählte einen Weg zurück: Statt sich wie die meisten westlichen Kirchen mit dem Status einer Religionsgemeinschaft in einem säkularen Staat abzufinden, bevorzugte sie die Rolle eines politischen Akteurs¹¹⁵ mit selbst beschränkten Interessenorientierungen. Erfolgreich betrieb sie zum einen die Wahrung bereits erlangter Privilegien und Besitztümer, zum anderen baute sie diese aber auch aus, indem sie z. B. Restitutionsansprüche gegenüber

dass eine verstärkte „Dynamik in den apostolischen Handlungen und der Evangelisierung derer, die der Kirche abgeneigt oder ungläubig sind“, den Prozess noch aufhalten könnte. Luks (1993). S. 163. Głodek (2002). S. 352. Mazurkiewicz hingegen konstatiert, dass nach 1989 eine „Explosion des Katholizismus“ stattgefunden habe und bis heute „kein Verfall der religiösen Weltanschauung und kein Schwund des Glaubens zu beobachten“ sei. Mazurkiewicz, Piotr: Religion auf der Schaukel – Rückkehr und am Rande stehen. Die Religion im postkommunistischen Polen zwischen Säkularisierung und Rekonfessionalisierung. In: Religion im öffentlichen Raum: Perspektiven für Europa. Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 44 (2003). S. 173-183. S. 177/179.

¹¹¹ Vgl. Bingen (1999). S. 169/170.

¹¹² Hierlemann (2005). S. 83. Vgl. auch Luks (2002). S. 267.

¹¹³ Vgl. Zieliński (2002). S. 233/234.

¹¹⁴ Głodek (2002). S. 358.

¹¹⁵ Vgl. Hierlemann (2005). S. 257.

dem Staat erhob.¹¹⁶ Die politischen Einflussmöglichkeiten der Kirche als Organisation im neuen politischen Kräftefeld sind begrenzt: Diese Tatsache musste die Kirchenleitung nach wiederholten Versuchen, in öffentlichen und politischen Fragen Einfluss anzumelden, erkennen.¹¹⁷ Nichtsdestotrotz bleibt sie in gewisser Weise ein nicht zu unterschätzender Faktor innerhalb der politischen Meinungsbildung im Land (z. B. bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen 2005). Im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart operierte die katholische Kirche wie ein politischer Akteur, der nach dem Vorbild von Machteliten Einflusszonen, Einflussmöglichkeiten, Machtpositionen und Privilegien gegenüber den politischen Parteien, den Verfassungsorganen und neuen Gegeneliten (Nichtregierungsorganisationen, neue Bürgerinitiativen, wie die Gruppe „Neutrum“ 1991-1993) oder den „Komitees für ein Referendum“ (in Sachen Abtreibungsgesetzgebung 1992/1993) zu bewahren und zu erweitern strebt.

Es zeigt sich, dass die katholische Kirche in Polen einerseits zwar maßgeblich zur Entstehung der Demokratie beitrug, andererseits aufgrund der speziellen historischen Situation aber nicht zu tief greifenden innerkirchlichen Reformen gezwungen worden war, wie etwa die Kirchen in den westlichen Staaten.¹¹⁸ Dies führte paradoxerweise dazu, dass Teile der Kirche in der von ihr mit auf den Weg gebrachten Demokratie bisher noch keinen festen Platz gefunden haben.

¹¹⁶ Vgl. Luks (1993). S. 163. So gibt es weiterhin Religionsunterricht in staatlichen Schulen, der Zugang zu den Massenmedien wurde verstärkt usw.

¹¹⁷ Diese Erfahrung machte die Kirche bei Einmischungsversuchen in den Präsidentschaftswahlkämpfe 1990, 1995, die Sejm-Wahlen 1991, 1993, 1997 u. a. m., im Kampf gegen die neue polnische Verfassung von 1996 sowie mit Forderungen nach einem Vorrang des „Naturrechts“ gegenüber dem Verfassungsrecht und vom Parlament verabschiedeten Gesetzen.

¹¹⁸ Vgl. Bingen (1999). S. 169. Der Autor spricht von „einem gewissen intoleranten Triumphalismus“.

Literatur:

- BAUERKÄMPER, Arnd (Hrsg.): Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR. Berlin 1997. Darin: FEHR, Helmut: Eliten, Gegen-Eliten und Generationskonflikte. Zur historisch-vergleichenden Untersuchung neuer Eliten in Ost-Mitteleuropa. S. 151-192. RAUTENBERG, Hans-Werner: Politische Eliten in Polen seit dem Ersten Weltkrieg. Kontinuität und Wandel im Spiegel neuerer polnischer Forschungen. S. 193-212.
- BINGEN, Dieter: Die katholische Kirche in Polen unter den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, 1939-1989. In: Greschat, Martin (Hrsg.): Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen. (Konfession und Gesellschaft. Beiträge zur Zeitgeschichte 19.) Stuttgart, Berlin, Köln 1999. S. 139-170.
- ENDRUWEIT, Günter: Beiträge zur Soziologie. Bd. II. Allgemeine Soziologie. Kiel 1998.
- GATZ, Erwin (Hrsg.): Kirche und Katholizismus seit 1945. Bd. II Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Paderborn/ München/ Wien/ Zürich 1999. Darin: KOPIEC, Jan: Polen. S. 95-131.
- GŁODEK, Jarosław: Die katholische Kirche und die Wandlungen in Polen in den 80er und 90er Jahren. In: Kirchliche Zeitgeschichte. Internationale Halbjahreszeitschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft 15 (2002) 1. S. 348-359.
- HELLER, Edith: Macht Kirche Politik. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen im Jahre 1965. Hrsg. von Gabriele Lesser. Köln 1992.
- HIERLEMANN, Dominik: Lobbying der katholischen Kirche in Polen. Wiesbaden 2005.
- HOENSCH, Jörg K.: Geschichte Polens. Stuttgart 1983.
- KARP, Hans-Jürgen: Neues kirchliches Leben in Polen seit 1956. In: Zwischen „Tauwetter“ und Neuem Frost. Marburg 1993. S. 103-115.
- KAUFMANN, Franz-Xaver: Kirche. In: Grundbegriffe der Soziologie. Hrsg. von Bernhard Schäfers. Leverkusen 1986. S. 151/152.
- LUKS, Leonid: Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen. 1945-1989. Die Anatomie einer Befreiung. Köln, Weimar, Wien 1993.
- LUKS, Leonid (Hrsg.): Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Rußland, Deutschland,

- Italien und Polen im Vergleich (Schriften des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien 5). Köln, Weimar, Wien 2002. Darin: LUKS, Leonid: Der Kirchenkampf in der UdSSR und im kommunistischen Polen – ein Vergleich. S. 251-267. ZIELIŃSKI, Zygmunt: Der Katholizismus in Polen vor und nach 1989. S. 227-235.
- MAZURKIEWICZ, Piotr: Religion auf der Schaukel – Rückkehr und am Rande stehen. Die Religion im postkommunistischen Polen zwischen Säkularisierung und Rekonfessionalisierung. In: Religion im öffentlichen Raum: Perspektiven für Europa. Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften 44 (2003). S. 173-183.
- MICEWSKI, Andrzej: Katholische Gruppierungen in Polen. PAX und ZNAK 1945-1976. München 1978.
- MICEWSKI, Andrzej: Kirche, „Solidarność“ und Kriegszustand in Polen. München 1988.
- MICHNIK, Adam: Die Kirche und die polnische Linke. Von der Konfrontation zum Dialog. Mit einem Nachwort von Hans-Hermann Hücking und Tadeusz Marek Swiecicki. München 1980.
- RAKOWSKI, Mieczyslaw F.: Es begann in Polen. Der Anfang vom Ende des Ostblocks. Hamburg 1995.
- STEHLE, Hansjakob: Nachbar Polen. Frankfurt am Main 1963.
- WESOŁOWSKI, Włodzimierz: The Role of Political Elites. in Transition from Communism to Democracy: The Case of Poland. In: Sisyphus 2 (VIII). 1992. S. 77-100.
- WIADERNY, Bernard (Hrsg./ Übers.): Die Katholische Kirche in Polen (1945-1989). Eine Quellenedition. Berlin 2004.

III.

Auswirkungen der Transformation

Katastrophe auf dem Arbeitsmarkt

Die Massenarbeitslosigkeit stellt eines der größten Dramen in der polnischen Wirklichkeit dar. Seit Beginn der Transformation bis zum Jahre 2003 verringerte sich die Zahl der in der Wirtschaft Arbeitenden um fast 5 Millionen Menschen, das heißt, dass pro Arbeitstag 1.400 Arbeitsplätze verloren gingen.¹ Betrag der Beschäftigungsgrad von Personen im arbeitsfähigen Alter im Jahre 1989 noch 80 Prozent, so waren es 14 Jahre später weniger als 55 Prozent. Bezüglich der Situation auf dem Arbeitsmarkt erweist sich die polnische Transformation als vollständig misslungenes Experiment, das, was noch schlimmer ist, weiter betrieben wird.

Eine undurchdachte Zollpolitik zu Beginn der Transformation (die praktische Aufhebung der Importzölle) und eine sinnlose, von oben durchgeführte Vernichtung der staatlichen Unternehmen hatte ein schnelles Wachstum der Arbeitslosigkeit zur Folge. So sank die Beschäftigung in der Mehrheit der Industriezweige radikal und die Landesproduktion wurde durch Importprodukte ersetzt. Es wurden hundert Tausende Arbeitsplätze auf dem Bausektor vernichtet, obwohl Wohnungsmangel herrschte. Einen sehr großen Verlust an Arbeitsplätzen hatte auch die Industrie für Hochtechnologie, wo sich die Zahl der Arbeitsplätze nahezu halbierte. Das kann einen natürlich nicht wundern, wenn man die Tatsache berücksichtigt, dass Polen neben der Slowakei das einzige Land innerhalb der EU ist, in dem in den letzten Jahren die Ausgaben für Forschung und Entwicklung verringert wurden. Diese negativen Trends veränderten sich leider auch 10 Jahre nach der Transformation nicht. Aber es kam noch schlimmer, denn seit 1998 begann eine zweite Phase, in der die Arbeitslosigkeit rasant stieg und die Lebensbedingungen sich ebenfalls weiter rasant verschlechterten. Polen nimmt bezüglich der grundlegenden Beschäftigungskennziffern bis heute den letzten Platz in der Europäischen Union bezüglich ein.

Unter allen EU-Ländern hat Polen die höchste Arbeitslosenquote, die aktuell fast 17 Prozent beträgt (außer Polen hat nur die Slowakei in der EU eine

¹ Daten aus den Berichten von GUS, zugänglich unter www.stat.gov.pl sowie aus Berichten von EUROSTAT, die auf den Seiten www.europa.eu.int/comm/eurostat zugänglich sind. Ich habe darüber hinaus das Buch von Mieczysław Kabaja, *Ekonomia tworzenia i likwidacji miejsc pracy. Dezaktywizacja Polski?*, IPSS, Warszawa 2005 verwendet.

Arbeitslosenquote von über 10 Prozent). Bereits in der ersten Phase der Transformation in Polen wuchs die Arbeitslosigkeit extrem (auf über 2 Millionen in 2 Jahren!). Noch mehr aber muss in diesem Zusammenhang beunruhigen, dass sie, abgesehen von einer kurzfristigen Verringerung in den Jahren 1994-1997, auch in den folgenden 10 Jahren wuchs. In dieser Zeit fiel die Arbeitslosenquote in nahezu der gesamten EU und das einzige Land außer Polen, in dem selbige anstieg, war die Slowakei.

Ein weiteres Merkmal für die katastrophale Situation des Arbeitsmarktes in Polen ist die ungewöhnliche Höhe der Langzeitarbeitslosigkeit. Auch in diesem Punkt unterscheidet sich Polen deutlich von allen anderen EU-Ländern in negativem Sinne. So war im Jahre 2003 die Hälfte aller Arbeitslosen über ein Jahr ohne Arbeit, und 1/3 gar über 2 Jahre. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist eine besonders grausame Erscheinung, denn sie bedeutet, dass Hunderttausende auf Dauer vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleiben, was erkennbar äußerst negative Auswirkungen sowohl in psychologischer wie auch in gesellschaftlicher Hinsicht zur Folge hat.

Ein großes Drama für Polen bedeutet auch die innerhalb der EU vergleichsweise gigantische und mit Abstand höchste Jugendarbeitslosigkeit, die fast 35 Prozent beträgt, wobei diese in der EU durchschnittlich um fast die Hälfte niedriger ist. Obendrein bleibt festzuhalten, dass sich diese Situation noch verschlechtern kann, weil die polnische Regierungen einerseits fordert, den Anteil der Personen mit Hochschulbildung deutlich zu steigern, gleichzeitig aber die Zahl der Berufsschulabgänger radikal zu verringern. Zugleich zeigt die Analyse des polnischen Arbeitsmarktes eindeutig, dass ein bedeutender Überhang an Hochschulabsolventen neben einem riesigen Mangel an Personen, die die Berufsschulen beenden, besteht. So führt - mit anderen Worten gesagt - die Änderung der Ausbildungsstrukturen vielleicht zu gut ausgebildeten, aber letztendlich arbeitslosen jungen Menschen.

Ein weiterer unrühmlicher Rekord äußert sich darin, dass Polen innerhalb der EU den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen, die kein Recht auf Unterstützung haben, aufweist. Zurzeit liegt dieser Anteil bei 90 Prozent, während in der Mehrheit der EU-Länder weniger als die Hälfte der Arbeitslosen ohne Unterstützung bleiben. Die Idee, die Unterstützung durch eine „Ermunterung zur Arbeitsaufnahme“ zu ersetzen, wie es die polnischen Regierungen der Reihe nach propagierten und durchsetzten, ist geradezu absurd, weil diese Unterstützungen praktisch niemand erhält. Darüber hinaus zählt selbige zu den niedrigsten in der EU gehören (sowohl absolut als auch im Vergleich zum Durchschnittsverdienst).

Es existiert in Polen nahezu keine Politik, die der Aktivierung der Arbeitslosen gilt. Unser Land hebt sich auch in dieser Hinsicht negativ von anderen Ländern der EU ab, denn die Ausgaben für eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Polen betragen nur 41 Dollar jährlich pro Arbeitslosem, während selbige in der Union durchschnittlich mehr als 6.000 Dollar betragen.

Ebenso kommt es einer falschen Vorstellung gleich, von einem angeblichen Mangel an Flexibilität des polnischen Arbeitsmarktes zu sprechen, denn in der polnischen Wirtschaft sind die Beschäftigten sehr flexibel. Während die Flexibilität des Arbeitsmarktes gesteigert wurde, stieg entgegen der Behauptung der liberalen Wirtschaftswissenschaftler die Arbeitslosigkeit weiter an. Obwohl der Anteil der in Polen mit Zeitverträgen Beschäftigten in der EU mit am größten ist, ist die Arbeitslosigkeit mit Abstand am höchsten. Falsch ist ebenfalls die in Polen vorherrschende Meinung bezüglich der Schwarzarbeit. Die durch die Medien lancierten Wirtschaftswissenschaftler suggerieren, dass viele Menschen durch illegale Arbeit Geld verdienen und ihre Situation deshalb nicht so schwierig sei, wie man das aus den offiziellen Statistiken folgern könnte. Im Jahre 1998 durchgeführte Untersuchungen belegen jedoch, dass durch die Schwarzarbeit praktisch ausschließlich billige und provisorische Arbeitsplätze für Personen mit geringer Qualifikation geschaffen werden. Ihr Durchschnittsverdienst beträgt weniger als 20 Prozent des Verdienstes in der Volkswirtschaft! Von den in der Schwarzarbeit Beschäftigten arbeiten schätzungsweise nur etwa 5 Prozent über 91 Tage im Jahr, aber über 65 Prozent weniger als 20. Die in der Schwarzarbeit Beschäftigten besitzen obendrein oftmals gar nicht den Status eines Arbeitslosen, den Untersuchungen nach zu urteilen ist weniger als die Hälfte als arbeitslos registriert. Es gibt keinerlei Anzeichen, dass sich seit dieser Zeit die Situation geändert hätte.

Ein weiterer, unter den polnischen Eliten verbreiteter Mythos betrifft die angeblich hohen Arbeitskosten und Steuern in unserem Land. Während die Produktivität im Jahre 2003 um 60 Prozent höher als 1989 war, blieb der reale Durchschnittsverdienst praktisch auf demselben Niveau. Ähnlich falsch sind die Meinungen über die angeblich hohen fiskalischen Belastungen. Nach den fortlaufenden Berichten von Eurostat sind die Steuern in unserem Land niedrig und sinken ständig. Entsprechend den jüngsten Daten machen die Steuern etwas mehr als 33 Prozent des polnischen BSP aus, d.h. sie liegen etwa 7 Prozent unter dem EU - Durchschnitt. Die Einkommenssteuern sind in Polen neben denen in der Slowakei die niedrigsten von allen EU-Ländern. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass der einzige Zeitraum unter der Transformationszeit, in der die Arbeitslosigkeit fiel, die Zeit war, in der

die Einkommenssteuer das höchste Niveau erreichte, nämlich in den Jahren von 1994 bis 1996. Die Steuer von juristischen Personen betrug damals 40 Prozent (heute 19 Prozent), und die höchste Steuerstufe für natürliche Personen 45 Prozent (heute 40 Prozent). Entgegen den Dogmen der neoliberalen Experten schaden hohe Steuern der Schaffung von Arbeitsplätzen nicht. Demgegenüber begann die Arbeitslosigkeit zu wachsen, als die Steuern für die Reichsten gesenkt wurden.

Hinzu kommt weiter, dass die Polen neben den Litauern und Briten in der EU am längsten arbeiten. Aus den Daten von EIRO ergibt sich, dass die Vollbeschäftigten in Litauen (43,3 Stunden), in Großbritannien (43,1) und in Polen (41,5) innerhalb der EU die längste Wochenarbeitszeit haben. In Italien, den Niederlanden und Frankreich beträgt sie zum Vergleich 38,7, 38,8 und 38,8 Stunden. Noch kürzer arbeitet man mit 38,6 Stunden in Norwegen. Verglichen mit der Mehrheit der europäischen Nationen, haben die polnischen Werktätigen auch noch einen deutlich kürzeren Urlaub. Auch verdienen die polnischen Arbeiter sehr schlecht. Bereits in den ersten zwei Jahren der Transformation fiel das mittlere Realeinkommen um 25 Prozent, noch heute verdient die Mehrheit der Arbeiter real immer noch weniger als 1980. Wen wundert es, dass Polen zu den Ländern mit dem geringsten Mindestlohn in der EU gehört. Zu Beginn dieses Jahres betrug er lediglich 235 Euro. Einen geringeren Mindestlohn gibt es nur in den baltischen Republiken und der Slowakei. Der Mindestlohn Großbritanniens beträgt vergleichsweise 1269 Euro, in den Niederlanden 1273 Euro und in Irland 1293 Euro.

Auf der anderen Seite ist erwähnenswert, dass die Produktivität der polnischen Arbeiter in den letzten Jahren sehr stark wuchs. Im letzten Jahr stieg die Produktivität in Polen innerhalb der EU am stärksten – bis zu 8 Prozent. Desgleichen ist das polnische BSP in den letzten Jahren sehr schnell gewachsen (2004 – 5,4 Prozent, und im vergangenen Jahr etwa 3,3 Prozent), was sich jedoch nicht auf das Wachstum der Löhne übertragen hat. 2004 betrug das mittlere Wachstum der Reallöhne in den Unternehmen etwa 0,8 Prozent, im vergangenen Jahr überstieg es die 1 Prozent Marke ebenfalls nicht. Unter Berücksichtigung des schnellen Wachstums der Löhne der Firmenleitungen, muss man feststellen, dass für die Mehrheit der Arbeiter der Reallohn in den letzten Jahren sogar sank. Das Wachstum des BSP hat sich demnach nicht auf die Verbesserung der Lebensbedingungen ausgewirkt. Man muss dabei beachten, dass trotz des für dieses Jahr prognostizierten beschleunigten Wachstums der polnischen Wirtschaft, die Schätzungen bezüglich der Lohnsteigerungen vergleichsweise pessimistisch

ausfallen. Nach dem Bericht der Firma Mercer Human wird die Reallohnsteigerung in Polen in diesem Jahr kaum 1 Prozent erreichen und damit erneut zu den niedrigsten in Europa gehören.

Es ist aber nicht nur so, dass die Polen wenig verdienen, ihre zum Teil armseligen Löhne werden oft noch nicht einmal ausgezahlt. Die regelmäßigen Berichte der Staatlichen Arbeitsinspektion (PIP) zeigen, dass die Arbeitgeber zu den unredlichsten gesellschaftlichen Gruppen gehören. Nach einem PIP-Bericht, der die Beachtung der Arbeiterrechte im Jahre 2004 zu Inhalt hatte, haben fast 57,8 Prozent der kontrollierten Arbeitgeber Löhne oder andere Leistungen nicht gezahlt, und das obwohl die Unternehmer große Gewinne erzielten und die Zahl der in Konkurs gegangenen Firmen um nahezu 43 Prozent gefallen war. Mit anderen Worten betrogen fast zwei Drittel der Arbeitgeber die bei ihnen beschäftigten Arbeiter. Bis zu 47,6 Prozent der Arbeitgeber bezahlten keine Löhne für die Urlaubszeit, ja nicht einmal Geld für nicht genommenen Urlaub. 17 Prozent bezahlten den aus betrieblichen Gründen Entlassenen keine Lohnrückstände, 20,4 Prozent erhielten kein Äquivalent für die Arbeitskleidung und deren Reinigung und 50,1 Prozent der Arbeitgeber bezahlten keine Stundenzuschläge, auch nicht für geleistete Überstunden.

Wie die Autoren des Berichtes darüber hinaus unterstreichen, besteht ein wichtiges Problem darin, dass die Arbeitszeit nicht aufrichtig erfasst wird. Damit korreliert auch die Tatsache, dass die Arbeiter oftmals zu Überstunden gezwungen sind, d. h. zu unbezahlter Arbeit.

Zu guter Letzt zeigt sich, was aus dem Kontext auch zu erwarten war, nämlich dass die Arbeiter oftmals aus Furcht vor Arbeitsplatzverlust nicht mit den Inspektoren von PIP zusammenarbeiten. Aus Angst vor Entlassungen finden sie sich mit den teilweise miserablen Arbeitsbedingungen ab, fernab jeglicher Standards.

Die so weit verbreitete Verletzung der Arbeiterrechte ruft bei den wechselnden Regierungseliten jedoch keinen Widerspruch hervor. Das Strafmaß für die Vorenthaltung von Arbeitslöhnen fällt in Polen deutlich geringer aus als in allen anderen EU-Staaten und das, obwohl sie sehr verbreitet ist. Ein polnischer Arbeitsinspektor kann einen Arbeitgeber mit einer Geldstrafe von höchstens 250 Euro belegen wobei seine Kontrollmöglichkeiten sehr beschränkt sind. Im Vergleich dazu beträgt die Höchststrafe in Belgien über 12 Tausend Euro, in Portugal sogar 53 Tausend Euro. Auch in den neuen EU-Ländern kostet die Verletzung der Arbeiterrechte den Arbeitgeber deutlich mehr als in Polen. Die dargelegten Zahlen zeigen ebenfalls eindringlich, wie falsch die ausführlichen Darstellungen der

Medien über die angebliche Macht der Gewerkschaften sind. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist in Polen nunmehr sehr niedrig wobei seit vielen Jahren eine ständige Verringerung zu verzeichnen ist. Aktuell liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bereits unter 15 Prozent, im Privatsektor beträgt er praktisch Null. Trotz der sehr schwachen Position der polnischen Gewerkschaften wird die schmutzige Kampagne gegen sie weiter forciert. Immer häufiger kommt es vor, dass Personen trotz ihres besonderen Schutzes, den sie als Akteure gewerkschaftlicher Aufgaben besitzen, entlassen werden.

Ohne eine radikale Änderung der Politik auf makroökonomischer wie auf sozial-gesellschaftlicher Ebene wird sich die Situation der polnischen Arbeiter nicht ändern. Leider weist nichts darauf hin, dass die beschriebenen negativen Trends umgekehrt werden, da bisher alle sich ablösenden Regierungen dieselbe orthodox-liberale Politik fortsetzten.

(Übersetzung: Wulf Schade, Bochum)

Die Situation der Frauen in Polen seit 1989

1. Einleitung

Die Auseinandersetzung mit der Situation der Frauen ist in Polen kein populäres Thema. In den Medien konzentriert sich die Diskussion auf das Abtreibungsrecht, das für Frauen natürlich ein wichtiges, aber längst nicht das einzige Problem darstellt. Nur von Zeit zu Zeit werden andere Themen wie die sog. „gläserne Decke“ oder „Mobbing“ erwähnt. Nur selten erscheinen Artikel von polnischen Feministinnen, nach denen die Situation der Frauen fatal aussieht. Doch wo liegt die Wahrheit? Dieser Frage wollte ich nachgehen und dafür habe ich die hier dargestellte Recherche unternommen.

Um es kurz zu machen: die Statistiken zeigen, dass die Feministinnen recht haben. Diese Ergebnisse sind in ihrer Aussage so eindeutig, dass ich mich Wertungen zumeist enthalten habe.

Aber es geht nicht nur um Statistik. Um die Situation von Frauen differenziert darzustellen, müssen auch Politik und Medien berücksichtigt werden.

2. Demographie

Zum besseren Verständnis möchte ich an dieser Stelle zunächst einen Überblick über demographische Kennziffern geben.

In Polen lebten im Jahr 2003 19,704 Mio. Frauen. Bei einer Einwohnerzahl von 38,191 Mio. kommen auf 100 Männer 107 Frauen. Davon sind 1,798 Mio. alleinerziehende Mütter, das entspricht einem Anteil von 9,1% aller Frauen.

Von den 12,641 Mio. polnischen Erwerbstätigen sind 5,815 Mio. Frauen (= 46%). Bei den Arbeitslosen (insges. 3,176 Mio.) beträgt der Frauenanteil 51,5%.¹

¹ GUS (Hauptstatistikamt) http://www.stat.gov.pl/opracowania_zbiorcze/kobiety/2.pdf

Die durchschnittliche Lebenserwartung lag 2004 für Frauen bei 79 Jahren, bei Männern bei 71 Jahren, wobei dieser Abstand seit den 70er Jahren gleich geblieben ist. Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau sank von 1989 (>2) auf 1,24 (2006). Zugleich stieg die Zahl außerehelicher Geburten in Städten von 23.000 (1990) auf 37.000 (2003), was einer Steigerung um mehr als 60% entspricht. In den Dörfern war in diesen Jahren lediglich eine Steigerung von 13.000 auf 18.000 (also knapp 30%) außerehelicher Geburten zu verzeichnen.²

3. Ökonomie³

Frauen sind beruflich passiver als Männer. Im Jahr 2003 waren von den über 15jährigen Frauen 38,2% berufstätig, 9,7% waren arbeitslos und 52,1% waren nicht Erwerb suchend. Im Unterschied dazu waren bei den Männern 50,9% erwerbstätig, 11,5% arbeitslos und 37,6% nicht Erwerb suchend.

Offensichtlich bedeutet Arbeitslosigkeit für Männer etwas anderes als für Frauen, sie werden häufiger eingestellt, aber auch häufiger entlassen. 1997, im Jahr der geringsten Arbeitslosigkeit, gab es 800.000 arbeitslose Männer und 950.000 arbeitslose Frauen. Im Jahr 2002, dem Jahr mit der höchsten Arbeitslosigkeit, war es umgekehrt: hier waren 1,8 Mio. Männer und 1,6 Mio. Frauen arbeitslos.

Besonders der Gruppe der 25-45jährigen Männer fällt es leichter, wieder eine Arbeit zu finden; in dieser Altersgruppe betrug die Arbeitslosigkeit der Männer nur 15% (2003). Die der Frauen in derselben Altersgruppe betrug jedoch 21%, wobei sich die Unterschiede im Wesentlichen auf die Angst der Arbeitgeber vor Schwangeren und Müttern zurückführen lässt. Bei älteren Beschäftigten kehrt sich das Verhältnis um: bei den über 50jährigen sind Frauen etwas häufiger beschäftigt als Männer.

Neben Geschlecht und Alter spielt die Qualifikation eine wichtige Rolle für die Beschäftigungschancen; je höher die Qualifikation, desto geringer ist die Arbeitslosenrate. Allerdings ist die Arbeitslosenquote bei Frauen selbst bei gleichen Qualifikationen höher als die der Männer. Während von den Frauen mit Hochschulabschluss (Magister) im Jahr 2003 8% arbeitslos waren, waren es bei den Männern 7,5%. Deutlich größer ist der Unterschied bei

² http://www.stat.gov.pl/dane_spol-gosp/ludnosc/demografia/2004/demografia_04.doc

³ Der ganzen Paragraph basiert auf: http://www.stat.gov.pl/dane_spol-gosp/praca_ludnosc/kob_mez_praca/index.htm

Beschäftigten mit Berufsabschlüssen: hier waren 2003 28% der Frauen, aber nur 21% der Männer arbeitslos.

Dies Unterschiede resultieren aber auch aus den geschlechtsspezifischen Tätigkeitsbereichen von Männern und Frauen: in der Bildung und sozialen Fürsorge liegt der Frauenanteil bei den Beschäftigten bei 75-80%, in der Finanzvermittlung, in Hotels, Restaurants und bei Bürotätigkeiten liegt er bei 70%. Gering ist der Frauenanteil dagegen bei Parlamentariern und hohen Beamten (35%), bei Industriearbeitern (15%) und Maschineneinrichtern (12%).

Wie zu sehen ist, stehen Frauen nicht die gleichen beruflichen Möglichkeiten offen wie Männern, was sich auch in ihrer höheren Arbeitslosigkeit widerspiegelt.

Die unterschiedlichen Erwerbsfelder von Frauen und Männern haben auch Konsequenzen für deren Einkommen, doch auch im selben Bereich liegen die Einkommen der Frauen deutlich unter denen der Männer: während Männer in der Gruppe „Parlamentarier/hohe Beamte“ durchschnittlich 5.800 Zł verdienen, bekommen Frauen nur 4.100 Zł (= 70%). Ähnliche Unterschiede finden sich bei Spezialisten (34%) sowie bei Technikern und mittleren Führungskräften (35%). Lediglich in der Gruppe der Büroarbeiter/innen verdienen Frauen genauso wenig wie Männer (2.000 Zł). Auffällig ist, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern im staatlichen Sektor deutlich ausgeprägter sind als im Privatgewerbe. Machen sie im ersteren bis zu 70% aus, so sind sie in letzterem kaum zu erkennen.

Wie diese Ausführungen zeigen, haben die polnischen Feministinnen Recht mit ihrer Behauptung, dass Frauen selbst bei gleicher Qualifikation und in gleichen Branchen schlechter verdienen als Männer und seltener befördert werden.

Aber ökonomische Kennziffern sind nicht alles. Daher werde ich mich im folgenden Abschnitt der gesellschaftlichen Rolle der Frauen, insbesondere dem Thema der Abtreibung, zuwenden.

4. Abtreibung

Seit Beginn der Transformation in Polen 1990 wurde die Freiheit zur Abtreibung immer stärker eingeschränkt. 1993 wurde sie durch die amtierende konservative Regierung fast verboten; ermöglicht wurde sie

lediglich im Fall von Vergewaltigung oder wenn das Leben der Mutter gefährdet oder schwerwiegende Missbildungen des Embryos erkennbar waren. Das Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) hat 1996 eine Abtreibung auch dann ermöglicht, wenn eine „schwierige Vermögenslage“ gegeben war. Diese Regelung, die auch vor 1989 bestand, wurde jedoch durch das Urteil des Verfassungsgerichts 1997 aufgehoben. Dieses bezeichnete den Embryo als lebenden Menschen und erzwang die Rückkehr zur Regelung aus dem Jahr 1993.

Mit dem Regierungswechsel 2005, bei dem das Mitte-Rechts-Bündnis aus PiS (Recht und Gerechtigkeit), Samoobrona (Selbstverteidigung) und der Liga der Polnischen Familien an die Regierung kam, haben sich die Hoffnungen auf eine Erleichterung der Abtreibung zerschlagen. Im Gegenteil muss ein noch restriktiveres Gesetz befürchtet werden. Denn gegenwärtig werden Frauen für Abtreibungen nicht bestraft; erlaubt ist sie bei Vergewaltigung.⁴ Doch die Stimmen mehren sich, diese Regelungen zu verschärfen.

Dabei gab es im Jahr 2004 polenweit lediglich 194 legale Abtreibungen, davon 128 aufgrund von Schädigungen des Embryos, 62 aufgrund gesundheitlicher Risiken für die Mutter und 3 aufgrund von Vergewaltigung⁵. Die Zahl illegaler Abtreibungen ist unbekannt, Feministinnen schätzen sie auf 80.000 bis 200.000 pro Jahr.⁶ Es ist aber Fakt, dass „heimliche Abtreibungen“ und ein „Abtreibungstourismus“ kein Problem für Frauen darstellt, die die 1.500 bis 3.000 Zł aufbringen können.

Aber auch eine legale Abtreibung ist trotz der – sehr eingeschränkten – Möglichkeiten schwer durchzusetzen. Dies zeigt das tragische Beispiel von Alicja Tysiac⁷. Sie wusste, dass sie nach der Geburt ihres dritten Kindes erblinden würde, dennoch konnte sie keinen Arzt finden, der die Erblindung als Abtreibungsgrund akzeptiert hätte. Nun, da sie tatsächlich fast blind ist (-26 Dioptrien) hat Alicja Tysiac eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen Polen erhoben.

Aufgrund der stark eingeschränkten Abtreibungsmöglichkeiten werden Mittel zur Empfängnisverhütung in Polen immer populärer, obwohl sie – gemessen am Verdienst – recht teuer sind. Die Forderung von Feministinnen, dass der Staat diese zumindest mitfinanzieren soll, wird von der

⁴ http://pl.wikipedia.org/wiki/Aborcja#Aspekty_prawne

⁵ http://www.oska.org.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=122&Itemid=134

⁶ http://www.federa.org.pl/publikacje/raporty/aborcja2000/aborcja2000_2.htm#2_2

⁷ http://www.oska.org.pl/index.php?option=com_content&task=view&id=122&Itemid=134

„Staatsgruppe zur Förderung der natürliche Familienplanung“ beim Gesundheitsministerium zurück gewiesen.

Auch die im polnischen Anti-Abtreibungsgesetz verankerte Pflicht der Sexualerziehung in Schulen wird nicht umgesetzt. Obwohl 91% der Polen glauben, dass diese Aufklärung notwendig ist, existieren nur in 28% der Schulen separate Lehrpläne, in 45% der Schulen werden spezielle Schulstunden angeboten und in 21% der Gymnasien ist Sexualerziehung Teil anderer Schulfächer. Dazu kommt, dass 50% der Lehrbücher zu diesem Thema von strenggläubigen Katholiken verfasst sind. Leider gibt es Sexualerziehung nicht in allen Schulen, obwohl 91% der Menschen meinen, dass sie nötig ist und ein Pflichtfach sein müsste.⁸

5. Künstliche Befruchtung

Weil die Abtreibungsbeschränkung als Teil der Pro-Familien-Politik erklärt wird, sprechen sich Feministinnen dafür aus, dass die künstliche Befruchtung durch den Staat mitfinanziert werden soll. Zur Zeit wird diese nur in Privatkliniken praktiziert, das Gesundheitsministerium will daran auch nichts ändern. Eine künstliche Befruchtung kostet in Polen 12.000 Zł pro Versuch (wobei durchschnittlich 3 Versuche erforderlich sind) und ist damit für die Mehrheit polnischer Paare unerschwinglich.

Allgemein stehen die Chancen auf politische Veränderungen im Bereich Frauen und Familie schlecht. Die amtierende Mitte-Rechts-Regierung hat ihre konservativen Vorstellungen bezüglich der Rolle der Frau recht deutlich gemacht, in dem sie z.B. die Bevollmächtigte der Regierung zur Herstellung der Gleichberechtigung der Geschlechter, eingesetzt im Dezember 2001, im November 2005 abgeschafft hat. Dies geschah in Reaktion auf die These der damaligen Bevollmächtigten Magdalena Środa, dass häusliche Gewalt auf den polnischen Katholizismus zurückzuführen ist.

Problematisch ist auch die Haltung einflussreicher Personen des öffentlichen Lebens. So hat sich die Beraterin des Premierministers für Familien- und Frauenfragen, Frau Dr. Hanna Wujkowska, als Gegnerin hormoneller Verhütungsmittel, künstlicher Befruchtung und Abtreibung nach Vergewaltigung erklärt.⁹ Die Leiterin der Kommission für Familie und Frauenrecht, Anna Sobecka, die Sprecherin des ultrakonservativen

⁸ http://www.federa.org.pl/publikacje/mat_info/zeszyt3.pdf

⁹ <http://serwisy.gazeta.pl/kraj/1,34317,3023769.html>, <http://www.federa.org.pl/?page=news&newsid=64&lang=1>

katholischen Radio Maryjas war, bezeichnete Homosexualität als Krankheit.¹⁰ Und die Sprecherin für die Kinderrechte, Ewa Sowinska, ist Mitglied der “Gesellschaft der Freunde des empfangenen Lebens”. Natürlich ist sie auch gegen künstliche Befruchtung sowie gegen Abtreibung, auch wenn eine Vergewaltigung vorliegt oder das Leben von Mutter oder Kind bedroht sind.¹¹

6. Erleichterungen für Mütter

Ein anderes Thema, das im Kontext der Situation von Frauen häufig diskutiert wird, ist die Länge des Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaubs. In Polen dauert er für Mütter 18 Wochen beim ersten Kind, 20 beim nächsten, und 28 bei Zwillingen. Davon kann in bestimmten Fällen 4, 6, oder 14 Wochen auch der Mann nehmen. Während dieser Zeit bekommt die Frau 100% ihres Lohns vom Staat.

Während der Regierungszeit der SLD (Bündnis Demokratischer Linker) wurde der Urlaub von 26 Wochen (schon beim ersten Kind) aufgrund der schwierigen Arbeitssituation von Müttern verkürzt. Unter der Mitte-Rechts-Regierung wurde er 2006 um 2 Wochen verlängert.¹²

Lebt die Mutter in schwierigen finanziellen Verhältnissen, bekommt sie eine Familienunterstützung. Dafür muss das Einkommen pro Person jedoch unter 504 Zł liegen, in diesem Fall zahlt der Staat eine Unterstützung von 48 Zł (für unter 5jährige), 64 Zł (für Kinder zwischen 5 und 18) und 68 Zł (für Kinder zwischen 19 und 24 Jahren). Für dritte und weitere Kinder bekommt die Familie 80 Zł. Dazu kommt eine Einmalzahlung von 1.000 Zł für jedes Neugeborene.¹³

Während des Erziehungsurlaubs im Anschluss an den Mutterschutz erhält eine Mutter 400 Zł für max. 2 Jahre. Sind Mutter oder Vater alleinerziehend, erhält sie oder er zusätzlich 170 Zł pro Kind, max. 340. Angesichts des Preisniveaus in Polen sind diese Zuschüsse jedoch vollkommen unzureichend.

Aus diesem Grund ist besonders die Situation alleinerziehender Mütter in Polen dramatisch. Zahlt der Vater keinen Unterhalt, erhält das Kind vom

¹⁰ <http://kobieta.gazeta.pl/wysokie-obcasy/1,53662,3203275.html?as=6&ias=7&startsz=x>

¹¹ <http://migg.wordpress.com/2006/10/25/wolny-wybor-czy-temat-zastepczy/#more-19>

¹² Internetseite des Sozialversicherung Anstalt <http://www.zus.pl/swiadczce/zas003.htm>

¹³ Ministerium für Arbeit und Gesellschaftspolitik <http://www.mps.gov.pl/index.php?gid=295>

Staat einen Zuschuss von 170 - 120 Zł pro Kind (beim Einkommen unter 583 Zł) bzw.

250 - 300 Zł pro Kind (beim Einkommen unter 291 Zł)¹⁴. Allerdings muss der Vater diese Summe dann zurückzahlen. Der staatliche Alimentenfonds, aus dem jährlich 500.000 Polen Zuschüsse für ihre Kinder erhielten, wurde während der Regierungszeit der SLD aufgrund der bis auf 7 Mrd. Zł ansteigenden Schulden aufgelöst. Aus diesem konnten für Kinder bis zu 618 Zł gezahlt werden, durchschnittlich 225 Zł pro Kind¹⁵.

Heute bekommen Kinder Familienunterstützung (siehe oben) und Unterhaltsvorschuss. Und es gibt eine Bürgerinitiative, die sich für die Wiedereinrichtung eines staatlichen Alimentenfonds einsetzt; im Entwurf des Haushaltsgesetzes wurde für diesen Geld eingestellt.¹⁶

Schon die genannten Zahlen zeigen, dass die Politik pro Familie eine Leerformel ist. Ein anderes Beispiel dafür sind die rückläufigen Plätze in Kindergärten aufgrund fehlender Subventionen. Seit 1990 wurden 30% der Kindergärten geschlossen, von 1994 – 2004 waren es 1.500 Kindergärten. Im Jahr 2003 gab es nur noch 7.789 Kindergärten, davon die meisten in den Städten. Hier besuchen auch viel mehr Kinder einen Kindergarten: während in den Städten 52% der Kinder einen Kindergarten besuchen sind es auf dem Land lediglich 14%. Allerdings gibt es für alle Kinder eine verpflichtende Vorschule.

7. Bewusstsein

Objektiv gesehen ist die ökonomische und politische Situation der Frauen erheblich schlechter als die der Männer. Doch wie wird das in der polnischen Mentalität widerspiegelt? Wie stellt sich ein „normales“ Frauenleben im Vergleich zu dem eines Mannes dar? Nach den Ergebnissen von PENTOR¹⁷ aus dem Jahre 2005 zur Arbeitsteilung in polnischen Haushalten bügeln Männer in 85% der Haushalte und waschen in 82% nie. Dagegen kocht in 72% der Haushalte ausschließlich die Frau, wäscht in 64% ausschließlich das Geschirr und erzieht in 43% allein die Kinder.

Dementsprechend leisten Frauen deutlich mehr Hausarbeit als Männer: während Frauen im Durchschnitt 24,5 h/Woche im Haushalt arbeiten, sind

¹⁴ Bulletin der öffentliche Information <http://www.bip.mops.radom.pl/?op=103&id=195>

¹⁵ Selbständige Mütter <http://samodzielne-matki.free.ngo.pl/fundusz-alimentacyjny.html>

¹⁶ Juristische Zeitung <http://www.gazetaprawna.pl/?action=showNews&dok=1808.2.902.2.16.1.0.1.htm>

¹⁷ Eines der wichtigsten polnischen Meinungsforschungsinstitute

Männer nur mit 14 h/Woche mit Hausarbeit beschäftigt. Dennoch empfinden 33% der Frauen diese Arbeitsteilung als gerecht.

Diese traditionellen Vorstellungen einer Arbeitsteilung von Frauen und Männern werden in anderen Untersuchungen noch bestätigt. Die These: „Die Hauptrolle der Frau ist es, den Mann zu unterstützen“ wird von 35% der Männer und 29% der Frauen als wahr bestätigt. Der These: „Weil der Mann mehr verdient als die Frau, hat er im Haus mehr zu sagen“ stimmen 39% der Männer und 15% der Frauen zu. Und der Aussage: „Eine Ehe kann nicht gut funktionieren, wenn die Frau nicht gehorsam ist“ stimmen 33% der Männer und 18% der Frauen zu. Selbst der These: „Eine schlechte Ehe zu führen ist für Frauen besser, als allein zu leben“ stimmen noch 21% der Männer und 16% der Frauen zu.¹⁸

Ein weiteres wichtiges Problem im Zusammenhang mit der Situation von Frauen ist das der häuslichen Gewalt. Nach Angaben der polnischen Polizei steigt die Zahl der Gewalttaten in der Familie ständig: wurden im Jahr 1999 100.000 Fälle häuslicher Gewalt registriert, waren es in 2005 bereits fast 160.000. Auch die Zahl der Täter steigt: von 55.000 (1999) auf 92.000 (2005). Dabei ist der Anteil weiblicher Täter sehr niedrig: 1999 waren es 2.000, 2005 4.000. Allerdings ist diese Steigerung nicht nur auf eine absolute Zunahme, sondern auch auf eine gesteigerte Aufmerksamkeit, u. a. durch Medien und Politik, und die durch diese hervorgerufene größere Bereitschaft zurückzuführen, Fälle häuslicher Gewalt zur Anzeige zu bringen.

Die meisten Opfer häuslicher Gewalt sind Frauen (2005: 90.000) und Kinder bis 13 Jahre (40.000).¹⁹

8. Die Darstellung von Frauen in den Medien

In Polen kann man im Wesentlichen vier Frauenbilder ausmachen: das der „Sexy“frau, das der Feministin und das der polnischen Mutter. Das Bild der „Sexy“frau findet sich zumeist in der Werbung und zeigt Frauen als dumm und ökonomisch abhängig vom Mann. Das Stereotyp der Feministin beschreibt diese als hässliche Frau, die zu viel redet und keine guten Beziehungen zu Männern pflegen kann. Die Darstellung immer derselben 2-3 Feministinnen in den polnischen Medien führt dazu, dass sich Frauen mit dem Feminismus nicht identifizieren möchten. Das Bild der polnischen

¹⁸ PENTOR <http://www.pentor.pl/13607.xml>

¹⁹ Polizei-Internetseiten <http://www.policja.pl/portal/pol/4/318/>

Mutter impliziert eine berufstätige Mutter, die auch im Haushalt die Arbeit übernimmt. Da dieses Bild stark an sozialistische Zeiten erinnert, ist es nicht mehr sehr populär. An dessen Stelle ist ein viertes Bild getreten, das der Hausfrau. Diese ist nicht erwerbstätig, sondern kümmert sich um die Kinder, den Mann und den Haushalt. Dieses Modell ist besonders populär in polnischen Fernsehserien. In diesen Serien arbeiten die Männer nicht im Haushalt, die Frauen haben nur selten einen anspruchsvollen Job. Haben Frauen ein Geschäft, ist es zumeist geerbt und „Businessfrauen“ sind häufig unglücklich.

Auch in der Presse findet man diese Bilder: Magazine wie „Cosmopolitan“ oder „Glamour“ richten sich an junge Frauen und beinhalten im wesentlichen Schönheitspflege, Tipps für Beziehungen zu Männern und Sex.

Wöchentlich erscheinende Ratgeber richten sich dagegen zumeist an ältere Frauen, sie geben Hinweise zu Mutter- oder Großmutterchaft oder dazu, wie der Haushalt besser zu organisieren ist; Tipps z.B. für eine Firmengründung findet man hier dagegen nicht.

Die Hochglanzpresse wie „Elle“, „Dein Style“, „Frau“ etc. richtet sich an reiche Frauen, hier werden neben Schönheit, Mode, Sex und Männerbeziehungen auch Themen wie Kunst und Kultur, sogar Feminismus aufgegriffen.

Diese Frauenbilder werden durch Medien (Fernsehen und Presse) transportiert, die für viele Zuschauer ihre Wahrnehmung von Welt prägen.²⁰

9. Schlussbemerkungen

Doch wie kann man die Situation der Frauen sowie deren Wahrnehmung verändern? Obwohl in Polen mehr als 300 Frauenorganisationen existieren, über die sich Interessierte auch leicht im Internet informieren können (<http://www.oska.org.pl/>), existieren keine offiziellen Angaben darüber, wie groß und wirkmächtig diese Organisationen sind. Zudem sind diese entweder so allgemein oder thematisch so begrenzt, dass deren Wirksamkeit beschränkt ist. Außer regelmäßigen Manifestationen im Internet sind diese Frauenorganisationen öffentlich fast unsichtbar – obwohl zur Verbesserung der Situation der Frauen und der Wahrnehmung des Problems so viel zu tun ist.

²⁰ Puella Nova Internet Frauen Zeitung <http://www.puellanova.pl/index.php?showart=278> Unterschrieben: A.Z.

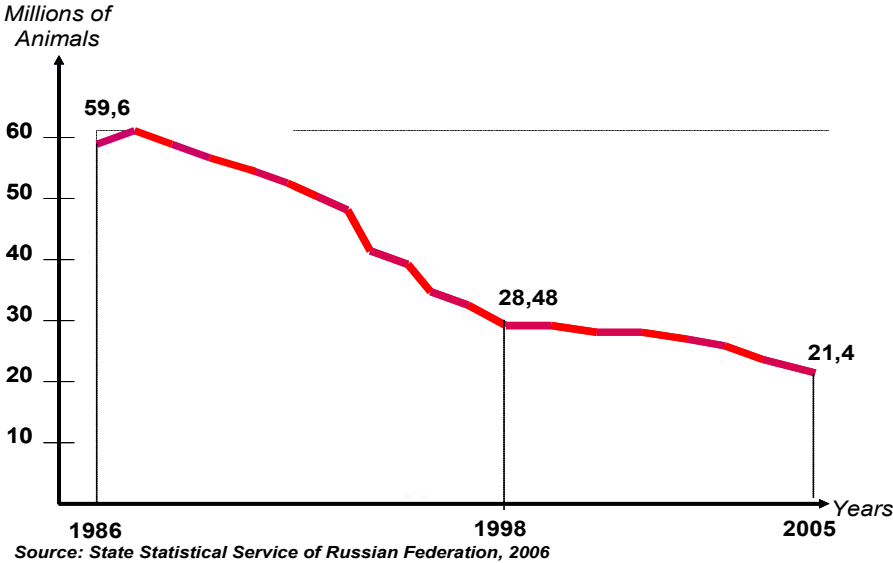
The Decline of Russia's Beef Sector during the Transition Period: A Review of Agricultural Policies

1. Pre-Transition Situation in Russian Agriculture

During the transition period Russian GDP fell by over 49%, total agricultural output decreased by 40%, resulting in 39% decrease in total grain production, and 52% decrease in total meat production; the share of agriculture in the country's GDP dropped from 19% in 1990 to 7% in 1997 (Wehrheim and Wobst, 2003).

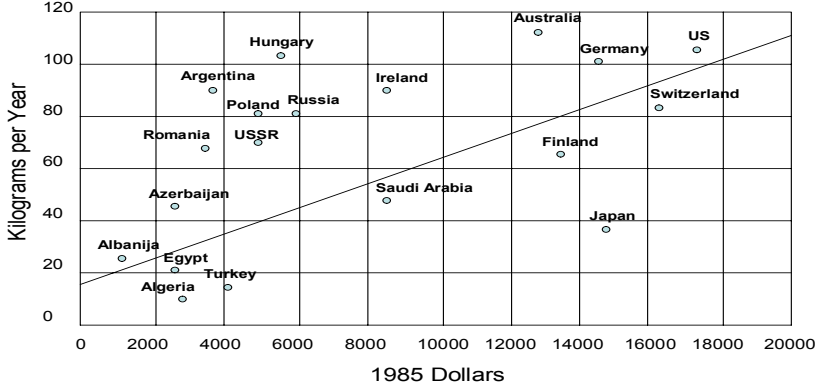
Since the crash of the USSR and the beginning of the reformation period the number of beef livestock in Russia had been dramatically decreasing. According to the State Statistical Service of Russian Federation, from 1990 to 2005 it declined by more than 62.5%, from 57.04 to 21.40 million heads (see Figure 1). Liefert and Swinnen (2002) however, mention that in the pre-reform period collective farms often overstated their production to look better with respect to output target performance. In the transition period, on the other side, farms have an incentive to understate their production to avoid taxes. The difficulty of measuring the growing output by private farmers and the informal sector increases the likelihood of undercounting transition production. Yet, even if not fully accurate, the official numbers clearly show a large decline in output (Liefert and Swinnen, 2002).

Figure 1: Livestock Population in Russia from 1986 to 2005



Followed by the soviet planners decision to higher up meat production and consumption, the number of livestock population in USSR was artificially enlarged, stimulated by huge subsidies and imported feed grain (Liefert & Swinnen, 2002). According to the OECD database (2006a) the amount of subsidies in 1986 was 35 billions in the Euro equivalent. According to another source, in 1989 total budgetary subsidies in USSR amounted to 13.5% of GDP, 10.8% out of which went to agriculture (Sedik, 2001). As a result of such huge subsidies, in the late 1980s the per capita consumption of livestock products in USSR was even greater than in some OECD countries (see Figure 2).

Figure 2: Per Capita GDP and Meat Consumption (1990)

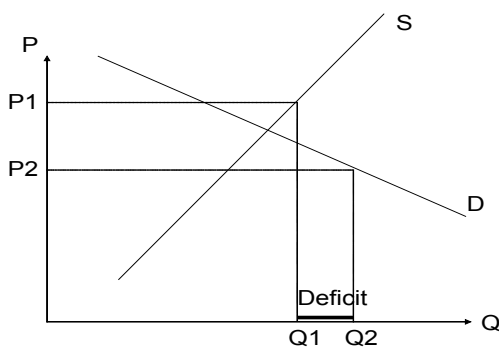


Source: adapted from Sedik (2001).

The study of Sedik (2001) illustrates that per capita meat consumption in the USSR and Russia was equal to or higher than that in Finland in 1990, despite the fact that per capita income in Finland was over 2.5 times that of the USSR and over 3.8 times that of Azerbaijan. Sedik explains this anomalous economies behaviour by the policy goal in planning economies to increase per capita meat consumption in 1970s and 1980s.

Liefert and Swinnen (2002) supported the hypothesis, that the increase in livestock production was stimulated to achieve a huge demand, which appeared due to low state determined consumption prices (figure 3).

Figure 3: Pre-reform Situation



Source: Liefert and Swinnen (2002)

P1 – pre-reform producer incentive price

P2 – pre-reform state-determined consumption price

Q1 – pre-reform quantity produced

Q2 – pre-reform quantity demanded

Q2-Q1 – pre-reform trade deficit

In the USSR agricultural producer incentive prices for meal goods were kept much higher than per unit consumer prices (P1 and P2 on the Figure 3 respectively). The meaning of the incentive price includes the monetary price received plus any per unit budget subsidies. Thus, the difference between the equilibrium and nominal prices was paid to producers and consumers

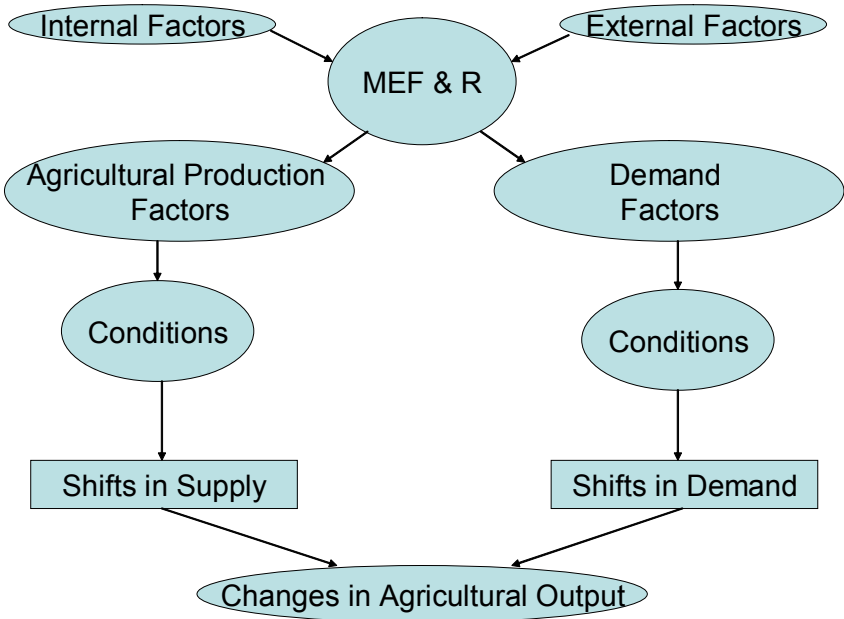
through government subsidies. An increase in nominal income and advisedly kept low state-determined consumer prices resulted in a growing amount of unsatisfied consumer demand, called the “deficit” on the Figure 1. Liefert and Swinnen concluded that the deficit was a reason for empty shelves and long lines in the shops. In the end of the Soviet rule era the state was no more able to continue to increase the support for agriculture in order to reduce that increasing deficit. The classic economic explanation of the soviet inability to continue to support the planned economy was given by Kotz and Weir (1997). They state it to be an economic stagnation that precipitated political changes towards democracy. Reynolds (2006) agrees with their statement, but adds one more element to the economic sequence of events, which was an oil crisis. In late 1980’s prices for the most important export goods of the country – gas and oil – were decreasing. At the same time extensively functioning agriculture required increasing amounts of subsidies. Such a critical situation caused intensive attempts of a Soviet government to reform an agricultural sector yet, in the frames of centralized economy. For example, in 1986 there were several attempts to set up the so called “quasi-market” system by decreasing state compulsory customs of agricultural production and introducing a permission to sell a third part of output for “discussed” (or market) prices. That was made in order to slow down agricultural pressure on the state budget. But unfortunately such attempts were not successful. A questionnaire of those times (Serova, 2000) showed, that managers of agricultural enterprises were not personally interested in commercial profit of their farms and did not even consider sale procedures as an important element of their activity. The second reason why this first pre-reform was not successful was an absence of the free market which could absorb at least a third of agricultural production. However, that was only a slight shadow of a huge reformation period, starting several years later. In our further analysis we are discussing in details how these reforms influenced Russian agriculture with particular focus on a livestock sector.

2. Discussion Structure

Macroeconomic factors and reforms (MEF&R) are offered in our discussion to be a main source of changes in agriculture during the transition period (see Picture 1). While being themselves affected by the internal factor (domestic economic stagnation) and external shock (oil crisis), MEF&R, together with transforming agricultural factors, created economic conditions, influencing

shifts in agricultural output. At the same time demand for agricultural products in Russia also decreased, being affected by the transition factors and reforms. Thus, changes from the both sides: supply and demand contributed to the decrease in agricultural output (see Picture 1).

Picture 1: Discussion structure: MEF&R, influencing agricultural output



Source: author’s own presentation

3. Analysis of Supply in Transition

Many conditions could be found in transition period, which influenced agricultural supply, and in the end output. The most important of them in our point of view were taken into consideration. In the vertical head of the Table 1 MEF&R are located, whereas in the horizontal head agricultural factors of production are listed. The table is structured in a way to show, how macroeconomic factors and reforms, influencing agricultural factors of production, created certain economical, legal and social conditions, which in their turn impacted agricultural output.

Table 1: Transition economy conditions for supply change

| | Market Infrastructure | Rural Capital | Rural Labour | Rural Land |
|--|---|---|---|-----------------------|
| <i>Reforms in Transition</i> | | | | |
| Price Liberalization | | - eliminated producer subsidies* | | |
| Trade Liberalization | - destroyed market infrastructure* - application of monopoly-type power* | - cheap import expansion* - depressed domestic prices* | | |
| Privatization | | | | - farm restructuring* |
| Structural Changes | | | - decrease in agricultural labour* - invisible unemployment* | |
| <i>Macroeconomic Factors in Transition</i> | | | | |
| Interest Rate | | - low credit accessibility* | | |
| Inflation | | - short credit terms* | | |
| Exchange Rate | | - import expansion* | | |

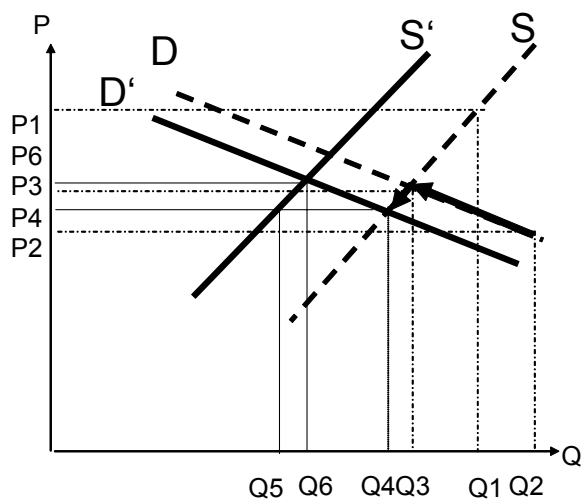
Source: own structure

* - transition economy conditions, which created shifts in agricultural supply

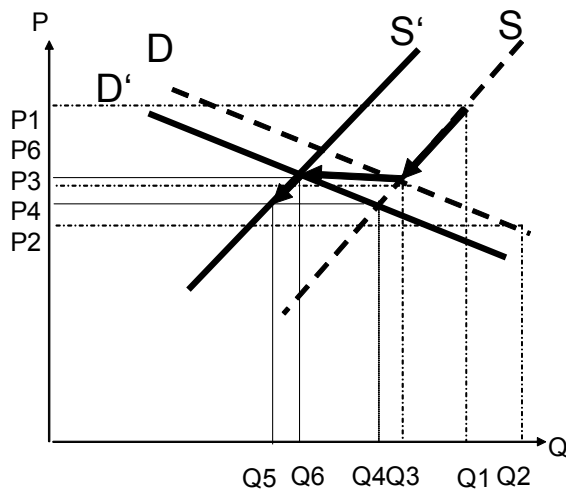
3.1 Brief overview of conditions, influencing agricultural supply

Price liberalization and elimination of government subsidies was the first reason for changes in agricultural output. Production and consumption of beef were decreasing together with subsidies and finally met each other in the market equilibrium. On the Figure 4 this decline is shown as (Q1-Q3) for supply and (Q2-Q3) for demand.

Figure 4: Shifts of Supply and Demand Curves



B: Shifts in Demand



A: Shifts in Supply

Source: adapted from Liefert and Swinnen (2002)

P1 – pre-reform producer incentive price

P2 – pre-reform subsidised consumer price

P3 – pre-reform equilibrium price

- P4 – pre-reform world market price
- P6 – equilibrium price after subsidy elimination
- Q1 – pre-reform quantity production
- Q2 – pre-reform quantity demanded
- Q3 – pre-reform equilibrium quantity
- Q4 – quantity consumed after reforms
- Q5 – quantity of domestic production after reforms
- Q6 – equilibrium quantity after reforms

Rural capital in transition was significantly affected by the price liberalization reform (see Table 1). While being deprived of government subsidies, agricultural producers were struggling for financial resources, which were necessary to continue production process. The credit system should have solved this problem. In the early 1990s the government tried to support a low interest rate for agricultural credits, keeping it on the level of 28%. In 1994 this privileged interest rate was rejected, which forced agriculture to pay 120-130% for the credits in commercial banks. Because of the rapid inflation time terms of credits in commercial banks were extremely short: two or three months (Serova, 2000). Taking into consideration that the minimum turnover period in agriculture is four months, and the lag of beef production is over two years, it becomes clear why those credits were not of a use. Even if some of them were taken, the biggest part was not returned and had to be partially amortized by the government. Such poor access to financial resources led to a lack in circulating assets (Serova, 2000; see as well the Picture 1 and Table 1) and, as a result, to many of bankruptcy cases.

The exchange rate determines the amount of imported goods in the country. In Russian transition economy the high exchange rate created favourable import conditions. As a result of trade liberalization reform (opened trade boards) and favourable exchange rate to the year of 2004 beef import from many countries (USA, Brazil, and mostly from the European Union) occupied the 4th part of the Russian market (see Table 2), reducing market capacity for domestic production. Some countries, namely those belonging to the EU, subsidized their beef exports to Russia in order to solve their own problems of domestic surplus. The financial crisis of 1998 decreased exchange rate, thus, imported food quickly became more expensive. Unfortunately, the reduced beef import did not really influence a beef livestock production in Russia because a minimum natural lag in cow

growing process takes two years. When the import in 1998 fell down, domestic producers did not have enough beef to satisfy the empty market spaces. Moreover, the amount of slaughtered animals, being increased during the crisis, decreased the amount of livestock available.

Table 2: Comparison of Beef Import Quantities

| Years | Domestic production (metric tons) | Import (metric tons) |
|-------|--------------------------------------|-------------------------|
| 1992 | 3632000 | 656304 |
| 1993 | 3359000 | 664274 |
| 1994 | 3240000 | 600567 |
| 1995 | 2733000 | 629001 |
| 1996 | 2629825 | 597754 |
| 1997 | 2394240 | 827097 |
| 1998 | 2247340 | 615056 |
| 1999 | 1868028 | 634786 |
| 2000 | 1894299 | 329345 |
| 2001 | 1872596 | 535663 |
| 2002 | 1957348 | 614787 |
| 2003 | 1989539 | 630388 |
| 2004 | 1915000 | 611833 |

Source: FAO STAT, 2006

Land and agricultural firms' privatisation can be referred to as the farm restructuring process. It was urged to entail changes by producers, which could increase profitability on one side, and on the other side release government from a heavy burden of agricultural subsidies. The econometric study of Macours and Swinnen (2000) shows that farm restructuring was the only reform, which brought a positive output change in agricultural production (see Table 3). The positive estimation of this policy was achieved mostly because of the subsistence-oriented small scale sector (household plots and private gardens), which produced over 44% of general agricultural output, with 53% agricultural enterprises and 3% private farms (Wehrheim and Wobst, 2003). From 1992 to 1997 the livestock production in the subsistence-oriented small scale sector increased by 20.6%, while in agricultural enterprises it decreased by 21.5%. Private farms, being more market oriented units, preferred to specialise in more profitable agricultural activities than livestock breeding, that is why livestock in farming units increased only by 0.9% (Goskomstat, 1998). This positive estimation for

small-scale farm sector contribution to the livestock production supports the hypothesis that labour productivity in household plots was higher, than that in agricultural enterprises, i.e. kolхозes and sovхозes (Wehrheim and Wobst, 2003).

The whole economic situation undoubtedly resulted in structural changes in agriculture, leading to a reduction in the number of village citizens and, as a result, in agricultural labour. According to Russian State Statistical Service, the amount of people, working in agriculture, decreased from 10.31 million in 1986 to 2.9 million in 2004. Yet, many people still stayed in agriculture due to age or lack of specific knowledge, being unable to find another job in the city. That led to invisible unemployment and, as a result, to very low wages, which in turn influenced the motivation to work and of course agricultural output.

Altogether the mentioned economic conditions, created by the macroeconomic factors and reforms, shifted supply to the left and reduced amount of livestock from Q3 to Q6 (see Figure 4).

3.2. Price and Trade Liberalization Reform

The study of Macours and Swinnen (2000) strongly supports the idea that the drop in agricultural output, caused mainly from price and trade liberalization, accounts for about three-quarters of the Russian agricultural output decline. That is why it seems quite reasonable to review these reforms in more detail.

Although Macours and Swinnen's study covers crop output in Eastern European countries, results of this quantitative analysis come into line with several qualitative studies (Serova, 2000; Buzdalov, 1998; Holod, 1996b, etc.) about the Russian agriculture in transition. This study analyzes the impact of several economic reforms on crop output. In Russia both crop and livestock production in transition period were decreasing, but livestock decreased in bigger proportions. That happened, first, because the demand for beef had a higher income elasticity than the demand for crops (Sedik, 2001), and, second, because Russia had less comparative advantages in producing beef than in producing crops (Liefert and Swinnen, 2002; Liefert, 2002).

The Macours and Swinnen's study econometrically measures the contribution of various reform policies and developments to the production

drop (see Table 3). According to this study, price changes account for 46% of the drop in output and correspond to the most of the output decline. Price changes cover changes in agricultural output prices relative to changes in input prices (that is the producers' terms of trade) that resulted from price and trade liberalization.

Table 3: Results of Macours and Swinnen Study. Causes of Output Decline

| Variable | Contribution to net output change |
|---------------------------|-----------------------------------|
| Weather | -10 |
| Uncertainty | -12 |
| Farm restructuring: | +18 |
| <i>- Disruption</i> | <i>-50</i> |
| <i>- Individual farms</i> | <i>+68</i> |
| Privatization | -39 |
| Price changes | -46 |
| Residual | -11 |
| Total output change | -100 |

Source: Liefert and Swinnen (2002)

Main reason for low output agricultural prices for beef commodities in Russia was a subsidised imported beef. Since Russia started to be a country with an open market economy, domestic Russian beef price gained a direct relation to the world market price. This statement was proved by the study of Serova (2000), where she gives an econometric equation for Russian domestic beef price and its dependency on the world market price:

$$P_{yt} = \delta_0 + \delta_1 P_{wt} * (1 + Tarr_t * XR_t / 100) + e_t,$$

where

P_{yt} - Russian domestic price of beef,

P_{wt} - world market price of beef,

$Tarr_t$ - Russian import tariff rate,

XR_t - Rouble/Euro exchange rate,

t - period.

European beef export price is taken as a world market price in this study, because the EU is one of the biggest beef exporters to Russia (Serova, 2000). At the same time Leetmaa (2001) proves, that beef is one of the most highly subsidised European export commodities. Thus, such highly subsidised EU

price appreciably reduced domestic Russian beef price, increasing import share and depressing domestic production. In the Table 1 we call these economic conditions “depressed domestic prices” due to a “cheap import expansion”, which led to a further decline in domestic beef production and livestock population from Q6 to Q5 (see Figure 4). If export subsidies would be eliminated, as is proposed by the WTO, the EU domestic beef prices would be reduced by 59.7% and the EU beef export would be by 100% eliminated (Leetmaa, 2001). If that really happens, world prices of livestock production will increase, which in turn will lead to an increase in Russian domestic beef price from P4 to P3 and, as a result, according to the equilibrium theory, should increase a livestock population from Q5 to Q6 (see Figure 4).

The reform of price liberalization impacted not only the output prices, but led to the changes in market infrastructure. In the Soviet economy there was a planned network of producing units and buying and selling channels between all the former Soviet republics. Each republic was specialized in growing a special kind of agricultural output, chosen according to the planners’ preferences. In 1992 the state government left the sphere of market infrastructure, which until 1994 was somehow regulated by regional government offices (Serova, 2000). After the crash of the USSR many selling and buying channels, existing between the republics before, were lost, thus, the agricultural producers were not always able to find processing companies (Ibid.). Sometimes costs for looking for them were higher than profits from production (Ibid.). Market infrastructure got to be not only destroyed, but as well too expensive for domestic agricultural output movements, which indirectly taxed agricultural producers (Liefert et al., 2001). Liefert et al. emphasize the main weakness in physical infrastructure to be the transportation, particularly the poor road system. According to them, the costs of shipping agricultural commodities between regions can exceed producer prices in the exporting areas. In this regard, domestic output has difficulty competing with foreign imports. The large agricultural imports of the Soviet period led to the creation of a relatively well-functioning and inexpensive system for transporting the imports from the entry ports to the main consuming areas, such as Moscow (Ibid). Such destroyed market infrastructure contributed to the shift of a supply curve to the left, reducing the output from Q3 to Q6 (see Figure 4).

From the processors’ point of view the situation was not that easier. In the beginning of the reformation period they were struggling with raw material’s

absence and thus were forced to go directly to the villages in order to find agricultural production. The market reacted in appearing intermediate seller's services, which made transaction costs even higher (Serova, 2000). At the same time cheap international beef supply reacted very fast to the demand of Russian processing companies. As a result, a solid part of the Russian consumers' market was very quickly occupied by foreign beef producers. To the end of the 1990s the number of selling channels inside Russia decreased and food chains became more stabilised. In fact, up to that time a certain part of Russian market capacity was already reduced by the imported production (Serova, 2000).

The participants of agricultural market infrastructure reacted to the trade liberalization by implementation their monopoly-type power. The planning regime tended to build up processing enterprises, one in each region (Serova, 2000). When the prices were liberalised, rare processing companies began to dictate their consuming prices for agricultural producers. Usually, prices for agricultural production were much lower, than for processed food products. For example, in 1995 retail prices for beef products grew by 88%, while farm-gate prices for beef production grew only by 60% (Holod, 1996a). The farmers' part in the retail consumer price of a beef product fell from 89% in the early 1990s to 49% in 1995 (Ibid.).

Simultaneously due to the trade liberalization reform prices for agricultural inputs (machinery, fuel, fertilizer, feed) have been rising closer to world levels, thus, eroding the price competitiveness of agricultural producers (Liefert et al, 2001). Pavel (2001) adds that rarely located all over the former USSR huge fertilizer producers, several huge tractors producers, as well as animal feed producers highered their prices to the world price levels and applied the monopoly-type power against the agricultural producers as well. Pavel (2001), however, mentions that those input producing as well as output producing enterprises were also left without a state support received before, and therefore had to look for rents in order to survive in a difficult situation.

Thus, agricultural producers, being a middle element of the food production chain, became gripped between these two monopoly-typed market networks: input producing and output processing. High input prices and low farm-gate production prices deteriorated terms of trade of agricultural producers, decreased profitability of agricultural activities, and, as a result, the number

of livestock available. That was one of the main reasons for the supply curve's shift from Q3 to Q6 (see Figure 4).

4. Analysis of Demand in Transition

One of the main reasons for supply reduction in transition was a restricted demand, being itself significantly decreased in the last decades. Demand is analyzed following the same structure of reforms and factors in transition, as was used for a supply analysis. In the Table 4 macroeconomic factors and reforms are represented in the vertical head, and factors, influencing demand, in the horizontal head. As it is listed in this table, a first reduction in demand was due to the eliminated consumer subsidies. This condition on the Figure 4 shifts the quantity demanded from Q2 to Q3.

Table 4: Reforms and Factors Affecting Demand

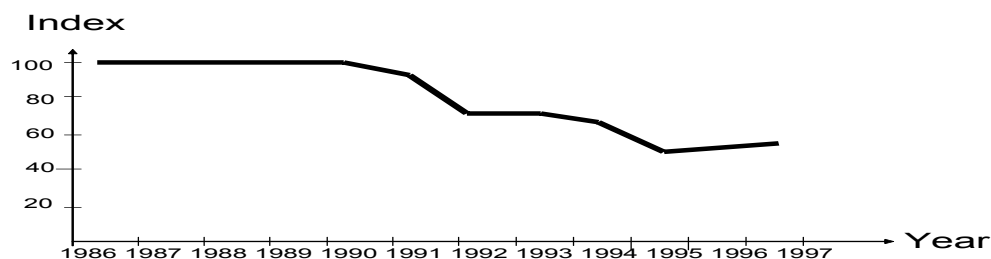
| | Income | Preferences |
|----------------------|----------------------------------|--|
| Inflation | - reduced real income* | |
| Price liberalization | - eliminated consumer subsidies* | |
| Trade liberalization | - preferred cheaper substitutes* | - increased alternatives to spend money* |

Source: own structure

* - transition economy conditions, which created shifts in demand for agricultural goods

Massive inflation substantially reduced consumers' real income and, correspondingly, purchasing power, as prices economy-wide rose by greater percentages than wages and salaries. The decline was quite severe: real income fell during the 1990s by half or more (see Figure 5). The decrease reflects not only the drop in pay for workers who kept their job, but also the rise in unemployment during the transition period (Liefert and Swinnen, 2002).

Figure 5: Consumers' Real Income Falls



Source: adapted from Liefert and Swinnen (2002)

Income constraints reduced the consumption of particular goods, switching it to cheaper substitutes. A good example could be a Russian domestic poultry production. Poultry meat, while being more expensive on the farm-gate level (OECD database, 2006), on the retail consumer markets is cheaper, than a beef production (Brazhevskaja, 2005). Thus, shifting low income consumers away from expensive beef into the cheaper poultry consumption. This was one of the reasons for shifting demand for beef further to the left, what reduced the livestock quantity from Q3 to Q4 (see Figure 4). Increasing alternatives to spend money was another additional reason for shifting demand to the left side. Consumers switched to different kinds of industrial goods, which were in particular deficit during the Soviet Union times.

5. Summary

During the past twenty years, the number of livestock in Russia declined to about one third of the level achieved in 1986. This decline could be explained by a range of factors which are supported in our paper through a review of past research results as well as time series data related to the livestock sector. First, the liberalization of agricultural prices (coupled with the dismantlement or reduction of state subsidies to agriculture for fertilizer, feed, technology and credit) during the transformation period led to an increasing disparity between prices for agricultural inputs and capital and the prices for beef and other agricultural outputs. Second, prices for poultry meat as the major competing product were higher in the earlier years of the

transformation period, but did not decline as much in real terms than beef prices, hence, further restructuring a beef market capacity. Third, the malfunctioning credit system, coupled with insecure property rights of agricultural companies, implied a major decline in the provision of agricultural credit. The dismantlement of state subsidies to agriculture and the above mentioned adverse price changes for agricultural producers led to an increasing indebtedness of agricultural firms and rising bankruptcy cases. Hence, the Russian agricultural sector, including large-scale enterprises, has now suffered for many years from severe credit constraints that undermined investments in replacing outdated technology, such as tractors and buildings, and in establishing a modern integrated food chain system. Fourth, apart from these domestic internal factors, Russia faced international competition from other countries (E.U., U.S.A., Brasil, etc.) that began to export beef to Russia. During the past twenty years, imported livestock provided an increasing share of the domestic supply of beef, thus likely to depress domestic beef prices further. And, last, unfavourable economic conditions deteriorated and decreased labour force by two-thirds, which in its turn impacted the quantity and quality of agricultural output.

References

- Buzdalov I., (1998), Strategy of Agricultural Reforms in Russia and Other Countries, Journal of Public Sciences in Modern Times, Number 6, 27-39 pp.
- EUROSTAT database, achieved on 15.06.2006: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1090,1&_dad=portal&_schema=PORTAL, accessed on 24.07.2006.
- Goskomstat database (1988), GOSKOMSTAT USSR, Ministry for Statistics.
- Goskomstat database (2006), achieved on 15.06.2006: http://www.gks.ru/wps/portal/!ut/p/.cmd/cs/.ce/7_0_A/.s/7_0_33Q/_th/J_0_CH/_s.7_0_A/7_0_FL/_s.7_0_A/7_0_33Q, accessed on 24.07.2006.
- Holod L., (1996a), Trade and Price Policy. Agricultural State Support, Journal of Agriculture, Number 3, 33-41 pp.
- Holod L., (1996b), State Regulation System of Russian Agriculture, Journal of Agriculture, Number 4, 3-17 pp.

- Liefert W., Swinnen J., (2002), Changes in Agricultural Markets in Transition Economies, Agricultural Economic Report, USDA, ERS, AER-806.
- Liefert W., (2002), Comparative (Dis?)Advantage in Russian Agriculture, American Journal of Agricultural Economics, 84(3), 762-767 pp.
- Liefert W., Sedik D., Koopman R., Serova E., Melyukhina O., (2001), Producer Subsidy Equivalent for Russian Agriculture: Estimation and Interpretation, American Journal of Agricultural Economics, 78, 792-798 pp.
- Leetmaa S., (2001), Effects of Eliminating EU Export Subsidies, Agricultural Policy Reform in the WTO-The Road Ahead, USDA, ERS, AER-802.
- OECD database: Table 1. RUSSIA: Total Support Estimate / Total Transfers, achieved on 15.06.2006:
<http://www.oecd.org/dataoecd/42/56/32429171.xls>, accessed on 24.07.2006
- OECD database: Beef and Poultry Projections, achieved on 15.06.2006:
http://www.oecd.org/LongAbstract/0,2546,en_2825_494504_32982106_1_1_1_1,00.html, accessed on 24.07.2006.
- Pavel F., (2001), Liberalization of a Non-competitive Market – Lessons from a Forward Looking General Equilibrium Model for Bulgaria, Humboldt-University, Berlin.
- Reynolds D., (2006), Soviet Economic Decline: Did an Oil Crisis Cause the Transition in the Soviet Union?, achieved on 15.06.2006:
<http://www.oilcrisis.com/reynolds/SovietDecline.htm>, accessed on 14.07.2006
- Sedik D., (2001), A Note on Soviet Per Capita Meat Consumption, Comparative Economic Studies, Vol.15, No.3, 39 p.
- Serova E., (2000), Several Important Questions of Agricultural Policy in Russia, Institute of Transition Economy, Moscow.
- Wehrheim P., Wobst P., (2003), The Economic Role of Russias' Subsistence Agriculture in the Transition Process, University of Bonn.

IV.
Berichte von StipendiatInnen

Marcel Noack

Stadtführung Gdańsk und Ausflug zur „Westerplatte“

Sonntag, 13. August 2006

Es ist Sonntag, kurz nach neun Uhr, die Sonne scheint und stärkt mein Gemüt.

Das für uns angereiste Workshopteilnehmer angerichtete Frühstücksbuffet wartet bereits im Haupthaus des Camps und wird wohlwollend angenommen. Wir sind eine sehr angenehm durchmischte Gruppe. Nach der gestrigen Zugfahrt von Berlin nach Gdansk, welche gut und gerne einen halben Tag in Anspruch genommen hat, ist dies nun der erste Tag vor Ort. Anders als der Titel des Workshops antizipieren lässt, werden wir uns am Vormittag auf den Spuren eines Stadtrundganges befinden. Ich selbst bin bis jetzt noch nie in Gdansk gewesen. Umso mehr freue ich mich nun diese Stadt erleben und kennenlernen zu können. Als zweiter gewichtiger Programmpunkt des Tages ist für den Nachmittag ein Ausflug zur „Westerplatte“ geplant. Auch dieses weckt bereits im Vorfeld großes Interesse in mir. Es wird ein geschichtlicher Exkurs, in dem wir uns auch bewegen werden.

Die Tagesexkursion beginnt. Die gut halbstündige Busfahrt nach Gdansk gestaltet sich sehr reizvoll. Reizvoll in diesem Sinne, dass es mir und uns die Möglichkeit gibt, die Umgebung respektive Vorstadt bei Tageslicht zu betrachten. Entlang einer eingangs wunderschönen landschaftlichen Kulisse, weiter über eine sehr auffällig wirkende Brücke, die einen tollen Blick auf die Motlau anbietet, werden mit zunehmender Annäherung an unser Ziel die Straßen voller, die Werbeschilder größer und die Umgebung urbaner. Es ist das Bild eines vormals sozialistischen Landes, deren Städte nun von westeuropäischer Werbekultur und Vermarktung mehr und mehr geprägt werden. Meine Erwartungshaltung hat sich zumindest in diesem Punkt bewahrheitet. Aber es ist auch nur der erste Schein.

Angekommen in der Stadt verlassen wir den Bus und suchen unseren Treffpunkt auf, an welchem unsere Führung starten soll. Allerdings nicht ohne den Hinweis, dass man lieber einen Blick auf seine Sachen haben

muss, um sie nicht unverhofft später zu vermissen. Der blaue Himmel, die warmen Sonnenstrahlen verheißen beste Bedingungen für unsere Erkundung. Zahlreichen Menschen, die an mir und den zahlreich aufgebauten Ständen vorbeiströmen, vermitteln eine sehr lebendige Atmosphäre. Diese Stadt Gdansk ist zweifelsohne eine sehr beliebte Stadt für touristische Besuche und noch kann man problemlos flanieren.

Unser Reiseführer stellt sich uns mit Robert vor und wird uns den ganzen Tag über begleiten und hier und da sicherlich Interessantes erzählen können. Die Fotoapparate sind bereit, der Stadtspaziergang durch die Altstadt startet.

Nun was gäbe es nicht alles über das Gesehene zu berichten. Unser sehr kompetenter Reiseführer beginnt seine Erläuterungen auf einem Platz des Langen Marktes (Długi Targ) vor dem Rechtstädtischen Rathaus, der Rathausturm ist bereits von der Ferne bestens zu sehen. So erfahre ich, dass wir uns in der Danziger Rechtstadt befinden, wo ein Großteil der Sehenswürdigkeiten auf uns wartet. Davon nur ein paar Meter entfernt werde ich dem nächsten Sehenswerten gewahr, dem Danziger Artushof (Dwór Artusa). Seine prächtige Fassade, seine auf ihr befindlichen Figuren, die Goldverzierung einzelner Elemente ziehen meinen Blick auf sich. Dieser repräsentative Bau lässt schnell vermuten, dass hier einst reiche Kaufleute und Adlige zugegen sein mussten. Vor dem Artushof positioniert sich der Neptunbrunnen. Eingezäunt von einem kunstvoll verzierten Metallgitter erhebt sich in luftiger Höhe Neptun mit seinem Dreizack. Zu seinen Füßen strömt das Wasser nieder.

Ich erfahre durch die Ausführungen unseres Reiseführers vom damaligen Reichtum dieser alten Hansestadt, ihrer Geschichte und ihrer Architektur. So bringe ich in Erfahrung, dass früher anhand der Breite der Häuser (nicht aber deren Länge) die Steuern bemessen worden ist. Dies erklärt auch die ungewöhnliche Bauweise der meisten Häuser.

Die Stadt scheint sich langsam zu füllen. Es wird schwerer, sich frei durch die Gassen zu bewegen. Der alljährliche Dominikanermarkt hat für drei Wochen die Stadt zu einem noch größeren Anziehungspunkt für Touristen werden lassen, zum Nachmittag werden die Gassen wohl aus allen Nähten platzen. Hier und dort vernehme ich des Öfteren nicht nur die polnische Sprache. Vor allem von meist älteren Besuchern dringen deutsche Sprachfetzen zu mir. Und sie scheinen sich in der Stadt auszukennen, verweisen untereinander auf das wunderschöne Neuaufgebaute. Es irritiert mich anfangs, geht aber im Laufe des Spaziergangs unter. Aber diesen Punkt des Neubaus empfinde ich als nennenswert. Nach dem zweiten Weltkrieg war von der Stadt, so wie ich sie heute erleben kann, kaum noch

etwas vorhanden. Die polnische Regierung hat im Laufe der Zeit sehr viel in den Wiederaufbau dieses historischen Ortes investiert. Und dies mit großem Erfolg. Die Altstadt ist mehr als einen Besuch wert. Wir passieren das Grüne Tor (Brama Zielona), verlassen den Langen Markt und spazieren an der Motlau entlang in Richtung Krantor (Zuraw). Es ist eines der Wahrzeichen der Stadt, und wenn ich die Menschen sehe, die dieses Gebäude fotografieren, wohl auch eines der meistfotografierten Objekte. Ich gestehe, mich diesem auch nicht entziehen zu können und zu wollen. Bevor der Mittagstisch ruft, erkunden wir die Frauengasse (Mariacka). Sie führt uns vom Frauentor direkt zur Marienkirche und präsentiert sich mehr als einladend. Die Bänke, kunstvoll gestaltet, bieten eine verlockende Pausenmöglichkeit. Wo kann man sonst auf terrassenartigen Vorbauten den Besucherströmen folgen und das Auge weit an den Bürgerhäusern schweifen lassen? Aber wir erkunden die größte Backsteinkirche der Welt. Sie verspricht von außen viel und kann es mit ihrem Interieur mehr als einlösen.

Die Sonne wird nun begleitet von einer zunehmenden Wolkendecke. Es ist Zeit für das Mittag, welches wir in einem Restaurant, welches sich von Haus als Mühle darbietet, unweit der Marienkirche zu uns nehmen. Nach vier Stunden Fußmarsch ist ein Sitzplatz genau das, was ich jetzt brauche. Immerhin haben wir in der Kürze der Zeit so viele Eindrücke erhalten, die erst einmal verarbeitet werden müssen. Wie ginge es besser als in kommunikativer Runde bei Speis und Trank? Und ich werde mich definitiv noch eine Zeitlang an das überlebensgroße Ölportraits des Besitzer erinnern, welches, möchte man fast meinen, auf die Gäste herabsieht. Nichtsdestotrotz haben unsere Gaumen Gefallen am Servierten.

Es ist sechzehn Uhr und wir treten unseren zweiten großen Programmpunkt dieses Tag an. Leider muss die Sonnenbrille nun gegen den Schirm getauscht werden. So ist während der Busfahrt zur Westerplatte weitaus weniger von der an uns vorüber ziehenden Umgebung zu erkennen als am Morgen.

Angekommen auf der Halbinsel hat der Regen nachgelassen. Was bleibt, ist eine andächtige Atmosphäre. In diesem Fall bringt das nun nasskalte Wetter einen Stimmungswechsel mit sich, welcher zweifelsfrei diesem historischen Ort der „Westerplatte“ entspricht. Ich lausche den Ausführung unseres Reiseleiters. In den Morgenstunden des ersten Septembers 1939 mit dem Angriff des deutschen Schiffes „Schleswig-Holstein“ auf den polnischen Militärstützpunkt (das polnische Munitionsdepot) der

Westerplatte beginnt der zweite Weltkrieg. Sieben Tage lang verteidigte das polnische Militär diesen Stützpunkt, obwohl sie zahlenmäßig weit unterlegen waren. Die polnischen Verluste waren im Vergleich zu denen der Deutschen relativ gering. So ist dieser Ort nach dem Krieg als Symbol des Widerstandes gegen die Deutschen eingegangen. Von einer detaillierten Schilderung, welche wir vor Ort bekommen haben, möchte ich hier absehen. Von deren symbolischer Bedeutung aber nicht. So führt uns unser Weg vom Haupteingang in Richtung des „Denkmals der Verteidiger der Ostseeküste“. Der Weg dorthin gestaltet sich für mich andachtsvoll. Ich sehe zu meiner rechten und zu meiner linken Trümmer von Kasernen, von Gebäuden. Sie sprechen von den Zerstörung und den militärischen Kampfhandlungen der sieben Tag im September 1939. Dass hier ein harter Kampf mit zahlreichen Opfern stattgefunden hat, schwebt auratisch über der mit Bäumen zugewachsenen Westerplatte. Hier und da erinnern Denkmalsplatten, Gräber und der Panzer T-34 an das Geschehen jener Tage. Doch das gewaltige Denkmal erhebt mich erst jetzt. Ein auf einem riesigen Erdhügel aufgestelltes, eingebettet von Hagebuttensträuchern sich 25 Meter emporhebendes, Denkmal enthüllt sich mir. Blumensträuße reihen sich auf der obersten Plattform. Ich bin beeindruckt oder vielmehr bewegt über diesen Koloss, der voller Stärke mit seinen zwei hervorstehenden Personen auf den Hafen der Stadt nieder zu schauen scheint. Diese Monumentalität lässt in diesem Moment die Kämpfe um diesen Ort vor meinem Auge erscheinen. Etwas ruhiger als auf dem Hinweg verlassen wir das Areal in Richtung Bus.

Nicht nur ich bin müde. Auch der restliche Teilnehmerkreis dieser Exkursion freut sich nach einem langen Tag auf den Beinen wieder im Bus nach Gdynia zu sitzen.

Es war ein sehr interessanter Tag an dem ich vieles Neues über die Stadt erfahren und erleben konnte. Der Besuch der Westerplatte machte mir Vergangenes wieder gegenwärtig.

Der Ausklang dieses Sonntages endet bei einem angenehmen Zusammensein. Der Blick geht nun weiter auf den morgen beginnenden Workshop. Es ist nun Zeit, die Finnhütte aufzusuchen und einen erholsamen Schlaf zu finden.

Tag der Kontraste: Besuche in Frombork und Stutthof

18.08.2006

Teil I: Besuch des Klosters in Frombork

Nach dem Frühstück machten wir uns per Bus auf den Weg zur ersten Station des Exkursionstages. Das Kloster Frombork (= "Frauenburg") steht auf einer kleinen Anhöhe inmitten der gleichnamigen Stadt, welche am sogenannten Frischen Haff, einem Teil der Ostsee liegt und rund 4000 Einwohner/innen zählt. Die Kathedrale des Klosters wurde zwischen 1329 und 1388 im Stil des gotischen Backsteinbaus errichtet und durch die Jahrhunderte hinweg erweitert. Nikolaus Kopernikus (1473-1543) war 42 Jahre lang im Kloster Frombork als Domherr tätig. Bekannt wurde er insbesondere durch seine astronomischen Theorien von der Bewegung der Planeten auf Kreisbahnen um die Sonne (heliocentrisches Weltbild), womit er das geozentrische Weltbild von Ptolemäus in Frage stellte. Kopernikus' Forschungen wurden von Galileo Galilei, Johannes Kepler und Isaac Newton später weitergeführt. Zu Ehren von Kopernikus wird das heliocentrische Weltbild auch das "Kopernikanische Weltbild" genannt. In Frombork erinnern neben einer Ausstellung im Kloster auch ein Denkmal an den Mathematiker, Arzt und Domherr.

Durch das Kloster und die Ausstellung führte uns eine Grundschullehrerin aus Frombork, die uns insbesondere durch ihre kleinen Geschichten rund um das Leben von Kopernikus unterhielt, die z.T. mehr auf Mutmaßungen und Sagen beruhen, denn der Wirklichkeit entsprechen. Einen unangenehmen Beigeschmack bekam unser anschließendes Mittagessen durch eine ihrer Geschichten, die eher realistischen Gehalt aufwies: Ende des Zweiten Weltkriegs flohen viele Menschen über die zugefrorene Ostsee; zahlreiche von ihnen starben in der Bucht vor Frombork. Eine lokale kulinarische Spezialität sei der Zander, der in diesen Gewässern besonders gut gedeihe. Die Kombination von toten Flüchtlingen und munteren aasfressenden Fischen in der gleichen Bucht regte nicht unbedingt den Appetit an auf das prompt aus Zander bestehende Mittagessen. Die Überleitung zum zweiten Teil des Exkursionstages war beinahe schon gegeben.

Teil II: Besuch des Museums und der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Stutthof

Der Berg an Schuhen, aufgehäuft in einer der Holzbaracken des Lagers, verströmt intensiven Ledergeruch, leicht modrig, mischt sich in der durch die Sonne aufgeheizten Luft mit dem harzigen Geruch des Holzes. Die kaum vorstellbare Tatsache, daß diese Kinder-, Frauen- und Männerschuhe denjenigen gehörten, die als Inhaftierte im Konzentrationslager Stutthof umgebracht wurden, scheint durch den Anblick und Geruch plastisch, fühlbar zu werden. Die Baracke ist eng, überhitzt, der ledrige Geruch der Schuhe durchdringt den Raum und umhüllt die dort anwesenden Besucher/innen der Gedenkstätte.

Das ehemalige Konzentrationslager Stutthof (Sztutowo) liegt 37 Kilometer östlich von Gdańsk und wurde am 01.09.1939 als erstes Konzentrationslager außerhalb Deutschlands von der Besatzungsmacht errichtet. Am 09.05.1945 marschierten sowjetische Truppen in das Lager ein; damit war Stutthof das letzte durch die Alliierten befreite Lager. Von den ca. 110.000 Menschen, die in diesem Konzentrationslager inhaftiert waren, starben ungefähr 65.000 Menschen, sei es während der Zeit im Lager durch die miserablen Lebensbedingungen, durch Sklavenarbeit, Hunger, Krankheiten und Epidemien, physische und psychische Mißhandlungen sowie durch Erschießungen, Erhängungen, Mord in der Gaskammer unter Anwendung von Zyklon B und Tötungen durch Phenolspritzen ins Herz. Auch starben zahlreiche Menschen während der sogenannten "Evakuierung" des Lagers im Januar 1945, als die Häftlinge über den Land- und Wasserweg in den Tod getrieben wurden. Heute befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers eine Gedenkstätte.

Die historischen Fakten werden in der Gedenkstätte durch haptische Eindrücke, wie dem Berühren der Betten und der Sanitäreinrichtungen im Waschraum, ergänzt und rücken ungewohnt nahe. Die rationale, "wissenschaftliche" Distanzierung löst sich auf: das Betreten des Lagers, das Begehen und die Besichtigung der Anlage, der Baracken, der dort ausgestellten Alltagsgegenstände und schriftlichen Zeugnisse des Lageralltags. Der Geruch von kalter Asche aus den Verbrennungsöfen des Krematoriums trifft direkt das emotionale Empfinden, bringt körperliche Reaktionen wie Übelkeit hervor und reduziert die Gedanken auf nur eine Frage: "Wie und warum konnte so etwas geschehen?"